

Streifzüge

Nummer 33 / März 2005

4,- Euro

Andreas Exner wünscht Geld sich * Stephanie Grohmann verzinst sich * Werner Rätz erfüllt sich * Erich Ribolits erzieht sich * Lorenz Glatz denkt sich * Maria Wölflingseder rezensiert sich * Christian Höner übersieht sich * Martin Scheuringer verliebt sich * Franz Schandl warnt ihn und vor anderen Mythen und Katastrophen

IMPRESSUM

ISSN 1813-3312

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER

Kritischer Kreis – Verein für
gesellschaftliche Transformationskunde,
Margaretenstraße 71-73/23, 1050 Wien.
E-Mail: streifzuege@chello.at
Website: <http://www.streifzuege.org>

DRUCK

H. Schmitz, Leystraße 43, 1200 Wien
Auflage: 1.200

COPYLEFT

Alle Artikel der *Streifzüge* unterliegen,
sofern nicht anders gekennzeichnet,
dem Copyleft-Prinzip: Sie dürfen frei
verwendet, kopiert und weiterverbreitet
werden unter Angabe von Autor/in,
Titel und Quelle des Originals sowie
Erhalt des Copylefts.

OFFENLEGUNG

Der Medieninhaber ist zu 100 Prozent
Eigentümer der *Streifzüge* und an
keinem anderen Medienunternehmen
beteiligt.

Grundlegende Richtung: Kritik.

REDAKTION

(zugleich Mitglieder des Leitungsorgans
des Medieninhabers): Christoph Adam,
Andreas Exner, Lorenz Glatz, Franz
Schandl und Maria Wölflingseder.

KONTEN

Konto für Österreich: PSK, BLZ 60000
Kontonummer 93 038 948

Konto für Deutschland: Franz Schandl,
Postbank Nürnberg, BLZ 760 100 85
Kontonummer 405 952 854

Konto für Abos in anderen EU-Staaten:
Verein Kritischer Kreis,
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT876000000093038948

ABONNEMENTS UND BESTELLUNGEN

Aborichtpreise Österreich: 1 Jahr 12 Euro,
2 Jahre 22 Euro, 3 Jahre 30 Euro.

Aborichtpreise Rest der Welt: 1 Jahr 13
Euro, 2 Jahre 24 Euro, 3 Jahre 33 Euro.

Erstbeziehende bitten wir um schrift-
liche Bestellung, da seitens des grandio-
sen Bankservices den Kontoauszügen
nicht immer die vollständige Adresse zu
entnehmen ist.

Nachbestellende bitten wir um die
Anführung der Postleitzahl.

INHALTSVERZEICHNIS

Andreas Exner:

Geld für Alle = Alle für Geld? Zur Debatte um das Grundeinkommen 3

Werner Rätz:

Vom Mangel zur Fülle. Das Grundeinkommen als Richtungsforderung 6

Erich Ribolits:

Pädagogisierung – Oder: „Wollt ihr die totale Erziehung“? 10

Maria Wölflingseder:

Flucht vor dem eigenen Ich. Lesenswerte Bücher zum
Arbeits- und Bildungswahn 13

Franz Schandl:

Staatsmythos im Umbau. Randnotizen zur jubelnden
Inszenierung der Republik 15

Martin Scheuringer:

„Sich Verlieben“ als Konkurrenzkampf.
„Dismissed – Die Drei-ist-einer-zuviel-Dating-Show“ auf MTV 17

Franz Schandl:

Der Katastrophenaufbau. Globalisiertes Unglück
und kulturindustrielle Verwertung 20

Lorenz Glatz:

Vom Denken und sich Emanzipieren. Zwei Fragmente 22

Franz Schandl:

Lust auf Vernichtung.
Der Genozid als universelle Kategorie der Moderne 25

Christian Höner:

Über „breimäulige Faselhänse der Vulgärökonomie“.
Mosaiksteine zu einer Kritik der subjektiven Wertlehre 29

Andreas Exner & Stephanie Grohmann:

Bye bye Zinskritik... Über die Grenzen der Tauschkreise
und den Unsinn der Freiwirtschaft 32

Kolumnen:

Dead Men Working von Maria Wölflingseder 9

Rückkopplungen von Roger Behrens 19

Immaterial World von Stefan Meretz 28

Unumgänglich von Franz Schandl 40

Rubrik 2000 Zeichen abwärts:

Franz Schandl (F.S.) 8, 21

Lorenz Glatz (L.G.) 11, 21

Maria Wölflingseder (M.W.) 12

Michael Katzmayer (M.K.) 16

Geld für Alle = Alle für Geld?

ZUR DEBATTE UM DAS GRUNDEINKOMMEN

von Andreas Exner

Der globale Krisenkapitalismus stellt uns vor Fragen, die wir nicht zu stellen gewohnt sind. Die Antworten der Systemmanager und der sozialen Opposition könnten unterschiedlicher nicht sein. Propagiert der Neoliberalismus in letzter Konsequenz die Arbeit ohne Einkommen, so setzen viele Linke ihre Hoffnungen in das genaue Gegenteil, Einkommen ohne Arbeit. Eine Annahme teilen die Gegner allerdings, nämlich dass an Geld und Arbeit nicht zu rütteln sei.

Als Warenmenschen gehen wir auf zwei Krücken, Einkommen und Arbeit. Wir arbeiten, um zu jenem Geld zu kommen, das wir zum Kauf von Waren brauchen. Die Geldwirtschaft hingegen setzt uns in Arbeit, um jene Waren zu produzieren, die sich in Mehrgeld niederschlagen, das schließlich Arbeitskräfte kauft. Im Zuge der langfristigen Stagnation kapitalistischen Wachstums leidet der geldwirtschaftliche Arbeitsmagazn allerdings unter zunehmender Appetitlosigkeit. Die Arbeit bringt den Arbeitskraftverkäuferinnen und -verkäufern immer weniger Geld, sofern sie überhaupt noch einen Käufer finden. Sie wird vom sozialen Integrations- zum asozialen Ausschlussmechanismus. Im totalisierten System der Arbeitskraftverwertung ist der Besitz eines Arbeitsplatzes Ausweis des kapitalistischen „Menschseins“ wie der Reispass; und wie es die Geldbörse schon lange ist. Mit der Ausstellung dieses Ausweises wird aber immer knausriger verfahren. Darunter leidet nicht nur jenes Sinnerleben, das die Erfüllung sozialer Normen belohnt, sondern auch das Grundeinkommen und somit die Möglichkeit, Zugang zur Warenwelt zu erhalten.

Mit Ausnahme einiger rückwärtsgewandter Hoffnungen auf eine Wiederkehr des fordistischen Normalarbeitsverhältnisses, wie sie etwa die Meinungsmacher in der Globalisierungskritik und den Rängen der Gewerkschaften propagieren, sind Illusionen einer rosigen Zukunft der Arbeitsgesellschaft insgesamt gesehen selten.

Dennoch wollen die meisten Linken der Massenarbeitslosigkeit und der Prekariisierung nicht mit einer grundsätzlichen Infragestellung der Arbeit begegnen, sondern mit der Forderung nach mehr Arbeitsplätzen. Damit wird die Reduktion von Menschsein auf die vom Kapital kontrollierte Fähigkeit zur Arbeitskraftverausgabung, wenn auch mit den besten Absichten, so doch bekräftigt. Eine fatale Rückendeckung für die neoliberale Arbeitsfront.

Von der Utopie zur Notwehr

So unzureichend die Krise der Arbeitsgesellschaft gegenwärtig auch reflektiert wird, so wichtig sind die wenigen Versuche, eine emanzipatorische Alternative gegen die Arbeit als den alles beherrschenden sozialen Integrations- und Ausschlussmechanismus zu setzen. Seit den frühen 1980er Jahren, als sich einerseits der Verfall des fordistischen Sozialpakts zwischen Kapital und Arbeit, andererseits aber auch die kasinokapitalistische Bewältigungsform der diesem Verfall zugrunde liegenden, langfristigen Wachstumsschwäche immer deutlicher abzeichneten, erlebte die Debatte um das Grundeinkommen regelmäßige Konjunkturen. Beim Eintritt in die postfordistische Ära konnten sich diese Diskussionen noch von den neoliberalen Blümenträumen einer unendlichen, arbeitslosen Vermehrung des Geldkapitals beflügelt fühlen, ebenso wie von der Erwartung einer „Friedensdividende“, die der Zusammenbruch des Ostblocks hatte bringen sollen. Angesichts der immer deutlicher hervortretenden Wirkungen der Finanzmarkt-Aufblähung, die die Krise der „Realwirtschaft“ zwar abfedert, aber auch ihre potenzielle Durchschlagskraft erhöht und selbst ein hohes „systemisches Risiko“ zeigt, erscheint die Hoffnung auf einen neuen Wirtschaftsaufschwung mittlerweile wie ein Warten auf Godot. Unter diesen Voraussetzungen muss die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen von einer bürgerlich-liberalen Utopie zu einem Mittel sozialer Notwehr geschärft werden, will sie etwas Positives bewirken können.

Der Widerstand gegen die Verwaltung der Arbeitslosigkeit, die uns nicht aus der Mühle der Arbeit entlässt, sondern unter einem enormen Aufwand zur Simulation arbeitsgesellschaftlicher Normalität an ihren nicht minder düsteren Gegenpol kettet, kann sich in dieser Perspektive zum Kampf um die bedingungslose Verteidigung jener monetären Sicherheiten ausweiten, die der nationalen Verwertungsmaschine noch in ihrem Niedergang ohne Zweifel abzurufen sind. Damit ist auch eine klare Grenze gegen neoliberale Ideen eines an Arbeitszwang gekoppelten und nicht existenzsichernden „Bürgergeldes“ gesetzt, wie es sich mit den jüngsten Reformen des deutschen Arbeitsmarktes anbahnen dürfte.

Schritte am Ende der Sackgasse

Jeder Ansatz einer alternativen Lebens- und Produktionsweise, der sich getraut, auch nur einen Fuß in die Terra incognita jenseits der Verkaufsbeziehung zu setzen, ist damit konfrontiert, dass praktisch alle menschlichen und natürlichen Ressourcen von Staat und Kapital für den Verwertungsprozess beschlagnahmt sind. Zumindest in jenen Weltregionen, die den Weg zur Totalisierung der Warenform bis zur Privatisierung von Wissen, Resten öffentlicher „Daseinsvorsorge“ und der „genetischen Ressourcen“ der ganzen Länge nach durchschritten haben, bliebe selbst nach einem Zusammenbruch der Ordnungen des Werts und seiner Bewegung kein Fleckchen unverbrannter Erde übrig. Ein Umstand, der die Durchschlagskraft und das Destruktionspotenzial einer Krise des Kapitals gegenwärtig übrigens um vieles verheerender macht als zur Zeit des Ersten oder noch des Zweiten Weltkriegs, als mannigfaltige Formen vormoderner Subsistenz oder randkapitalistischer, einfacher Warenproduktion existierten, die die gesellschaftliche Reproduktion über die größten Verwerfungen des Akkumulationsprozesses hinweg stabilisieren konnten. Herrschaft der Ware bedeutet, dass Ressourcen auch bei Strafe der Selbstvernichtung der Gesellschaft der kollektiven Nutzung entzogen bleiben müssen. Diese

eiskalte Logik zeigt sich schon in der massenhaften Vernichtung brauchbarer Güter im kapitalistischen Normalbetrieb, etwa wenn noch genießbare Nahrungsmittel nach Erreichen des Ablaufdatums nicht an Bedürftige verschenkt werden, sondern im Müll landen. Und sie springt in den Krisenzentren noch mehr ins Auge, wo Fabriken stillgelegt werden und Äcker unbestellt bleiben, allein weil das Kriterium der Rentabilität sein Veto einlegt und der Betrieb der sozialen Reproduktion vor den Hungernden beinhaltet seine Tore schließt. Jede Landnahme im Niemandsland der Ware hat mit seinem staatlichen Bewacher zu rechnen. Solange die Ware, deren Wert sich im Geld ausdrückt, die vorherrschende Form des Reichtums darstellt, solange kann der Zugriff auf den Reichtum in Regel und Masse auch nur in der Geldform erfolgen, will er sich nicht mit der Gewalt des Staates konfrontieren.

Hatten frühere soziale Bewegungen die Darstellung und Aneignung des Reichtums in dieser gegen Mensch und Natur gleichgültigen, destruktiven Form weder hinterfragt noch aufheben wollen, so aus zumindest *einem* plausiblen Grund: Die fortwährend wachsende, in die Gesellschaft vordringende Wirtschaft gab den Kämpfen im Rahmen der Geldform eine einigermaßen solide Basis. Soziale Auseinandersetzungen konnten tatsächlich um die Verteilung geführt werden und brauchten sich um die Form des Reichtums nicht zu kümmern. Die Expansionsbewegung der Geldwirtschaft zog zudem einen wachsenden Bedarf an Arbeitskraft nach sich. Deren Verkäuferinnen und Verkäufer konnten in eine vergleichsweise fest gefügte Arbeitsordnung eingepasst werden, in der sie ihre soziale Bestimmung fanden und diese vielfach auch als sinngebend erlebten.

Diese materielle und ideelle Basis ist heute in allen Bereichen brüchig geworden. Die Rebellion von 1968 und den Folgejahren hat einerseits wesentlich zur Auflösung der starren Arbeitsordnung und zu einer Flexibilisierung ihrer Disziplinierungsformen andererseits beigetragen. Zugleich stiegen mit dem rückläufigen Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit und die Staatsverschuldung. Ein wachsender Überschuss an Arbeitskraft schwächte

die Position der Gewerkschaften, die sich auch weiterhin am früheren Normalarbeitsverhältnis orientieren; ein schwerer strategischer Fehler, da die zunehmende Zahl an atypisch Beschäftigten und Arbeitslosen ebenso wie die Internationalisierung des Kapitals die Bemühungen um einen Erhalt der nationalen Arbeitskraftkartelle zwangsläufig unterlaufen. Allorten führte die Verknöcherung der Gewerkschaftsapparate deshalb zum Rückgang von Streiks und offensiven Lohnforderungen. Gleichzeitig nahm der Verteilungsspielraum im Zuge der Profitkrise Anfang der 1970er Jahre objektiv und nachhaltig ab. Die Möglichkeit der gegenwärtigen Finanzblasenakkumulation beruht gerade auf niedrigen Löhnen, nachlassender Besteuerung von Profiten und Vermögen und einer Privatisierung staatlicher Sicherheiten. Die dabei vielfach angenommenen Verteilungsspielräume sind fiktiv. Jeder Gewinn im Verteilungskampf würde die Profite, die Konkurrenzfähigkeit und damit auch die künftigen Investitionen und Arbeitsplätze beschneiden und schlussendlich seine eigene Grundlage untergraben. Selbst im optimistischen Szenario einer Renaissance breiter Verteilungskämpfe ist daran also keine weiterreichende Perspektive mehr zu knüpfen. Wo die Basis einer „selbsttragenden Akkumulation“ nicht gegeben ist, beeinträchtigt jede Verschiebung der Verteilung zugunsten der Lohnabhängigen weiteres Akkumulation, also weiteres Wirtschaftswachstum. Darüber hinaus sind heute die ökologisch katastrophalen Folgen der Warenproduktion evident, die auf dieser Grundlage nicht mehr zu bewältigen sind. In erbarmungsloser Schärfe markiert auch das ökonomische Scheitern der Entwicklungsländer eine objektive Grenze für die Verallgemeinerung des kapitalistischen Wachstumspfades.

Gerade die illusionslose Sicht auf das Ende der Sackgasse, an dem die Warengesellschaft angelangt ist, vermag den Blick auf eine Strategie der monetären Absicherung zu konzentrieren, die sich nicht mehr am Höhenflug von steigenden Realeinkommen und zunehmendem Warenreichtum berauscht, sondern die Herausforderung, einen möglichst bruchlosen Übergang in eine Welt jenseits der Ware zu finden, ernst nimmt; ernster jedenfalls, als es die Vorstellungen eines unvermittelten Ausstiegs in die Subsistenz oder der spontanen Enthüllung des unter einer „Haut“ von Kapital und Ich-AG vermuteten Kommunismus der Netzwerke und ihrer angeblich „immateriellen Produktion“ tun.

Kämpfe innerhalb der Geldform lassen einen Aufschwung der Linken im Sinne einer innerkapitalistischen Fortschritts- und Modernisierungsbewegung also weder erwarten noch erhoffen. Diese Auseinandersetzungen wären jedoch dann von großer Bedeutung, wenn sie mit der Zielrichtung einer Aufhebung der Warengesellschaft verbunden werden könnten. Denn dafür gilt es, materielle Ressourcen zu erkämpfen, die jene partielle Entbindung aus einem reinen Überlebenskampf ermöglichen, die auch das bedingungslose Grundeinkommen anpeilt.

Ist Geld genug?

Freilich trägt die Debatte um das Grundeinkommen im Vergleich zu Lohnforderungen einen defensiven Charakter. Doch muss sie deshalb nicht wie ein Rückzugsgefecht in einer verlorenen Schlacht geführt werden, sondern kann, offensiv und warenkritisch gedacht, den sozialen Widerstand zur Frage einer direkten Aneignung der gesellschaftlichen Reichtumspotenziale und ihrer von der Geldform entbundenen Entwicklung führen. So würde sich zwar noch nicht das soziale Kräfteverhältnis, aber immerhin die Frontstellung verändern.

Die Geldform bildet, solange der Akkumulationsprozess des Kapitals nicht zum Erliegen kommt, nicht nur einen möglichen, sondern vielmehr notwendigen Ansatzpunkt für eine Bewegung zur Aufhebung des Kapitalismus, die zuallererst Ressourcen und freie Zeit benötigt. Eine solche Aufhebungsbewegung bedarf einer sozialen Kraft, für die der Kampf um Einkommen sicherlich die leichtere Aufgabe darstellt. Nur wer dem Kriterium der Finanzierbarkeit, die ohnehin in weiten Grenzen dehnbar ist, die Akzeptanz verweigert, kann überhaupt noch gewisse Verteilungsspielräume aufmachen. Aber gerade deshalb ist eine weiterführende Entwicklungsperspektive innerhalb der Geldform nicht zu sehen, im Gegenteil: Die Forderung nach einem Einkommen, das die Bedingungen der Kapitalakkumulation ignoriert und als bedingungslos auch ignorieren muss, formuliert einen Anspruch auf Wohlstand, Zwanglosigkeit und Sicherheit, der nur in einer von der Waren- und Geldform befreiten Gesellschaft einzulösen ist.

Vor diesem Widerspruch, der – für sich genommen – die Legitimität der Grundeinkommensforderung ja nicht dementiert, verschließen die meisten ihrer Vertreterinnen und Vertreter allerdings die

Augen. Der realen Lage zum Hohne wird das Grundeinkommen damit zu einer Projektionsfläche für die Wünsche jener, die zwar die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Situation erkennen, doch von ihren tieferen Ursachen und Zusammenhängen nichts wissen wollen. So wird dem Schwinden der Einkommen und der Rücknahme sozialer Sicherheiten der schlichte Ruf nach mehr Einkommen und besserer Absicherung entgegengesetzt. Eine ebenso bezeichnende wie wesentliche Voraussetzung für diese projektive Funktion ist der blinde Fleck im ökologischen Auge der Debatte. Der ökologischen Problematik einer prosperierenden Wirtschaft, wie sie ein Grundeinkommen ja erfordert, soll bestenfalls mit dem hilflosen Konzept einer ökologischen Steuerreform begegnet werden. Oder es wird, mehr oder weniger deutlich, für eine „Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus“ plädiert, im Sinne entweder der Freiwirtschaft oder des Sozialismus. In dieser Sicht soll die warenproduzierende Gesellschaft, in der das Geld die allgemeine Form des Reichtums darstellen muss, ohne ihre darin bereits angelegte Zielsetzung auskommen, Reichtum in eben dieser Form zu akkumulieren. Diese Vorstellung ist zwar Utopie, jedoch logische Folge einer bloß oberflächlichen Kritik des Kapitalismus, die zwar im Zins und allenfalls in der Rationalität der einzelbetrieblichen Gewinnmaximierung ein Problem erkennen will, nicht aber in der Verkaufs- und Geldbeziehung, deren notwendiges Resultat der Zins und der Zwang zur Maximierung des Gewinns doch sind. Eine solche fiktive Marktwirtschaft ohne Kapitalwachstum wäre nur ein kurzzeitiges Krisenphänomen vor dem Zusammenbruch formeller kapitalistischer Ökonomie. Ein Grundeinkommen ist in dieser Situation keinesfalls finanzierbar, was zumindest denjenigen Befürworterinnen und Befürwortern klar ist, die das Grundeinkommen an das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts binden wollen. Ginge das Wachstum zurück, würde in diesem Modell auch weniger Grundeinkommen ausbezahlt. Tatsächlich kann das Grundeinkommen die Koppelung von Einkommen und Arbeit zwar auf individueller Ebene lockern, die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft insgesamt ist aber in jedem Fall vom Ausmaß der Profitproduktion, also der Ausbeutung von Arbeitskraft abhängig. Deshalb ändert ein Grundeinkommen auch keinen Deut an der Warenförmigkeit unserer Lebenszeit. Arbeitskraft muss sich zum überwie-

genden Teil am Arbeitsmarkt verkaufen, wenn die Finanzierbarkeit des Grundeinkommens zumindest mittelfristig sichergestellt werden soll.

Jeder ist zu unterstützen, der das Recht aller Menschen auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum einklagt. Doch bleibt dies ohne Aussicht auf Erfolg, wenn von der spezifisch kapitalistischen Form des gesellschaftlichen Reichtums abgesehen wird, der eben als „ungeheure Warensammlung“ (Karl Marx) erscheint und diese allgemeine Teilhabe prinzipiell verhindert. Wer diese Form unangetastet lässt und ihre Auswirkungen bloß äußerlich politisch „gerechter“ machen will, erklärt die Ursache der Misere kurzerhand zu ihrem eigenen Heilmittel, macht den kapitalen Bock zum Gärtner. Eine in dieser Weise argumentierende Grundeinkommensforderung ist der Ausdruck eines Bewusstseins, das einen anderen als „Geld- und Warenreichtum“ nicht zu denken wagt. Damit bleibt sie aber auf Gedeih und Verderb an die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise, also der Ökonomie von Arbeit, Wert und Geldgewinn gefesselt und teilt so das klägliche Schicksal der Forderung nach Arbeitsplätzen, dem sie doch gerade zu entkommen sucht.

Die Feststellung, dass – stofflich betrachtet – genug für alle da sein könnte, wie sie von vielen Vertreterinnen und Vertretern des Grundeinkommens zu hören ist, ist zwar völlig richtig. Das ist auch die einzig mögliche Antwort auf das hysterische Notstandsgetöse der Krisenverwaltung. Wird diese Aussage aber auf die Formel gebracht: „Geld ist genug da!“, verliert sie ihren kritischen Gehalt. Die vorherrschende Auffassung, dass Reichtum nur in der abstrakten und eigengesetzlichen Form von Ware und Geld existieren kann, wird so nämlich nicht etwa infrage gestellt, sondern noch bestätigt. Andererseits bleibt es in einer solchen Perspektive ganz unerklärlich, woraus der dauernde Mangelzustand in der kapitalistischen Gesellschaft resultiert: nämlich doch gerade aus den „Sachzwängen“, die eben das Wesen der Waren- und Geldform ausmachen.

Ähnlich widersprüchlich ist die mit dem Grundeinkommen verbundene Kritik der Arbeit. So richtet sich die angestrebte Entkopplung von Arbeit und Einkommen zwar zum einen gegen die herrschende Arbeitsmoral, wonach nur essen dürfe, wer auch arbeite. Das ist zweifellos eine wichtige Botschaft im Kampf gegen die neoliberale Arbeitshetze, die eine zunehmende Zahl an Menschen trifft, welche im Hamsterrad von Arbeit, Geldver-

dienen und Konsum keinen Platz zum Treten mehr finden. Doch auch hier wird die Kritik um ein entscheidendes Stück zurückgenommen, wenn die Geldform selbstverständliche Voraussetzung bleibt. Denn das Geld setzt nun einmal so oder so die profitable Vernutzung von abstrakter Arbeitskraft voraus. Anders gesagt: Geld ist lediglich „tote Arbeit“, ein anderer „Aggregatzustand“ der Arbeit. Arbeitskritik ohne Geldkritik ist daher ein Widerspruch in sich.

Globales Grundeinkommen: ein unmögliches Projekt

Wird das Grundeinkommen schließlich in weltweiter Dimension gedacht – und das muss es, wenn es nicht schon dem Anspruch nach ein exklusives Projekt für die Staatsbürger der kapitalistischen Zentren sein will –, wirft dies zusätzliche Probleme auf. Der notwendig nationale Charakter von Sozialsystemen, und damit auch eines möglichen Grundeinkommens, ist nicht durch gut gemeinte Beteuerungen aus der Welt schaffen; denn sie stellen nie etwas anderes dar als Formen organisierter Umverteilung nationalstaatlich abgeschöpften Werts. Deshalb müsste im Übrigen, um das Grundeinkommen finanzieren zu können, in jedem Fall die nationale Wettbewerbsfähigkeit garantiert sein, was eben jene Spaltung in Verlierer und Gewinner bestätigt und vertieft, die das Grundeinkommen doch eigentlich aufheben will.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie ein universelles Grundeinkommen mit dem offensichtlichen Scheitern der Projekte nachholender Modernisierung zusammengehen soll. Die Ansätze einer Industrieproduktion in den Ländern der kapitalistischen Peripherie sind ja gerade deshalb größtenteils zusammengebrochen, weil sie am Weltmarkt nicht konkurrenzfähig waren. Gerade die „Sachzwänge“ der Waren- und Geldform haben sie für unrentabel erklärt und ihre Stilllegung erzwungen. Die Potenziale der Reichtumsproduktion sind gerade in den peripheren Weltregionen, stärker noch als in den Metropolen, überhaupt nur gegen die Geldform und ihre Zwänge zu verwirklichen. Und dies betrifft nicht nur die Industrieproduktion, sondern alle gesellschaftlichen Aktivitäten. Daher erscheint es auch als höchst zweifelhaft, dass ein derart an den realen Bedingungen kapitalistischer Produktion vorbezielendes Konzept wie das Grundeinkommen eine ähnliche Anziehungskraft wie einst die Idee des Sozialismus entwickeln könnte, wie

einige Vertreterinnen und Vertreter dieser Forderung hoffen. Die Ideologie des Sozialismus war immerhin in der Lage, eine nachholende kapitalistische Entwicklung in einer bestimmten historischen Periode handfest ein- und theoretisch anzuleiten. Die Idee des Grundeinkommens ist hierzu nicht mehr in der Lage, weil ihr die entsprechenden ökonomischen und sozialen Voraussetzungen der kapitalistischen Rahmenentwicklung fehlen.

Das Leben vom Einkommen entkoppeln

In einer warenkritischen Sicht, die sich dieser Grenzen des Konzepts bewusst bleibt und diese auch thematisiert, kann die Forderung nach einem Grundeinkommen jedoch eine wichtige Rolle spielen. In einem Diskurs, in dem sich eine mumifizierte Arbeitstümelei mit den Überresten der Sozialstaatsideologie des vergangenen Jahrhunderts paart, könnte es die Idee des Grundeinkommens durchaus erlauben, neue Horizonte zu eröffnen, ohne völlig vor den Kopf zu stoßen.

Obwohl es den umfassenden Warencharakter der kapitalistischen Welt nicht infrage zu stellen vermag, sondern für sich genommen sogar verfestigt und deshalb auch keine Antwort auf die Krise der Warengesellschaft darstellen kann, ist das Grundeinkommen ein Mittel, neue Ziele und Wege der Gesellschaftsveränderung anzudenken. Ein solcher Diskussionsprozess könnte perspektivisch über das System von Geld und Arbeit hinausweisen; schließlich war auch die ansonsten fragwürdige Forderung nach einer Tobinsteuer, wie sie Attac erhebt, ein erfolgreiches Instrument, um den Widerstand gegen den Neoliberalismus auf eine breitere Basis zu stellen. In einem Kampf gegen den verschärften Arbeitszwang könnte die Grundeinkommensforderung zu einer Waffe jener werden, die keine Hoffnungen mehr in neue Arbeitsplätze und einen wirtschaftlichen Aufschwung setzen. Voraussetzung dafür ist aber eine offene Diskussion der skizzierten Widersprüche. Ansonsten ist sie nicht mehr als ein weiteres linkes Luftschloss und blockiert nur die Einsicht in die notwendige Entkoppelung von den verrückten Formen von Ware, Geld und Arbeit.

Vom Mangel zur Fülle

DAS GRUNDEINKOMMEN ALS RICHTUNGSFORDERUNG

von Werner Rätz

Dass ein bedingungsloses Grundeinkommen sowohl möglich als auch notwendig sei, behaupten viele. Doch welche Rolle diese Forderung im sozialen Kampf zu spielen hätte, wird weit seltener diskutiert.

Bürgerliche Volkswirtschaft begreift jegliche Ökonomie als Verwaltung des Mangels. Das ist keineswegs reine Ideologie in dem Sinne, dass eigentlich genug da wäre, das man nur verteilen müsste. Selbstverständlich reicht der heute produzierte materielle Reichtum aus, um im Prinzip allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen. Aber seine Verteilung ist nicht willkürlich, sondern folgt den Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer kapitalistischen Produktionsordnung, also jenen der Kapitalverwertung. Deshalb könnte, selbst die entsprechenden politischen und sozialen Macht- und Mehrheitsverhältnisse vorausgesetzt, diese Verteilung auch nicht willkürlich geändert werden. Wir haben es mit einem Problem der Produktionsverhältnisse, der Art und Weise, wie Gesellschaft hergestellt wird und den Zugang zum allgemeinen Reichtum regelt, zu tun und nicht lediglich damit, wie dieser verteilt wird. Unter den gegebenen Umständen kann Verteilung immer nur so organisiert sein, dass einige zu viel, manche gerade genug und viele zu wenig oder gar nichts haben. Im Kapitalismus ist Reichtum immer nur durch und mit Armut möglich.

Der Fehdehandschuh

Und dennoch ist es eine ideologische Zustimmung, mitten in einer Welt des objektiv vorhandenen Überflusses den Subjekten den gnadenlosen Kampf um ein winziges Stück an der Beute als einzige (Über-)Lebensmöglichkeit anzudienen. Die materiellen Grundlagen, die gesellschaftliche Arbeitsteilung und der Stand von Wissenschaft und Produktivität ermöglichen selbstverständlich eine Ökonomie, in der tatsächlich genug für alle da ist. Wer also darauf besteht, dass die Teilhabe am ge-

sellschaftlichen Leben und am allgemeinen Reichtum ein Menschenrecht ist, das man sich nicht verdienen muss, das nicht abhängig sein darf von Arbeit oder Wohlverhalten und Anpassung, zielt mitten in den Kern des theoretischen und praktischen Selbstverständnisses der neoliberalen kapitalistischen Gesellschaft. Die Forderung nach einem Existenz sichernden bedingungslosen Grundeinkommen nimmt die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Gegner am zentralen Punkt auf und an. Diese Forderung setzt dem Diskurs des Mangels einen Diskurs der Fülle entgegen, dem scheinbaren Zwang den blinden ökonomischen Gesetzen zu folgen, die gesellschaftlich vermittelte freie Entscheidung der Einzelnen, der Markt- und Standortkonkurrenz die gemeinschaftliche Verwaltung der in Gemeinschaft produzierten Güter.

Wer also sagt, es ist genug für alle da und wir wollen das auch haben, einfach so, nur weil wir Menschen sind, der erhebt einen Anspruch auf das in der toten Arbeit angehäufte Wissen vergangener Generationen und sagt, das gehört mir so gut wie denen, die es aktuell besitzen und zur Verwertung ihres Kapitals von lebendiger Arbeit aktivieren lassen. Er stellt damit die Produktionsverhältnisse des Kapitalismus ebenso in Frage wie seine zentrale Verteilungslogik (Reichtum durch und mit Armut). Und zwar ohne das ausdrücklich zu sagen oder auch nur zu wissen oder zu wollen.

Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen zielt immer über die bestehende kapitalistische Gesellschaft hinaus. Das soll nicht heißen, dass es keine Modelle eines solchen Einkommens gäbe, die nicht systemimmanent wären. Einige davon sind ausgesprochen neoliberal, und den aktuellen VerfechterInnen der Forderung fällt es oft schwer sich abzugrenzen. Die in der FDP propagierte Vorstellung etwa, sämtliche Sozialtransfers einzustellen und dafür jeder Bürgerin und jedem Bürger einen Betrag von beispielsweise 400 Euro monatlich in die Hand zu drücken und sie damit dann alleine zu lassen, hat mit tatsächlicher Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am Reichtum

nichts zu tun. Eine solche Lösung verstärkt im Gegenteil die Marktdynamik und erhöht den Zwang für die Individuen, zum Überleben Erwerbsarbeit ausüben zu müssen. Erst da, wo ein solches Grundeinkommen Existenz sichernd ist, gewinnt es seine emanzipatorische Dynamik. Die Grenze ist allerdings fließend, es lassen sich keine exakten Beträge oder formalen Kriterien angeben. Das ist nicht verwunderlich. Die Ambivalenz des Grundeinkommens entspricht dem, was die Individuen ganz allgemein beim „Ausstieg aus der Arbeitsgesellschaft“ erleben: Dieser kann sowohl bedeuten, dass unter völlig prekarierten Lebensverhältnissen sogar das „Recht“ auf Ausgebeutetwerden verloren geht, oder aber, dass Wege des Lebens jenseits von Markt und Arbeitsvergesellschaftung gefunden werden.

Vereinbares und Unvereinbares

Doch auch ein Existenz sicherndes Grundeinkommen ist nicht von vornherein mit dem Kapitalismus unvereinbar. Gegenwärtig befinden sich in der Bundesrepublik Deutschland und anderswo mehrere, teilweise exakt durchgerechnete Modelle in der Diskussion, die grundsätzlich umsetzbar wären, ohne die Produktionsverhältnisse ernsthaft zu tangieren. Es wären durchaus politische Situationen denkbar, in denen auch Teile des Herrschaftsapparates ein Interesse daran haben könnten, solche Regelungen umzusetzen. Sie könnten integrierend wirken und eskalierende soziale Konflikte dämpfen. Eine starke gesellschaftliche Mobilisierung vor dem Hintergrund einer deutlichen Systemalternative ist allerdings heute weit und breit nicht sichtbar. Es gibt vielmehr kaum je ernsthafte Abwehrkämpfe gegen weitere soziale Raubzüge, und wenn doch, so werden sie meist verloren. Deshalb ist es gegenwärtig eine müßige Spekulation, von einer möglichen Stabilisierung des Kapitalismus durch ein bedingungsloses Grundeinkommen zu reden.

Keineswegs müßig ist dagegen der Hinweis, dass es wenig Grund zur Annahme gibt, dass die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus eine solche Befriedungsstrategie je wieder möglich macht. War es für das Einzelkapital schon

immer ungewiss, ob seine Verwertung gelingt, so mehren sich inzwischen keineswegs nur für die wertkritischen Teile der Linken die Anzeichen dafür, dass dies zunehmend auch für das Gesamtkapital fragwürdig wird. Der Erkauf von Wohlverhalten durch hohe Sozialtransfers wäre also bestenfalls noch räumlich und auf die Personengruppen bezogen eng umgrenzt denkbar. Eine solche Regelung wäre moralisch kaum zu begründen. Davon abgesehen ist die Perspektive einer Forderung nach bedingungslosem Grundeinkommen eine Frage, die die moralische Dimension weit übersteigt und eine politisch-strategische Qualität hat. Wenn es gelingen würde, eine solche Forderung so zu etablieren, dass sie wirklich alle Menschen auf diesem Globus meint, dann hätten wir eine Position gewonnen, die für die Gegenseite praktisch kaum integrierbar und moralisch unangreifbar wäre. Das ist der Linken nicht mehr gelungen, seit sie die scheinbare Dichotomie zwischen Freiheit und Gerechtigkeit akzeptiert hat.

Die internationalistische Perspektive einer Grundeinkommensforderung ist allerdings nicht nur in moralischer und strategischer Hinsicht notwendig, sondern auch in ökonomischer. Es kann angesichts des real existierenden Weltmarktes keine nationalen Lösungen grundsätzlicher sozialer Probleme mehr geben. Die nationalen Spielräume sind keineswegs gleich null, wie es Regierungen manchmal in leicht durchschaubarer Absicht behaupten. In einer ganzen Reihe von Fragen sind nationale Regelungen durchaus denkbar: Es gibt keine Notwendigkeit, Hartz IV und Arbeitslosengeld II einzuführen, nur weil die Strategie von Lissabon vorschlägt, innerhalb der EU die Arbeitsmärkte zu deregulieren. Aber im Rahmen weltweiter Konkurrenz ist eine irgendwie geartete Deregulierung der Arbeitsmärkte tatsächlich unvermeidlich. Die Grenze zwischen Prekarisierung und sozialer Sicherung bleibt umstritten, wird aber im globalen Kapitalismus nicht zufällig, sondern systematisch in Richtung Prekarität verschoben. In dieses Kräfteverhältnis greift selbstverständlich auch jeder isolierte Kampf ein. Halbwegs dauerhafte Lösungen können aber nur noch auf jener Ebene erkämpft werden,

auf der die Probleme begründet liegen, also gegen den globalen Kapitalismus.

Gewerkschaft gegen Grundeinkommen

Deshalb sind auch alle Versuche illusionär, mit Mitteln und Zielen der alten Arbeiterbewegung neue Kraft zu gewinnen. Ihr Erfolg in den kapitalistischen Sozialstaaten bestand in der Vergangenheit ja darin, dass sie einen gewissen Anteil am Mehrwert erkämpft (teilweise über staatliche Umverteilung organisiert) und dafür mehr oder weniger weitgehenden Verzicht auf grundsätzliche Opposition geübt hat. Das konnte aus Sicht der unmittelbar Betroffenen sinnvoll erscheinen, hatten sie doch materiell greifbare Ergebnisse in der Hand. Und auch für die Kapitaleseite rechnete sich das, weil die Steigerung der Produktivität reibungsloser vonstatten ging. Dieser Handel ist heute nicht mehr möglich. Er scheitert an der Tatsache, dass eine solche Lösung heute kaum noch regional begrenzt wäre, international aber für das Kapital nicht bezahlbar ist. Und zwar vor allem deshalb nicht, weil es die Verwertungsschwierigkeiten im globalen Maßstab nicht überwinden kann.

Es ist daher genau diese politische Strömung, die klassische Arbeiterbewegung in all ihren Facetten, die sich mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen am schwersten tut. Dabei gibt es aus ihren Reihen einige durchaus bedenkenswerte Einwände, wenn man das Grundeinkommen als eine realpolitische, augenblicklich zu verwirklichende Forderung betrachtet. Sollte heute tatsächlich ein Grundeinkommen eingeführt werden, so müsste man allerdings wirklich darauf achten, dass es nicht als reine Niedriglohnsübsvention wirkt. Gewerkschaften weisen zu Recht darauf hin, dass ohne den organisierten Druck das Niveau der erreichten Sicherung nicht gehalten werden kann. Der soziale Druck gegen einen Staat, der ein Grundeinkommen gewährt, würde ja genau durch ein solches abgebaut. Sie vergessen allerdings darauf hinzuweisen, dass sie auch die tarifliche Mindestsicherung schon längst nicht mehr aufrechterhalten können. Richtig ist der Hinweis, dass man leicht in die Situation kommen könnte, vorhandene, nicht zufrieden stellende Regelungen zwar aufzugeben, dafür aber keine besseren, sondern schlechtere zu bekommen. Wird etwa vorgeschlagen, ein Grundeinkommen aus einer zweckgebundenen Steuer zu finanzieren und dafür die Ar-

beitgeberbeiträge aufzugeben, so könnte man das Letztere durchaus durchsetzen, auf Ersteres aber unter Umständen lange warten. Wer eine Umsetzungsstrategie für ein bedingungsloses Grundeinkommen entwerfen will, muss sich mit solchen Einwänden beschäftigen.

Nun ist das nicht so sehr mein Interesse. Ich habe vielmehr schon gesagt, dass es mir bei der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen um die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Kern des Neoliberalismus geht. Und genau dort befindet sich auch der Kern der Abneigung traditioneller Arbeiterbewegung gegen das bedingungslose Grundeinkommen. Denn hier geht es um die Arbeitsvergesellschaftung: „Dann würde ja niemand mehr arbeiten“, ist der allgemeine Einwand. Das meint, durchaus spontan, was auch WertkritikerInnen „Arbeit“ nennen würden, nämlich Produktion von Gütern im Kapitalismus, Umformung von vorhandenem und Schaffung von neuem Wert durch Verausgabung von Arbeitskraft. Deren Abschaffung oder auch nur Infragestellung ist für viele eine Schreckensvorstellung. Dabei haben manche wirklich „nur“ das Problem darauf beharren zu wollen, dass jede Gesellschaft die Produktion und Reproduktion des allgemeinen Reichtums organisieren muss. Die kann man allerdings leicht beruhigen: Ja, das muss man. Davon abgesehen ist ihnen oft ganz leicht zu vermitteln, dass Menschen, die nicht durch Armut, Repression und Elend gezwungen werden, tagein tagaus einer stumpfsinnigen oder gehassten Tätigkeit nachzugehen, wahrscheinlich produktiver, kreativer und aktiver sein würden. Schon lange vor dem Ende des Kapitalismus würde ein Existenzsicherndes bedingungsloses Grundeinkommen den Charakter der Arbeit in ihrem alltäglichen Vollzug verändern. Wenn ich mich nicht mehr für jeden Scheißjob verkaufen muss, weil ich auch anders leben kann, dann mache ich auch nicht mehr jeden Scheißjob. Bezahlung, Arbeitsbedingungen, Arbeitsorganisation – all das würde sich verändern.

Schwieriger ist die Auseinandersetzung mit den Apologeten der Arbeit als Arbeit. Da wird betont, dass das Lohnarbeitsverhältnis im Kapitalismus zentral ist und bleibt (was stimmt), dass deshalb auch soziale Sicherheit daraus abzuleiten ist (was zu beweisen wäre) und dass die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ein Bruch mit diesem Prinzip wäre (was auch stimmt). Genau hier liegt dann die Differenz: Was die einen

festhalten wollen, wollen die anderen überwinden.

Der Weg durch die Prekarität

Das ist nicht etwa eine willkürliche Entscheidung oder eine Frage des politischen Geschmacks, sondern eine Notwendigkeit. Selbst wenn wir gegen jede Einsicht unterstellen würden, der Kapitalismus gewänne globale Verteilungsspielräume, wie er sie in der fordistischen Phase in den Kernländern hatte, könnten wir den herkömmlichen Sozialstaat nicht mehr wollen. Damit es keine Missverständnisse gibt: Jede einzelne, noch so kleine sozialstaatliche Sicherheit ist es erst einmal wert, festgehalten zu werden. Ich plädiere nicht dafür, einfach all das herzugeben, an dessen Stelle uns auch noch etwas Besseres einfallen könnte. Aber der Sozialstaat war ein Staat des organisierten Ausschlusses all derer, die sich nicht unmittelbar dem Arbeitsregime unterwarfen. Es hat nicht zufällig und nicht nur kurzzeitig, sondern weltweit und von Anfang an Revolten und Kämpfe gegen ihn gegeben. Viele haben freiwillig die Prekarität aufgesucht und damit indirekt dem Aufstieg des Neoliberalismus genützt, manche sind offen zu ihm übergegangen, als sie die eigenen Träume davonschwimmen sahen. Hinter diese linke Kritik am Sozialstaat sollten wir nicht nur nicht mehr zurück,

es gibt auch keinen Weg mehr dahin. Eine neue, emanzipatorische Gesellschaft wird ihren Weg durch die Prekarität der heutigen Lebensverhältnisse hindurch finden müssen. Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen zeigt in diese Richtung. Sie ermöglicht es, auf diesem Weg allerlei Gefährten zu treffen und ein Stück mitzunehmen. Sie hilft auch dazu konkrete Schritte angeben zu können, was hier und jetzt vielleicht schon sinnvoll verwirklicht werden könnte.

Damit ist sie nicht nur eine Richtungsforderung, die vom Heute in das Jenseits des Kapitalismus verweist, ohne dass anti-kapitalistische Gesinnung zur Bedingung der Zusammenarbeit erhoben würde. Sie identifiziert auch Inhalte und Objekte möglicher Kämpfe. Wenn Joachim Hirsch und andere vorschlagen, ein Grundeinkommen wesentlich als kostenlose öffentliche Infrastruktur zu denken, von Wohnung über Transport bis hin zu Gesundheitswesen und Bildung, dann geben sie damit eine Vielzahl von Bereichen möglicher gesellschaftlicher Auseinandersetzung an. Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen führt so aus der hilflosen Fixierung auf den Appell an den Staat heraus und eröffnet Perspektiven auf Kämpfe um unmittelbare Aneignung, ohne dabei den Staat völlig aus der Verantwortung zu entlassen.

2000 Zeichen

abwärts

Dazugehören

Vorerst war es nur ein unscheinbarer Brief der Arbeiterkammer Wien. Eingeladen wurde zu einem Bibliotheksgespräch. Doch dann wurde ich stutzig: „2005 – ArbeitnehmerInnen gehören dazu“, stand da unten in einer Art Laufbalken zu lesen. Ich will mich hier gar nicht erst über den falschen Arbeitnehmerbegriff echauffieren (vgl. zuletzt *Streifzüge* 3/2003, S. 13), auch wenn er diesmal ganz geschlechtsneutral voll auf der Höhe der grammatical correctness agiert. Unsinn bleibt Unsinn. In den folgenden knappen Zeilen geht es ausschließlich um die Ungehörigkeit der Zugehörigkeit.

Dechiffrieren wir: Einerseits ist da das Gefühl, nicht mehr dazuzugehören (wozu sonst dieser hilflose Aufruf), andererseits ist es der hartnäckige Seufzer der bedrängten Kreatur, doch bitte, bitte, bitte dazuzugehören. Der Abschluss wird zwar als bitter empfunden,

aber er will gar nicht erst zur Kenntnis genommen werden. Nein, wir gehören dazu, lasst uns doch mitmachen. Das eliminierende System der Marktwirtschaft bleibt unangesprochen und unangetastet. Nicht das Ausschließende wird bekämpft, sondern der Ausschluss. Das Müssen rekapituliert sich im Verblendungszusammenhang als ein Wollen. Es kapiert nicht, es kapituliert. Die ideologische Drohbotschaft wird brav rapportiert.

So offenbart sich in einem scheinbar harmlosen Logo das ganze Dilemma der Arbeiterbewegung. Zweifellos, sie hat gekämpft dazuzugehören, und sie hat erreicht dazuzugehören. Nun allerdings ist dieser elende Glückszustand nicht länger haltbar. Nun wird ebendieser Status des Dazugehörens immer mehr Dazugehörigen verweigert. Nun stellt sich wie so oft die unermüdliche Frage: Klagen wir das ein oder schaffen wir das ab?

F.S.

Lebenslänglich!

DEAD MEN LEARNING

Dead Men **Working**

von Maria Wöflingseder

Von Tag zu Tag wird's beklemmender. Egal wohin man blickt, von überall schlägt einem der Appell entgegen: Lass dich coachen! Lies Ratgeber! Besuche Kurse! Lass dich umschulen! Mache eine Weiterbildung! Nütze die Zeit der Arbeitslosigkeit für eine Ausbildung! Komme zur BeSt, zur Berufs- und Studieninformationsmesse! Lerne lebenslänglich! Solche Aufforderungen haben längst Zwangscharakter. Willst du in der gnadenlosen (Arbeits-)Welt überleben? Die Bedingungen kannst du nicht ändern, ändere dich! Stärke dich! Werde widerstandsfähiger! Werde härter und besser als die anderen! Baue „Kraft und ‚Nervenspeck‘“, auf! Es gibt nichts, aber auch gar nichts, was nicht gegen gutes Geld als Ausweg aus den (arbeitslosen) Nöten angeboten wird: „Umfassende Lebensqualität“; „Lassen Sie Ihre Seele wieder lachen“; „Verjüngungscoaching“; „Berufserfolg durch Auflösung von selbstbehindernden Denkmustern. Ganzheitsphilosophisches Training“.

Von Elfriede V. Gerdenits, der legendären Coach des „Bewerbungsimpulstages“, der Massenveranstaltungen des Arbeitsamtes im Wiener Prater¹, gibt es den ersten Bewerbungsratgeber für Jugendliche. Das Cover ziert das Portrait eines kampfbereit blickenden Mädchens – mit schmalen, schrägen Augen, großer Nase und wulstigen Lippen, mit einem roten Boxhelm und roten Boxhandschuhen, die die Hälfte des Bildes einnehmen. Der Titel ist Programm: „Survival Kit für junge Jobfinder – Dein persönlicher Bewerbungcoach“. Purer Sozialdarwinismus spricht aus dem Vorwort (siehe www.survivalkit.at).

Aber die wahre Fundgrube an Gruseligkeiten stellen die Volkshochschulen dar – jene traditionellen Bildungseinrichtungen, die viel Konkurrenz bekommen und sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark verändert haben. Ein Wiener VHS-Inserat zum Thema „Kommunikation“, das eine flatternde rot-weiß-rote Fahne darstellt, liefert so die Botschaft von der nationalen Notwendigkeit einer „Standortsicherung“ via Bildung gleich mit. Ein Auszug der aufgelisteten Angebote: „Nie mehr sprachlos; Professionelles NLP; Abwehren unfairer Rhetorik;

Smalltalk; Stressmanagement; Work-Life-Balance; Change Management im Alltag; Mentale Wellness: Wohlfühlen beginnt im Kopf; Erfolg beginnt im Kopf: Zielcoaching für Frauen; Energycoaching; Wie gehe ich mit meinen Gefühlen um?; Mein Wunsch sei Dir Befehl; Humor – eine Lebenseinstellung; Horse-Meeting: Persönlichkeitstraining mit Pferden“.

Ich frage mich: Fallen diese flächendeckenden Anpassungsexzesse sonst niemandem auf?² Wo bleibt der Aufschrei? Die Wiener Linke, so sie sich noch regt, ist ja mit Wichtigerem beschäftigt, sie ortet das zu Kritisierende unbeirrt in der schwarz-blauen Regierung – kürzlich demonstrierte sie anlässlich deren fünften Jahrestages. Was würden diese Unbeirrbareren bloß in Deutschland tun? Gegen Rot-Grün demonstrieren? Fundrierteres als Farbkritik fällt ihnen jedenfalls nicht ein.

Dagegen ist es ein geistiges Labsal das druckfrische *schulheft* zu lesen: „Pädagogisierung – Die Kunst, Menschen mittels Lernen immer dümmer zu machen!“³ Endlich wird das „lebenslange Lernen“, das heute als „universelles Fortschrittsprogramm“ gefeiert wird, entlarvt – und zwar überwiegend von honorigen Universitätsprofessoren. Die Erfolgsstory der Bildung verorten Karlheinz Geißler und Frank Michael Orthey in ihrer Tradition von Aufklärung und Emanzipation. Sie ist sakrosankt, ähnlich wie Gerechtigkeit oder Liebe. Bildung ist in der Krise besonders attraktiv: Sie wird zum „schnell verfügbaren Sinnersatz“, sie macht immer wieder „neuen Sinnersatz zugänglich – und dies lebenslänglich.“ Der reale Erfolg (z.B. eine Jobchance) wird immer dürftiger, Bildung gerät so immer mehr zum Selbstzweck. Klar, es gibt immer wieder Beispiele, die belegen, dass eine Umschulung etc. jemanden „gerettet“ hat, genauso wie immer wieder Lotteriegewinne jemanden vor dem sicheren Ruin bewahren. Deshalb „glauben“ alle an die Bildung und an das Glücksspiel.

Gesellschaftliche Probleme werden nicht gelöst, sondern individualisiert und pädagogisiert. Bildung ist ein „lebenslänglicher Standardausweg“, ein Ausweg mit einer starken Zukunftsorientierung. Die Vorstellung, die Zukunft sei anders, „besser“ und gestaltbar, lenkt von der

Gegenwart und ihren Problemen ab. Lernen birgt eine Defizitorientierung: „Misserfolg beflügelt die ‚Mehr-Desselben-Dynamik‘ eher als dass er sie entlarvt.“ (Orthey) Wenn der Erfolg trotz Bildung ausbleibt, habe ich falsch oder das Falsche gelernt. Zurück an den Start!

Karlheinz Geißler analysiert treffend: „Erwachsenenbildung, insbesondere in ihrer Institutionalisierungsform ‚Volkshochschule‘, fungiert heute als Arrangement für personale Innenausstattung und als Orientierungsmedium innerhalb der Pluralität von Lebensstilen und Wertvorstellungen. Sie wird immer mehr zur zentralen, relativ unverbindlichen Bindung in einem weitgehend bindungslosen Lebenskonzept. Sie ist zum attraktiven Ersatz für ein Leben jenseits von Familie und sozialer Tradition geworden. Primär klärt sie nicht über die Realität auf, sondern produziert Realität, die vom Schein – u.a. auch dem der Aufklärung – lebt. Denn die Glücksversprechen – auch die der Aufklärung – werden in einer Marktgeseellschaft (speziell in einer kapitalistischen) nicht erfüllt, da ja in dieser an den Versprechungen und nicht an der Erfüllung dieser Versprechungen verdient wird.“ Geißler zählt Illusionen auf, die die „Erwachsenenbildung neben dem Fernsehen zur größten Illusionsveranstaltung in unserer Republik macht.“

Anmerkungen

- 1 Vgl. Maria Wöflingseder: „Eine Umschulung Richtung IT...“, in: Ernst Lohoff u.a.: *Dead Men Working*, S. 104ff., Münster 2004.
- 2 Vgl. Maria Wöflingseder: „Je mehr Magenschmerzen...“, in: *Dead Men Working*, a.a.O., S. 153ff. und auf S. 137, sowie in *Streifzüge* 31, S. 15 und *Streifzüge* 32, S. 5.
Vgl. Erich Ribolits: *Vom sinnlosen Arbeiten zum sinnlosen Lernen*, in: *Dead Men Working*, a.a.O., S. 124 ff.
- 3 *schulheft* Nr. 116/2004: *Pädagogisierung – Die Kunst, Menschen mittels Lernen immer dümmer zu machen*. Siehe auch die Buchbesprechungen auf S. 13 in diesen *Streifzügen*, sowie den Artikel von Erich Ribolits auf S. 10ff., der aus diesem *schulheft* stammt.

Pädagogisierung – Oder: „Wollt ihr die totale Erziehung“?*

von Erich Ribolits

Ein den meisten von uns im ersten Anschein durchaus sympathisch erscheinendes Phänomen postmoderner Gesellschaften zeigt sich darin, dass sich gegenwärtig kaum mehr ein Lebensbereich finden lässt, der vom vordergründigen Appell zum „vernünftigen“ Verhalten verschont bleibt. Ob es die Zigarettenpackung oder die Wochenendbeilage der Zeitung ist – aus allen Ecken schallt uns heute permanent die Aufforderung zum Lernen entgegen, legitimiert mit der vollmundigen Behauptung, Menschen dadurch die Befähigung zu einem rationaleren und besser reflektierten Verhalten ermöglichen zu wollen.

Dieser Aufruf zum Lernen beschränkt sich keineswegs bloß auf den von Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Politik penetrant und immer wieder wiederholten Hinweis, dass es heute für jedermann zwingend notwendig sei, seine Employability durch das lebenslange Update arbeitsmarktrelevanter Qualifikationen abzusichern. Auch wenn es um Dinge wie Kindererziehung, Beziehungsprobleme, Ess- oder Konsumgewohnheiten, Fragen des Lebenssinns oder andere „Alltagsprobleme“ geht, wird derzeit regelmäßig an unsere Vernunft appelliert, indem wir zum einen mit mundgerecht aufbereiteten Erkenntnissen der Wissenschaft geradezu bombardiert werden und zum anderen ständig so getan wird, als ob es jeweils bloß der individuellen Einsicht bedürfte, damit sich alles zum Vernünftigen wendet.

Längst beschränkt sich die Beteuerung, über den Weg der Wissensvermittlung bei den Gesellschaftsmitgliedern ein wissenschaftliches und reflektiertes Verhalten erreichen zu wollen, nicht mehr nur auf die Schule.¹ Die Parteien, die Kirchen, die Medien, alle sehen sich heute „im Dienste der Vernunft“ bzw. dessen, was als diese aus-

gegeben wird. So vermeiden Parteien – im absurden Widerspruch zur inhaltlichen Botschaft des Wortes „Partei“ – schon seit längerer Zeit tunlichst, als „parteilich“ im Sinne bestimmter Gruppen der Gesellschaft und deren Interessen zu erscheinen. Längst haben sie den Nimbus abgelegt eine „Ideologie“ – also die Vorstellung irgendeines utopischen und somit selbstverständlich auch unrealistischen gesellschaftlichen Idealzustandes – zu vertreten, sie stellen sich bloß als die „Vernünftigeren“ bei den vorgeblichen Bemühungen um das „Wohlergehen für Alle“, sowie dafür dar, den zwischenzeitlich ja zur „Mutter aller Rationalität“ hochstilisierten Konkurrenzkapitalismus optimal steuern zu können. Auch die Vertreter der Kirchen fordern heute nur mehr selten und eher nur mehr hinter vorgehaltener Hand „irrationale“ Gläubigkeit bei ihren Anhänger ein – religiöses Verhalten wird zunehmend vernünftig argumentiert und selbstverständlich wird auch die Existenz Gottes heute „rational“ nachgewiesen.

Dazu kommt, dass gegenwärtig kaum ein Tag vergeht, an dem wir nicht irgendwo im Rundfunk, im Fernsehen, durch eine Zeitschrift oder eines der massenhaft die Buchhandlungen überschwemmenden „Rezeptbücher für vernünftiges Leben“ darüber „aufgeklärt“ werden, wie beispielsweise mit schwierigen Kindern, geheimen sexuellen Wünschen, der Diskrepanz von Anspruch und Wirklichkeit in Beziehungen, Hierarchieunterschieden am Arbeitsplatz, den diversen Lebenskrisen oder dem Problem einer adäquaten finanziellen Absicherung im Alter „vernünftig“ – also unter Berücksichtigung allen vorgeblich gesicherten Wissens – umgegangen werden soll. Und wer trotz der vielen, ihm aus allen Ecken und Enden entgegenquellenden erkenntnisschwangeren Tipps noch immer glaubt, den geforderten Anspruch auf rationales Verhalten unter den tatsächlich ja durch und durch irrationalen ökonomisch-gesellschaftlichen Verhältnissen nicht zu schaffen, der hat schlussendlich auch noch die Möglichkeit sich an einen der vielen

„professionellen Helfer für reflektiertes Verhalten“ zu wenden.

Denn zwischenzeitlich haben die ehemals unumstrittenen „Helfershelfer der bürgerlichen Vernunft“ – die Lehrer und Lehrerinnen – Verstärkung durch ein ganzes Heer von Apologeten im Kampf um vorgeblich reflektiertes Verhalten erhalten. Neben den Trainer/innen, die die Ausweitung des Lehrerstandes im Hinblick auf das lebenslang geforderte Lernen darstellen, gibt es heute eine in die Legion gehende Zahl an Berater/innen, die bereit sind – in der Regel selbstverständlich nur gegen satte Bezahlung – einen „vernünftigen Weg“ für nahezu jedes Problem, mit dem Menschen im Laufe ihres gesellschaftlichen Lebens konfrontiert sein können, aufzuzeigen bzw. jenes Setting zu kreieren, das es Hilfesuchenden ermöglicht, selbst den Königsweg der Vernunft zu finden. Darüber hinaus bieten sich aber auch noch Supervisor/innen, Mediator/innen, Coaches, Persönlichkeitstrainer/innen – und wie die „Professionist/innen für lebenslange Erziehung“ sonst noch alle heißen mögen – an, um uns „gegen eine kleine Gebühr“ im Kampf um ein den bürgerlich-kapitalistischen Vernunftkriterien entsprechendes Verhalten zu unterstützen.

Es braucht wohl nicht extra betont zu werden, dass es bei all den „Vernunftfördermaßnahmen“ ganz sicher nicht darum geht, klüger zu werden, sich also einen weiteren Horizont zu erschließen und dadurch mehr befähigt zu sein, eine menschlichere Welt einzufordern. Bei der mit pädagogisch-therapeutischem Habitus präsentierten Hilfe geht es nicht darum, das Selbstbewusstsein von Menschen im Kampf gegen die Zumutungen, die sich aus dem aktuellen gesellschaftlichen Status quo ergeben, zu stärken. Ganz im Gegenteil, Ziel ist die Domestizierung des Denkens – im Kern geht es stets um so etwas wie (Um)Erziehungsprozesse mit dem Ziel, im sozialen Kontext friktionsfreier zu funktionieren.

Den zuhauf angebotenen Hilfsangeboten ist – trotz aller Unterschiede im Detail

* Dieser Beitrag stammt aus: *schulheft* 116/2004, Studienverlag Innsbruck-Wien-München-Bozen, 127 Seiten, 9 Euro. ISBN: 3-7065-1993-3, www.schulheft.at

– nämlich eines gemeinsam: Sie alle postulieren, dass die durch die sozialen Machtverhältnisse verursachten Probleme von Menschen durch „Arbeit an sich selbst“ – quasi durch individuelle Nabelschau – verringert werden können. Nicht für den Kampf gegen die gesellschaftlichen Bedingungen der Entfremdung sollen die an diesen Leidenden ermächtigt werden, sondern sie sollen erkennen, dass sie sich selbst ändern müssen, was im Klartext heißt, dass sie sich diesen besser anpassen müssen.

Die kaum je offen ausgesprochene und nur selten reflektierte, aber bei allen pädagogisch-therapeutischen Angeboten stets mittransportierte Botschaft lautet: Jeder hat die Macht, sein Leben individuell zum Positiven zu wenden, indem er sein eigenes Verhaltensrepertoire erweitert und sich Problemen und sozialen Konfliktsituationen gegenüber vernünftiger – in der Bedeutung von „strategischer“! – verhält. Erforderlich ist dafür im Wesentlichen ein Umdeuten der Probleme, quasi ein individuelles Verändern der Problemsicht. Als prototypisches Beispiel derartiger (Um-)Deutungsmagie wird immer wieder die unterschiedliche Interpretation eines halb gefüllten Wasserglases als „halb voll“ oder „halb leer“ angeführt.

Der unreflektierte und meist auch unbewusste Leitsatz aller pädagogisch-therapeutischen Helfer lautet: Der Mensch braucht sich nur selbst zu verändern, dann verändert sich (für ihn) die ganze Welt. Nicht das problemverursachende Sein steht im Fokus der Veränderungsbemühungen, sondern die je individuelle Sichtweise des Seins. Absicht ist, dass Menschen sich mit „ihrem Anteil am Problem“ beschäftigen und lernen, sich mit den „gegebenen“ (sic!) Umständen besser zu arrangieren. Damit lässt sich der allenthalben feststellbare Appell zum vernünftigen Verhalten aber auch unschwer als ein Aspekt der von vielen Soziologen konstatierten Individualisierungstendenz und der damit verbundenen Entideologisierung und Entpolitisierung postmoderner Gesellschaften identifizieren.

Bei all den Hilfsmaßnahmen zur Förderung rationalen Verhaltens geht es nie und nimmer um so etwas, wie eine tatsächliche Entgrenzung der Vernunft! Ganz im Gegenteil: Das Denken soll in Zwänge hinein freigesetzt und es soll ihm seine Veränderungspotenz und seine Sprengkraft genommen werden. Hinter dem Appell zum „Vernünftig-Sein“ verbirgt sich nichts anderes, als die permanente Mahnung, das durch die bürgerlich-kapalisti-

Zukunft Bildung

Aufregung um die „Bildung“ ist ja nicht grad was Häufiges. Aber jetzt hat Österreichs Schulwesen bei der Pisa-Studie sauschlecht abgeschnitten. Na und? Was ist das schon gegen eine Schi-WM? Zumindest nach dem Gefühl vieler Eltern und SchülerInnen ist es tatsächlich mehr. Dass die junge Generation ihre Neugier und ihren Wissensdurst in den Schulen nicht recht stillen kann, dass ihre menschliche Entfaltung nicht genug gefördert wird, und das mit dem „Guten, Wahren und Schönen“, das kann es aber nicht sein. Solche Erwartungen verlieren sich bei den meisten seit langem nach ein paar Schuljahren. Spätestens. Natürlich geht es um Arbeitsplätze, oder was sonst soll schon gemeint sein mit dem Gerede

sche Gesellschaft vorgegebene Denkkorsett besser zu verinnerlichen. Es wird von Vernunft gesprochen, gemeint ist damit jedoch niemals „Intelligenz“, sondern immer bloß „Rationalität“ – instrumentelle Vernunft, die den Vorgaben der kapitalistischen Verwertung verpflichtet ist.

Was Erziehung im Kern immer schon bedeutet hat – Anpassung an die dem Status quo gemäßen Werte, Normen und Verhaltensweisen, gekoppelt mit der Behauptung, dass diese den Ausfluss der gemeinsamen Anstrengung aller Menschen um ein vernünftiges Leben darstellen –, hat eine neue Dimension erreicht. Die Erziehung zum gesellschaftlichen Nützlichling beschränkt sich nicht mehr länger nur auf Elternhaus und Schule, sie wird tendenziell zu einem lebenslangen Phänomen. Zugleich wird es zunehmend schwieriger, sich dem allumfassenden Zugriff durch pädagogische Maßnahmen noch irgendwie zu entziehen. Die Charakterisierung als „lebenslanges“ oder auch „lebenslängliches“ Lernen greift für das, was da passiert, viel zu kurz, tatsächlich geht es um „lebenslängliche Erziehung“.

Für den zunehmend nicht mehr bloß auf die Kindheit und die Schule beschränkten pädagogisch verbrämten Zugriff auf die Köpfe der Menschen wird von soziologisch orientierten Forschern² deshalb verschiedentlich der Begriff „Pädagogisierung“ verwendet. In diesem Begriff wird sozusagen das „ewige Dilemma“ der Pädagogik aufgelöst, als philosophisch-reflektierende Wissenschaft für

über „Zukunft“ in einer Gesellschaft, die nach Arbeit süchtig ist wie ein Junke nach Heroin. Dass der Stoff ausgeht, darf schlicht nicht vorstellbar sein, es kann nur am mangelhaften Betrieb liegen. Dass zu wenig gearbeitet wird nämlich. Schließlich würd' eins das ja im Grunde selber gern. Und dass die Lehrer das so tun, weiß doch eh ein jedes. Und dass die MigrantInnen nicht ordentlich Deutsch lernen. Und mehr Geld investieren sollte die Regierung halt auch. Damit unsere Jugend weiter eine Chance hat. Welche? Dass auch in Zukunft anderswo mehr arbeitslos werden als hier. Selbst das ist wohl eine Illusion, aber selbst die Illusionen waren schon einmal ergiebiger im Reich der freien Marktwirtschaft.

L.G.

2000 Zeichen

abwärts

rufsausübung sind sie dann entsprechend oft hin und her gerissen zwischen Allmachts- und Ohnmachtsgefühlen. Die ihnen aufoktroierte „pädagogische Moral“ verunmöglicht es ihnen, ihre Tätigkeit als „normale Arbeit“ – also als fremdbestimmtes und entfremdetes Tun im Joch des gesellschaftlichen Meta-Ziels der Verwandlung von Geld in mehr Geld – wahrzunehmen und hindert sie zugleich, sich vor emotionaler Überlastung zu schützen.

Und auch die im pädagogisch-psychologischen Graubereich agierenden neuen Helfer zur Durchsetzung der bürgerlichen Vernunft begreifen sich nahezu ausschließlich als Befreier des menschlichen Geistes und nicht als solche, die diesen an die Kandare ökonomisch-gesellschaftlicher Vorgaben nehmen. Gar nicht so selten handelt es sich bei ihnen sowieso um Personen, die ihre Berater-, Mediatoren- oder Supervisorstätigkeit auf ihren ursprünglichen Lehrerberuf aufgesetzt haben oder diese nebenberuflich zu einem solchen ausüben. Und da in ihrer (Zusatz-)Ausbildung die gesellschaftliche Funktion ihrer Tätigkeit kaum je reflektiert wird, agieren auch sie fast durchwegs aus dem naiven Bewusstsein heraus, nur ihren Klienten, bzw. – wie es im aktuellen „Ökosprech“ heißt – ihren Kunden verpflichtet zu sein.

In ihrem krampfhaften Bemühen, ihre Funktion als Exekutoren der bürgerlichen Vernunftdomestizierung nicht wahrnehmen zu müssen, greifen beide Gruppen deshalb nur allzu gerne auf „die heilige Begriffshülse der Pädagogik“, den „mündigen Menschen“ zurück. Um den geht's

doch eigentlich, wird wortreich beteuert und dabei in der Regel vergessen, dass die Stützungsinstanzen gesellschaftlicher Systeme stets auf Basis und mit Hilfe eines attraktiv aufgeputzten ideologischen Überbaus operieren.

Der Begriff Mündigkeit würde nämlich überhaupt erst Sinn gewinnen, wenn er in seiner gesellschaftlichen Relevanz wahrgenommen wird! Denn entweder wird Mündigkeit begriffen als ein anzustrebendes Selbstverhältnis des Menschen, das durch Abhängigkeits- und Herrschaftsstrukturen nicht behindert wird und somit nur als *Mündigkeit aller* denkbar ist, oder der Begriff gerinnt zur bloßen Pathosformel. Das Individuum kann nur *mit allen oder gar nicht* mündig werden; individuelle Mündigkeit ist eine *conditio sine qua non*. Jeder Ansatz der Förderung von Mündigkeit muss deshalb unweigerlich in die politische Aktion gegen unterdrückerrische Gesellschaftsverhältnisse münden. Die Gesellschaft, in der Mündigkeit möglich ist, muss erst geschaffen werden; und zwar von Menschen, denen die entmündigenden Verhältnisse, unter denen sie derzeit leben *müssen*, schmerzhaft bewusst geworden sind und die deshalb beginnen gegen diese anzurennen und sich nicht kuschelig in ihnen einrichten.

Allerdings ist wohl kaum zu erwarten, dass sich die Welt im Auftrag derer verändern lässt, die am gesellschaftlichen Status quo profitieren. Lehrer werden nicht dafür bezahlt, um Menschen heranzubilden, die sich den gesellschaftlichen Gegebenheiten kritisch gegenüberstellen. Bestenfalls können sie die ihnen (noch) zur Verfügung stehenden Freiräume ausnützen und „gegen

den Stachel löcken“, indem sie „klammheimlich“ und „in homöopathischen Dosen“ den Samen der Kritik in die Köpfe der Schüler pflanzen. Für die „am freien Markt“ tätigen, vorgeblichen Vernunft Helfer wird das allerdings – selbst wenn sie es wollten – noch viel weniger möglich sein. Sie müssten dazu ja nicht bloß einen „Arbeitgeber“, sondern die in den Köpfen ihrer Klienten bereits manifest vorhandene bürgerliche Verwertungslogik austricksen. Sie müssten ihnen Geld dafür abknöpfen, dass sie ihnen helfen, die Chuzpe genau dieses Vorgangs zu erkennen – ein ziemlich hoffnungsloses Unterfangen!

Pädagogisierung ist der Prozess des lebenslangen Einschwörens auf die Logik der Warengesellschaft. Was in früheren Zeiten brutale, auf körperliche Bestrafung ausgerichtete Gesetze in Verbindung mit weit reichender exekutiver Gewalt erreichen mussten, das systemkonforme Funktionieren der Menschen, wird heute durch pädagogisch-psychologische Dauerinterventionen bewerkstelligt. Denn auch die in der Schule vorgenommene „Erziehung auf Vorrat“ stellt das lebenslange Funktionieren nicht mehr sicher. Nur das ständige Update des in der Schule initialisierten Sklaventreiberprogramms ermöglicht das Minimieren der vordergründigen Kontrolle und Steuerung der Gesellschaftsmitglieder. Pädagogisierung meint die Ausweitung der „pädagogischen Lüge“ auf die gesamte Lebenszeit und die gesamte Gesellschaft. Hatten bisher nur die Lehrer behauptet, nur unser Bestes zu wollen, behaupten das nun auf einmal alle – vor nichts sollte man sich allerdings mehr fürchten!

2000 Zeichen

Ist der „Kinderteller“ politically correct?

Kaum ist der Silvesterrausch ausgeschlafen, begibt sich Deutschlands rot-grüne Regierung in den Antidiskriminierungstaukel. „Wir erfüllen mehr als nur die Forderungen aus Brüssel“, wird betont. Das nun eilfertig verabschiedete Gesetz sei besonders „lebensnah“ und „anwenderfreundlich“. Jedoch individueller Schutz vor Diskriminierung kann nicht geboten werden. Nur wenn eine Firma, eine Wohnbaugesellschaft etc. systematisch eine bestimmte Personengruppe benachteiligt, kann eingegriffen werden. Die Diskussion um die Political Correctness des „Kindertellers“ wurde zu des-

sen Gunsten entschieden: *Andere Bevölkerungsgruppen* würden damit nicht diskriminiert. Ein interessante Begründung. Flammt doch immer wieder die Frage auf, ob mit Bezeichnungen wie „Negerbrot“ (für Erdnusschokolade), „Witwenküsse“, „Husarenkrapferl“, „Herrenbissen“ etc. nicht die *angesprochene* Gruppe diskriminiert wird. Wie wär's mit einer Kommission für die quotengerechte Verteilung von Speisenbezeichnungen entsprechend dem Bevölkerungsanteil. Oder sollte sie für besondere Verdienste erfolgen oder als Strafe für Untaten? Also muss zuerst gerichtlich festgestellt werden, ob eine solche Namensgebungspraktik eine Ehre oder eine Diskriminierung darstellt. M.W.

abwärts

Anmerkungen

- 1 Wobei das im Folgenden beschriebene Phänomen der „Pädagogisierung aller gesellschaftlichen Probleme“ durchaus auch schulintern darin seinen Ausdruck findet, dass jedes Mal nach Auftauchen oder Bewusstwerden eines gesellschaftlichen Missstandes – egal ob es sich dabei um den anwachsenden Rechtsradikalismus, das Um-sich-Greifen von Aids oder die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen handelt – sofort nach entsprechenden schulischen Aktionen gerufen wird.
- 2 Vgl. dazu insbesondere den Text „A Totally Pedagogised Society“ von Michael Sertl in schulheft 116/2004, in dem dieser die Gedanken des Soziolinguisten und Forschers zur Soziologie der Erziehung, Basil Bernstein, zum beschriebenen gesellschaftlichen Phänomen darstellt.

Flucht vor dem eigenen Ich

LESENSWERTE BÜCHER ZUM ARBEITS- UND BILDUNGSWAHN

von Maria Wöflingseder

Genauso wichtig wie die theoretische Zuspitzung ist auch ein Rundblick über wertkritische Gefühle hinaus. Ich habe mich um Literatur zum Thema Arbeit umgesehen. Auch in Bezug auf das nächste krisis-Seminar über „Die Herrschaft der toten Zeit“ (siehe S. 39) sind die Bücher und Broschüren interessant.

Die Broschüre „Hauptsache Arbeit?“ von Ludwig Unruh, einem Anarchosyndikalisten, bietet einen gut geschriebenen, eindrucksvollen historischen Abriss über die Durchsetzung des Arbeitsprinzips. Unruh beginnt bei der Darstellung der Tätigkeiten in der „Urgesellschaft“, dem „Altertum“ und dem „Mittelalter“, als es noch keinen linearen Zeitbegriff und keinen Begriff für Arbeit gab. Er bezieht sich dabei u.a. auf die Arbeiten des Wirtschaftshistorikers Edward P. Thompson. In vielen Publikationen wird zwar oft auf den Beitrag des Protestantismus zur Manifestation des Kapitalismus hingewiesen, aber Unruhs Ausführungen sind wesentlich umfassender. Recht anschaulich wird die unsägliche Gewalt nachgezeichnet, der es über Jahrhunderte bedurfte, um den Menschen ihren eigenen Rhythmus der Tätigkeiten und die Feiertage – die in Europa zusammengerechnet rund ein Drittel des Jahres, in Spanien gar fünf Monate ausmachten – zu verbieten und sie zum maschinengleichen Arbeiten in den Fabriken zu zwingen. Im Zuge der Industrialisierung wurde anfangs „dem Zwang zur Fabrikarbeit heftigster Widerstand entgegengesetzt“, später „setzte die Organisierung von Gegenwehr im Rahmen der Arbeitervereinigungen ein, die die Fabrik als Ort der Auseinandersetzung akzeptierten, diese selbst aber nicht mehr in Frage stellten.“ (S. 17)

Die Broschüre enthält neben einer ausführlichen Bibliografie auch einen Überblick über die Geschichte des Widerstands gegen die Arbeit sowie Auseinandersetzungen mit anderen linken Strömungen und deren Sicht der Arbeit(skritik). Mit

dem Wissen über die Geschichte der Arbeit tritt das Durchgeknallte der heutigen Arbeits-Welt noch deutlicher zu Tage. Alles in allem eine unerlässliche Hintergrundinformation zur Vermittlung von Arbeitskritik!

Die bereits 1995 in Buchform erschienene Habilitation „Die Arbeit hoch?“ des Wiener Erziehungswissenschaftlers Erich Ribolits ist aktueller denn je. Es ist geradezu erschütternd, mit welcher Wucht all die Voraussagen von vor zehn Jahren eingetroffen sind. In sehr gut lesbarer Form wird der Zusammenhang von Arbeit, Bildung und politisch-ökonomischem System aufgezeigt. Ribolits veranschaulicht, wie sehr Pädagogik Agent des Arbeitsethos ist. Er fordert, sie aus dem Denkkorsett der Arbeitsgesellschaft zu befreien und von dieser endgültig Abschied zu nehmen. Seine Kritik ist allerdings keine konsequent wertkritische, sondern bleibt in Bildungshumanismus und Demokratie verhaftet.

Ebenfalls um den Dreh- und Angelpunkt Pädagogik geht es im neuen, überaus bemerkenswerten von Erich Ribolits und Johannes Zuber herausgegebenen *schulheft: Pädagogisierung – Die Kunst, Menschen mittels Lernen immer dümmer zu machen*. (Siehe auch S. 9 in diesen *Streifzügen* und auf S. 10f. den Artikel von Erich Ribolits, der aus diesem *schulheft* stammt.) Zum ersten Mal wird der grassierende kollektive Bildungswahn einer radikalen Kritik unterzogen – und zwar von der Pädagogenzunft selbst. Der etwas beiläufige Satz von Karlheinz Geißler: „Ach ja, vielleicht lernen wir ja nur, weil wir nicht aufhören können zu arbeiten“ (S. 62), trifft jedoch einen der Zentralnerven des Bildungsterrors. Das immer größer werdende Heer der Arbeitslosen erhofft sich nämlich von Kursen und Umschulungen nicht nur eine Jobchance, sondern all die Aus- und Weiterbildungen sind für sie oft schlicht eine Existenzberechtigung. Diese

wird ja Arbeitslosen – wenn auch unbewusst, so doch umso spürbarer – abgesprochen. Frank Michael Orthey spricht dies an, wenn er von „Routinen“ schreibt, die „Sicherheit geben, Vertrauen vermitteln und die Vorstellung von Legitimität“. (S. 75)

Eine recht kuriose Mischung ist der *Sammelband „Massenphänomen Arbeitssucht“*, herausgegeben von Holger Heide, Professor für Wirtschaftspädagogik an der Uni Bremen, der im Anschluss an eine Tagung zu diesem Thema entstanden ist. Die Spannweite reicht von brauchbarer Arbeitskritik von Heide über systemimmanente Versuche der Arbeitssucht beizukommen bis hin zu den „Anonymen Arbeitssüchtigen“ nach dem US-amerikanischen Vorbild der „Anonymen Alkoholiker“ mit stark religiösem Einschlag. Der Beitrag von Holger Heide umfasst ebenfalls einen kleinen geschichtlichen Überblick der Durchsetzung der Arbeit. Das Spannendste aber sind die Ausführungen über die Theorie der „Identifikation mit dem Aggressor“, die ursprünglich von Anna Freud und Sandór Ferenczi in den 1930er Jahren entwickelt wurde. Sie bemerkten bei sexuell, körperlich und psychisch misshandelten Kindern eine Identifikation mit ihren Peinigern, weil jene auf Gedeih und Verderb den Unterdrückern ausgeliefert waren und keinerlei Möglichkeiten hatten sich zu wehren. Später wurde diese Theorie zur Erklärung des Verhaltens von Opfern des Dritten Reichs herangezogen. Heide versucht unsere Unterwerfung unter das Diktat Arbeit als kollektive Traumatisierung zu erklären, in der der persönliche Aggressor zu einer „anonymen Macht“ geworden ist, dessen „Logik“ für das Opfer überhaupt nicht zu durchschauen ist“, was in weiterer Folge zur „Ausblendung aller Alternativen aus dem Bewusstsein“ führt. (S. 33f.)

Zum wichtigen Thema Arbeitssucht, über das es kaum kritische Literatur gibt, ist Heides Aufsatz in vorliegendem Buch ein bedeutender Beitrag. Was allerdings

befremdet, ist der mehrmalige positive Bezug auf „Spiritualität“, ohne sie auch nur weiter zu erläutern. Einmal bringt er „den Verlust der Spiritualität“ mit „der Identifikation mit fremdem Willen“ in Zusammenhang. Ein andermal kritisiert er die fehlende Geborgenheit, in der Kinder aufwachsen, „um sich als Teil eines großen Ganzen dieser Welt fühlen zu können, d.h. um über Empathie Spiritualität zu erfahren, kurz: um leben zu lernen.“ (S. 35) Ja, „Spiritualität“, eines dieser Füllhörner, die mit jedem beliebigen Inhalt befüllt werden können...

Ein gleichzeitig anregendes wie beschauliches Lesebuch ist die Anthologie „*Verweilen im Augenblick*“, herausgegeben von *Gerhard Senft*, einem Wiener Universitätsprofessor mit anarchistischem Background. Eine umfangreiche Sammlung historischer und zeitgenössischer Texte aus Wissenschaft und Literatur zum Lob der Faulheit und gegen das Arbeitsethos und den Leistungszwang. *Alexandra Kollontai* (1872–1952) charakterisiert den „heutigen Menschen“ als einen, „der keine Zeit ‚zu lieben‘ hat“. „Der Mann fürchtet sich vor den gefährlichen Pfeilen des Eros, vor der großen und wahren Liebesfessel, die ihn von dem ‚Wichtigen‘ in Leben ablenken könnte.“ (S. 45)

Der Psychoanalytiker *Wilhelm Stekel* (1868–1940) schreibt: „Menschen, die

nicht faulenzeln können, haben Angst vor den eigenen Gedanken. Ich bezeichne diesen Zustand als ‚horror vacui‘, die Angst vor dem leeren Raume, die Angst vor dem Loch im Tagewerk. (...) Diese Flucht vor der Faulheit ist eigentlich eine Flucht vor dem eigenen Ich.“ (S. 44) Dieser „horror vacui“ ist heute längst zur kollektiven Pathologie geworden. Jede mögliche Lücke wird sogleich von der Freizeitindustrie, dem Massentourismus oder der Rund-um-die-Uhr-Animation gefüllt. „*Verweilen im Augenblick*“ eine gute Gelegenheit zur Besinnung zu kommen.

Nicht ganz meine Erwartungen erfüllt hat „*Alles. Gleichzeitig. Und zwar sofort*“, das neue Buch von *Karlheinz Geißler*, der von der populärwissenschaftlichen Zeitschrift *PM* als „Europas bekanntester Zeitforscher“ bezeichnet wird. Geißler beschreibt zwar aktuelle Zeiterscheinungen treffend – mitunter auch solche, die bereits allgemein bekannt sind –, aber Gesellschaftskritik scheint seine Sache nicht zu sein. Ob es das ist, was diesem Buch einen gewissen Touch von Belanglosigkeit gibt? Es hat mich lange nicht so überzeugt wie Geißlers Beitrag im *schulheft* 116/2004 (siehe oben). Vielleicht aber schreibt Geißler ja das Interessantere für eine kritische Zeitschrift und das „leicht Verdauliche“ und weniger Aussagekräftige für das Mainstream-Publikum.

Die besprochenen Schriften

Ludwig Unruh: Hauptsache Arbeit? Zum Verhältnis von Arbeit und menschlicher Emanzipation, Syndikat A Medienvertrieb, Moers 2000, Broschüre 56 Seiten, 4 Euro, nur beim Herausgeber erhältlich: Bismarckstraße 41a, D-47443 Moers, www.syndikat-a.de

Erich Ribolits: Die Arbeit hoch? Berufspädagogische Streitschrift wider die Totalverzwückung des Menschen im Post-Fordismus, Profil Verlag, München-Wien 1995, 325 Seiten; vergriffen, im Netz auf www.streifzuege.org/str_autor_ribolits_arbeit_hoch_inhalt.html

schulheft 116/2004, Studienverlag Innsbruck-Wien-München-Bozen, 127 Seiten, 9 Euro; ISBN: 3-7065-1993-3, www.schulheft.at

Holger Heide (Hg.): Massenphänomen Arbeitsucht. Historische Hintergründe und aktuelle Entwicklung einer neuen Volkskrankheit, Atlantik Verlag, Bremen 2002, 302 Seiten, 15 Euro (D).

Gerhard Senft (Hg.): Verweilen im Augenblick. Texte zum Lob der Faulheit, gegen Arbeitsethos und Leistungszwang, Löcker Verlag, Wien 1995, 310 Seiten, 22 Euro (D).

Karlheinz A. Geißler: Alles. Gleichzeitig. Und zwar sofort. Unsere Suche nach dem pausenlosen Glück, Herder Verlag, Freiburg-Basel-Wien 2004, 220 Seiten, 19.90 Euro (D).

Ein anregendes Kaleidoskop

Wer nur Texte gut findet, die sich an wertkritischen Erkenntnissen orientieren, wird *Eberhard Straubs* Büchlein „*Vom Nichtstun*“ nicht mögen. Ihm entgeht jedoch ein kleines, prächtiges Feuerwerk an Gedanken, das der studierte Historiker und Archäologe in sechs Feuilletons abbrennt. Sätze wie „Die kapitalistische Wirtschaft, wie sie sich heute entfaltet, kennt nur die eine, die unpersönliche Freiheit des Marktes“ (S. 8) hatten in der *FAZ* wahrscheinlich selbst im Feuilleton kaum einmal Platz – auch als dieses noch von Straub redigiert wurde. Auch seine Kritik am „Umbau der Universität zum Großbetrieb“ wohl nicht: „Der Serientyp Doktorarbeit war so erfolgreich wie der kleine, schwarze Ford.“ – Und wie eine *Tin-Lizzy*-Dissertation sind seine Aufsätze wahrlich nicht angelegt, in denen er lebendige

Innenansichten der in Europa herrschenden Vorstellungen von Arbeit und Muße zeichnet, von der „Tugend des freien Bauern“ in Hesiods alter Zeit bis zum heutigen „Glück funktionierender Leistungsträger“.

Straubs Kaleidoskop illustriert in lebendiger Weise Vorgänge und Ideen, die auch anders orientiertem kritischen Nachdenken Anregung geben. So lässt sich, um nur ein Beispiel zu nennen, seine Darstellung der frühmodernen Vorstellung der wie ein Uhrwerk funktionierenden Welt durchaus auch als das ideologische Bild der von der staatlichen Souveränität zum „Lager“ transformierten Gesellschaft (*Agamben*) lesen.

Alle seine Abneigung gegen die „Idealisierung des Menschen als mußelosen Arbeiter“ führt Straub aber nicht dazu, sich mit dem in der Moderne als soziales

Bewegungsgesetz installierten Terror der Ökonomie zu befassen. Seine Überlegungen zu Freiheit, Selbst- und Fremdbestimmung, Marktfrömmigkeit, Wirklichkeitsverlust und Konkurrenz sind lesenswert, er bescheidet sich schließlich jedoch mit der Vorstellung einer neu-humanistischen „Aristokratisierung des Demos“ der Arbeitssklaven aller Klassen am Ende der Arbeitsgesellschaft, und das durch staatlichen Eingriff. Dass es um eine grundlegende Transformation der gesellschaftlichen Beziehungen und des Naturbezugs der Menschheit gehen könnte, nicht um „aristokratische Muße“ gegenüber knechtischer Arbeit, sondern um die Selbstorganisation vielgestaltiger Lebenstätigkeit frei assoziierter Individuen, das alles bleibt außen vor. Leider.

Lorenz Glatz

Eberhard Straub: Vom Nichtstun. Leben in einer Welt ohne Arbeit, ujs verlag, Berlin 2004, 144 S., 16 Euro (D).

Staatsmythos im Umbau

RANDNOTIZEN ZUR JUBILIERENDEN INSZENIERUNG DER REPUBLIK

von Franz Schandl

Es ist ein Ritual. Das offizielle Österreich inszeniert einmal mehr seine Historie und das andere Österreich kritisiert Verdrängung und Heuchelei. Was die Streitparteien eint, ist eine Art Vergangenheitssucht, das Starren auf die Geschichte. Da werden dann historischen Gefechte mit einer Aggressivität ausgefochten, die ihresgleichen sucht. Nicht über die Perspektive wird gestritten, sondern über die Retrospektive. Ein Hang zur Nekrophilie zeichnet den öffentlichen Diskurs aus. „Es lebe der Zentralfriedhof und alle seine Toten“, sang Wolfgang Ambros in seinen besseren Tagen.

Heuer gibt es besonders viel zu feiern: 60 Jahre Zweite Republik, 50 Jahre Staatsvertrag, 10 Jahre EU-Mitgliedschaft. Den offiziellen Auftakt setzte eine Sitzung der National- und Bundesrat umfassenden Bundesversammlung am 14. Januar. Da ging es wirklich zur Sache. „Das österreichische Wesen mag enträtseln, wer das kann, aber es drängt jedenfalls nach Harmonie, nach Menschlichkeit und Augenmaß“, sagt Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP). Dieser Drang ist spürbar, und gerade deswegen steht eine Akzentverschiebung in der Interpretation der Geschichte an.

Solche Feierlichkeiten sind dazu da, verbindende Mythen und Narrative zu überprüfen und abzusegnen, sie zu festigen, aber auch zu inaugurierten. Staatsjubiläen dienen der Selbstvergewisserung der nationalen Sache, sie sollen ganz spezifische Erinnerungen konstruieren und Standards vorgeben. Gedenken meint säkularisierte Andacht. Die Vergangenheit wird stets so aufgearbeitet, dass sie zum Loblied der Gegenwart gerinnt. Wobei die aktuellen Feiern sehr für den Eindruck im Ausland arrangiert erscheinen. Nach den Sanktionen will man der Europäischen Union zeigen: Schaut, wie lieb wir sind. Wir fallen aus keiner Rolle, wir beherrschen jede.

Jahrzehntelang wurde das Ende des Naziregimes als Niederlage empfunden, während die Unterzeichnung des Staatsvertrages zehn Jahre später als die eigentliche Befreiung galt. 1945 hatte man also verloren, 1955 gewonnen. Die bösen Ge-

schichten über die Besatzungsmächte (vor allem natürlich die Sowjets) prägten Kriegs- und Wiederaufbaugeneration. Heute trägt dieser Konsens allerdings immer weniger, nicht weil er geistig und moralisch überwunden wäre, sondern weil seine volksgemeinschaftliche Aussagekraft im Schwinden begriffen ist. Kaum eine Rolle im gegenwärtigen Staatstheater spielt die FPÖ. Haider zündelt, aber die Streichhölzer sind feucht. Dort, wo die Partei sich völkisch geriert wie etwa durch ihren Volksanwalt Ewald Stadler, vertritt sie im wahrsten Sinne des Wortes eine vorgestrigte Sichtweise. Die Forderung nach der „Aufarbeitung der Verbrechen der Besatzungsmächte“ ist inzwischen ebenfalls ein Programm, für das sich nicht mobilisieren lässt.

Verspäteter Abschied

Die falsche Wärme des Landes hat sich abgekühlt. Das merken auch die Politiker der beiden Großparteien, daher gehen sie auf Distanz. Prototypisch dafür steht etwa der Bund Sozialistischer Akademiker (BSA), der termingerecht eine Studie über seine braunen Flecken erstellen ließ. Vor Jahrzehnten wäre man dort mit einem solchen Ansinnen hochkantig hinausgeflogen. Dass der BSA Steigbügelhalter und Schutzmacht vieler Nazis nach 1945 gewesen ist, kann man nun leicht zugeben. Dass heute keine ehemaligen Mitglieder der NSDAP mehr protegirt werden müssen, ergibt sich rein aus Altersgründen. Nach der Versorgung steht nun die Entsorgung an. Die Kriegsgeneration stirbt aus, und ihre Nachrede wird zusehends schlechter. Hielt man den Großvätern einst die Stange, so putzt man sich nun an ihnen ab. Distanzierte man sich gestern nicht, so will man jetzt lieber nichts mehr damit zu tun haben.

Die „österreichische Erfolgsgeschichte“, so die Selbstdefinition, versucht ein neues Kapitel aufzuschlagen. Man bemüht sich redlich, die Befreiung des Landes von 1955 auf 1945 zurück zu datieren: „Vor 60 Jahren gab es den Triumph der rot-weiß-roten Fahne über das Hakenkreuz“, sagt Bundespräsident Heinz Fi-

scher (SPÖ). Hier wird ein neuer Mythos entworfen. Für 1945 bleibt festzuhalten, dass sich die allerwenigsten freuten. Das ist zwar traurig und zeigt das ganze Elend dieses nationalen Bewusstseins an, nur sollte dieser Umstand nicht umgedeutet werden. Faktum ist, die allermeisten Österreicher wollten gar nicht befreit werden, sondern als Deutsche siegen. Die gerne betonte Vergewaltigung des armen Landes durch das Altreich, ist ein übles Märchen, auch wenn die Alliierten es selbst aus taktischen Gründen bedienten.

Ganz selbstkritisch gibt sich auch der Bundeskanzler: „Wir sprechen heute oft von der schleppenden Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Die heutige Generation, die heutige Zeit versteht nicht leicht, warum vieles nicht von Anfang an klar und deutlich ausgesprochen wurde: die Taten der NS-Vertreibung, Enteignung, Ermordung jüdischer Bürger, aber auch von Kranken, Homosexuellen, von Roma und Sinti, von Menschen anderer politischer und religiöser Überzeugung, deren Wirken so viel zur Formung unseres Österrichts beigetragen hat. Erst sehr spät ist es uns, nach ersten Anläufen in den frühen Jahren, gelungen, einen Beitrag zur Linderung seelischen und materiellen Leids zu leisten.“

Man stelle sich nur vor, Schüssel oder Fischer hätten solch eine Rede 1960, 1970 oder 1980 gehalten. Der nasse Fetzen wäre ihnen sicher gewesen. Indes ist ganz leicht zu verstehen, was unverständlich ist. Die angeführten politischen Konstellationen unterscheiden sich fundamental, aber beide Male reagierte man der Opportunität entsprechend. Die Integration in die Europäische Union bedingt eine andere

DIE BRÜCKE Forum für antirassistische Politik und Kultur

ca. 148 Seiten, Jahresabo: 34 Euro (Ausland: 38 Euro) zzgl. Versandkosten, Einzelheft: 9 Euro. Mitgliedschaft im Förderverein: 65 Euro und mehr im Jahr. Redaktioneller Kontakt und Bezug (auch Probeexemplare): DIE BRÜCKE e.V., Riottestraße 16, D- 66123 Saarbrücken, Tel. 0681/390 58 50, bruecke@handshake.de www.bruecke-saarbruecken.de

Haltung als die Integration der Nazis in die junge Zweite Republik. Ähnlich banal ist auch die Begründung für die sehr späte „Wiedergutmachung“. Je später, desto günstiger, vor allem finanziell. „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“, sagte vor Jahrzehnten der damalige sozialdemokratische Innenminister Oskar Helmer. Nun ist diese Länge ausgereizt, das weiß man. Also zahlt man. Nicht gern, aber ohne lautes Granteln.

Bundeskanzler und Bundespräsident sind in ihrem Kurs jedenfalls sehr gut beraten, die *Kronen Zeitung* mag zwar kurz aufschreien und die FPÖ wird nicht mitmachen, aber wen kümmert das. Die Wehrmachtangehörigen sind kein Stimmungsbarometer und ebenso wichtig: kein bedeutendes Stimmpotenzial mehr. Ihre Tage sind wirklich gezählt, daher werden sie von der Politik nicht mehr hofiert, sondern abgeschrieben. Jetzt, wo dieser Antifaschismus kaum noch jemanden kratzt, kommt man ihm in Gesten und Worten großzügig entgegen. Alle Wehrmachturteile gegen Deserteure seien aufzuheben, verlangt etwa Heinz Fischer. Das wird in nicht so fernen Tagen über die politische Bühne gehen, die jüngsten Reha-

bilitierten werden dann wohl knapp über 80 sein. Aber besser spät als nie, werden sich jene denken, für die es 1946 nur eine Amnestie gegeben hat.

Freilich gibt es auch weiterhin große Tabus, eines betrifft den ehemaligen von der Sozialdemokratie kandidierten Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger (Amtszeit 1974–1986, verstorben 2000). Der hoch dekorierte Wehrmachtshauptmann befehligte noch in den letzten Kriegstagen in der Buckligen Welt einige hundert Wiener Neustädter Fahnenjunker, aber auch versprengte SS-Einheiten gegen die vorrückende Rote Armee. Doch auch eine Affäre Kirchschläger ist nur noch eine Frage der Zeit.

Verspätetes Willkommen

Österreich meint: Spätestens wenn alle zu Entschädigenden gestorben sind, wird man deren Rechte anerkennen und sie rehabilitieren. Jene, die vertrieben wurden und hier nicht zu Ehren kommen durften, erhalten nun als Wiedergutmachung ein Ehrengrab der Stadt Wien. Nicht nur symbolisch, in einigen Fällen ganz real. Und dann werden sie immer Patrioten gewe-

sen sein müssen. Ja, ich würde jede Wette darauf eingehen, dass den letzten noch lebenden Emigranten in einigen Jahren eine umfassende Entschuldigung der Republik zuteil wird: „Tut uns leid. War nicht so gemeint. Schaut's mal wieder vorbei. Wir zahlen den Aufenthalt.“ „Österreicher besuchen ihre Heimat: Spät, aber noch“, lauten dann die Headlines. Wahrlich, das ist die Alpenrepublik in vollster Blüte, Motto: Aus der Vergangenheit lärmen!

Wusste man vor dreißig Jahren ehemalige Lagerinsassen hinter vorgehaltener Hand mit „Des is do a KZler!“, zu charakterisieren, so wird jetzt verordnet: „Wir alle sind Widerstand“. Irgendwann wird einmal ganz Österreich im Widerstand gewesen sein. Die Nazis, das waren die Piefke. Was hier abläuft, ist, dass von der Abwehr auf die Vereinnahmung umgestellt wird. Von den heimischen Kritikern wird das leider nur als taktischer Schachzug und nicht als strategische Option wahrgenommen. Zweifellos, der Staatsmythos ist im Umbau begriffen. Die Erzählungen konformieren sich, da mag die Kritik noch so oft (und nicht zu Unrecht) Heuchelei schreien. Dem anderen Österreich wird der Stoff ausgehen, sobald der Staat Österreich ihn ihr abgesaugt hat. Die Kritiker werden eingemeindet, ideell wie reell. Die ausgleichende Groteske besteht in dem seltsamen Umstand, dass nun die Richtigen zur falschen Zeit gewinnen, wie die Falschen zur richtigen Zeit gewonnen haben.

Eines hingegen hat unwidersprochen und undiskutiert zu bleiben: Österreich sei der Staat geworden, so der Nationalratspräsident Andreas Khol (ÖVP), „den alle wollen“. Alternativlos hat man in die Zukunft zu blicken, Marktwirtschaft und Kapital gelten allen als sakrosankt, der Wirtschaftsstandort muss gesichert werden und die soziale Degradierung ist entweder Schicksal, so die liberalen Sozialdarwinisten, oder man wünscht sich zur Milderung einen neuen Kreisky, der das Land keynesianisch aufputzt, so die Sozialnostalgiker. „Österreich ist zur Nation geworden, an die seine Bürgerinnen und Bürger glauben, die sie lieben“, sagt Khol. Gegenwartsbegeisterung ist eine obligate politische Größe. Die parlamentarische Beweihräucherung findet ihren patriotischen Höhepunkt in der Rede des SPÖ-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer. Dem Mann ist kein Napf zu fett. Österreich, das ist für ihn Erotik pur und so beschreibt er auch sein Verhältnis zum Staat: „Ich liebe die Republik Österreich.“ Und ganz kategorisch: „Welch ein Glück, zur richtigen Zeit am richtigen Ort geboren zu sein!“

2000 Zeichen

abwärts

Bordelle als Retter von Standort und Arbeitsmarkt

In den *Oberösterreichischen Nachrichten* vom 31. Jänner konnten LeserInnen die schnoddrige Artikelüberschrift lesen: „Edelbordell erhöht ‚Verkehrsdichte‘ in Ansfelden“. Zwar ist das krebsartige Wuchern von Rotlichtunternehmen in der Dienstleistungsgesellschaft sattsam bekannt, die Begleitumstände dieser wirtschaftlichen und kommunalpolitischen Erfolgsstory verdienen jedoch nähere Betrachtung.

So gaben sich zur Eröffnung dieses mittelständischen Unternehmens mit immerhin 27 Mitarbeiterinnen auch Wirtschaftstreibende und die lokale Politprominenz die Ehre, allen voran der SP-Ortschef samt Gattin, um die Neugründung zu feiern. „Es gibt Orte, die ein Outlet-Center haben, wir haben ein Inlet-Center. Die Verkehrsdichte wird sich bei uns jetzt erhöhen“, feixte der Bürgermeister beim geselligen Umtrunk mit Kommerzialräten und den Bordell-Chefs.

Die Freude ist verständlich: Wenn im Standortwettbewerb anderweitig schon längst nichts mehr geht, Bordelle

gehen immer noch. Der wirtschaftliche Erfolg scheint garantiert, richtet sich das Angebot doch an „betuchte Herren“, nicht zuletzt aufgrund der Nähe der Industriebetriebe, die ihre Geschäftspartner ja gerne verwöhnen lassen.

Allem voran ist dieses Etablissement jedoch der Beweis, dass es die Krise der Arbeit gar nicht gibt: So finden hoch qualifizierte Frauen hierzulande immer noch gute Jobs, insbesondere wenn sie sprachgewandt sind. O-Ton der OÖN: „Alle beherrschen mehrere Fremdsprachen. Etwa Niki: Sie ist Ungarin, 23 Jahre alt, spricht natürlich Ungarisch, aber auch Rumänisch, Italienisch und versteht auch ganz gut Deutsch.“ An der Arbeitsmoral der osteuropäischen Frauen können sich die ÖsterreicherInnen ein Beispiel nehmen: Wenn die Zeiten enger werden, dürfen wir es nicht so eng sehen und müssen halt ein bisschen liberaler sein und es billiger geben. Die Ansfeldner Sozialdemokratie macht es vor – und wirbt mit ihren Bemühungen zur Rettung des Wirtschaftsstandortes zugleich für konsequente Anti-Politik.

M.K.

„Sich Verlieben“ als Konkurrenzkampf

„DISMISSED – DIE DREI-IST-EINER-ZUVIEL-DATING-SHOW“ AUF MTV

von Martin Scheuringer

You are dismissed“: Wem das gesagt wird, der hat sich zu wenig bemüht, oder seine Anstrengungen waren schlicht die falschen. Der Wettkampf um die Gunst der Frau bzw. des Mannes genannt Picker ist verloren. In der TV-Show „Dismissed“ des Senders MTV messen sich zwei KonkurrentInnen darin, wer eineN PartnerIn für sich gewinnen kann. (Heterosexuelle „Normalität“ wird als selbstverständlich vorausgesetzt, bringt offenbar mehr Quote). Verfolgt werden sie dabei einen Tag lang von zahlreichen Kameras und einer Regie.

An folgende Spielregeln müssen sich die Kandidaten halten: jeder der zwei Konkurrenten sucht ein „Date“ mit dem Picker aus, bei dem er möglichst gut punkten kann (Disco, Schwimmbad, Tennis, Schuhe-Einkaufen...). Zu den Dates fahren – das Konkurrieren darf nicht unterbrochen werden – alle drei Beteiligten (für die ich im Folgenden, ich bitte um Pardon, auf Grund der Einfachheit und Faulheit immer die männliche Form einsetze). Ausnahme ist das „Time out“: Der Picker und der Werber dürfen zwanzig Minuten alleine sein. Der Werber darf sich den Zeitpunkt, an dem er diese Karte ausspielt, selbst aussuchen. Während des Tages werden die Kandidaten immer wieder zu kurzen Interviews gebeten, in denen sie ihre Lage im Kampf bewerten sollen.

Die MTV-Zuseher sehen eine auf eine Viertel Stunde gekürzte Sendung, in der die Schlüsselszenen des Tages und die wichtigsten Interviewausschnitte mit den Kandidaten gezeigt werden. Diese Show wird sowohl in den USA produziert als auch vom deutschen MTV. Teilnehmen darf jeder, der einen Fragebogen ausgefüllt zum Sender schickt und ausgewählt wird. (Sendezeiten: Mo: 15–15.30 Uhr, Mo–Sa: 18.30–19 Uhr auf MTV)

Leistung

Sucht man bei der Beschreibung dieser Show einen Begriff, der alle darin auftretende soziale Praxis umfassen soll, drängt sich derjenige der Leistung auf. Leistung ist dabei der Begriff für eine spezifische Form der Praxis, welche einen vorher definier-

ten Zweck – Eroberung des Pickers – voraussetzt. Bei ihr geht es darum, dass die Handlungen ein abstraktes, quantifizierbares Etwas an verausgabter Energie darstellen sollen. Die Quantität der Leistung wird durch den Picker von den konkreten Handlungen der Konkurrenten abgelesen. Leistung ist eine Interpretation einer beobachteten Handlung. Diese Form der Deutung bestimmt ihrerseits wieder die nachfolgenden Handlungen innerhalb der Wettkampfsituation, insofern Handlungen, die für den Picker Leistung signalisieren, belohnt werden und vice versa. Erst wenn eine Handlung sich so deuten lässt, wird sie von den anderen verstanden. So strukturiert ein abstraktes Deutungsschema die Handlungen.

Die Praxis der Konkurrenten hat einen „Doppelcharakter“: Einerseits bewirkt die Praxis etwas in der empirischen Welt („Gebrauchswert“), und andererseits dient hier die beobachtete Praxis nur als Träger für das Abstraktum Leistung („Tauschwert“). Diese ist diejenige Qualität, die es ermöglicht, alle verschiedenen Handlungen miteinander in ein bewertendes Verhältnis zu bringen. Sie ist das von den Beteiligten der Situation zu Grunde gelegte Gemeinsame, das alles sinnlich Verschiedene in ein quantifizierbares Verhältnis bringt. Das hinzuge dachte Gemeinsame macht alle Praxis zu einer „sinnlich übersinnlichen“ (Marx).

Wahrnehmen und Deuten

Die Verausgabung menschlicher Energie zum Zwecke des Beeindruckens des Pickers soll anhand der konkreten Handlungen, die von den beiden Konkurrenten gesetzt werden, von den jeweils anderen Mitspielern sowie den Zusehern abgelesen werden, und die Quantität dieser Leistung soll für den auswählenden Picker das Kriterium der Entscheidung sein. Diese Quantität ist freilich nicht exakt empirisch messbar, doch der Picker wird wohl, wenn er sich gemäß den Spielregeln des Wettbewerbs entscheidet, denjenigen Kandidaten aussuchen, der ihn in der Show für sein Verständnis von Leistung mehr umworben hat. Sein Messen passiert aus einer subjektiven Perspektive, sowohl der Maßstab als

auch die Art der Quantifizierung werden vom Picker bestimmt. Jeder Kandidat erkennt anhand der Reaktionen des Pickers, welche konkreten Handlungen mehr oder weniger Leistung signalisieren, und stellt seine Praxis darauf ein.

Das bedeutet freilich nicht automatisch, dass sich die Mitspieler mit ihrem Verhalten total in diese von der Situation vorgegebenen Strukturen und die dazugehörigen Verhaltenscodices einpassen. Dennoch kann ihr Verhalten sehr wohl diesen Formen entsprechen, ohne dass die Kandidaten ein Wissen über diese Entsprechung haben. Immerhin scheinen die zu Grunde liegenden Bedingungen der Wettkampfsituation immer wieder dazu passende Handlungen hervorzubringen.

Reflexion als strategisches Denken

Als Erstes muss der Kandidat begreifen, dass er hier an einem Wettkampf teilnimmt. Dessen Regeln geben somit gleich die Bahnen vor, in denen sich das Denken der Teilnehmer bewegen soll. Beim Wettbewerb geht es um den Sieg. Diesen erlangt man durch strategisches Handeln und Denken, das auf zweierlei beruht: Es gibt einen Zweck, den es zu erfüllen gibt, und dafür gibt es Mittel, die das Erreichen desselben ermöglichen sollen. Bei „Dismissed“ ist der Zweck die Eroberung der Frau/des Mannes. Er ist von außen, d.h. von der Struktur der Situation, vorgegeben, und jedes Hinterfragen dieses Zieles würde beim Drehteam, bei den anderen Mitwirkenden und bei den Zuschauern auf Unverständnis oder gar Ablehnung stoßen. Der Zweck steht außerhalb der Reflexion, es dürfen nur die Mittel überlegt werden. Das ist die Bedingung des Spieles, auf die hin die Handlungen interpretiert werden.

Was innerhalb der vorgegebenen Wettkampfsituation zählt, ist, dass die Handlungen aus dem Interesse am Sieg heraus gesetzt werden. Die Situation zwingt alle Beteiligten zu einer bestimmten Form der Reflexion: Der Zuschauer/Mitspieler trennt bei der Beobachtung der Show die gesehenen Handlungen und die sie begründenden Motive, wobei er diese aus dem Zweck der Veranstaltung ableitet.

Dieser Zweck ist ein Interpretationsfluchtpunkt: auf ihn hin soll alles, was passiert, befragt und begründet werden.

Für den Wettkämpfer selbst, also denjenigen, der umschwärmt nicht um des Umschwärmens, sondern um des Sieges willen, ist die je durchlebte Situation immer ein Mittel für den erhofften Sieg. Er verhält sich charmant, gewitzt usw., um zu gewinnen. Alle Handlungen innerhalb des Wettkampfes bekommen erst im Falle eines Sieges Sinn und Wert, da sie dann ihren Zweck, für den sie bloß Mittel waren, realisiert haben. Der Verlierer hat sich umsonst bemüht, seine Motivation zu handeln baute auf die mögliche Einlösung eines Tauschversprechens, dass er nämlich für seine verausgabte Leistung die Gunst des Pickers erhält. In diesem Moment hat sich für den einen alle Mühsal rentiert, für den anderen war es vergebliche Arbeit, er ist überflüssig, sein Dasein sinnlos. Daher zeigt die Werbung für die Sendung den Selbstmord des Verlierers.

Zwei Typen und ein Anti-Typ

Hat man eine Strategie und handelt danach, so stellt man sich selbst als einen bestimmten Typus vor und dar: man macht von sich ein Bild, das zum Sieg führen soll. Zwei Idealtypen können dabei unterschieden werden.

Der „natürliche“ Wettkämpfer – „Alles ist ernst“:

Die Kategorie meint das strategische Konzept, sich selbst als stark, rational, geradlinig und zielbewusst zu präsentieren. Der Wettkämpfer erlebt die Situation als eine „natürliche“: Das Spiel unterscheidet sich nicht von ähnlichen Situationen im „real life“. Der Kandidat verlässt sich auf seine gewohnten Strategien, er will sich „natürlich“ geben, „ganz er selbst sein“. Er legt sich für die Show keine spezifische Strategie zurecht, er agiert so, wie er es auch „in Wirklichkeit“ tun würde.

Das Ziel der Praxis steht fest, und die Methode besteht darin, alle Tricks, die er kennt, so anzuwenden, dass sich ständig „Fortschritte“ ergeben. Seine einzige Möglichkeit Rückschläge zu verarbeiten ist das rationale Kalkül, dass auch mit Minuspunkten zu rechnen ist. – „Obwohl ich mir mit meiner Frage nach der Lieblingsstellung bestimmt einen Minuspunkt eingefahren habe, liege ich ganz klar vorne und sie wird sich sicher für mich entscheiden“, ist eine typische „natürliche“ Reflexion im Interview.

Der „intellektuelle“ Wettkämpfer – „Alles ist nur Spiel“:

Dieser Typ präsentiert sich als eloquenter, witziger Geistmensch, der ein gewisses Maß an Körperverachtung mitbringt. Er kann sich zu allem in ein Verhältnis setzen, so ist er in der Lage sich von allem Geschehen zu distanzieren. Nichts kann ihm etwas anhaben. Er reflektiert alles. Auch zu seinem Verhalten setzt er sich in ein Verhältnis und legt ganz offen seine Strategie dar. Er versucht die Wettkampfsituation als ein Spiel zu begreifen. Doch diese Interpretation steht bei ihm unter der strategischen Annahme, dass diese Art dem Picker gefällt. Man darf sich nicht einfach so mit dem Picker einen Spaß machen und ganz darauf vergessen, seinen Konkurrenten bei ihm auszustechen. Insofern reflektiert er die Umgebung zwar als eine künstlich hergestellte, doch dieses Wissen nutzt er nur für seinen Vorteil in der Konkurrenz. (Scheitert er in einem Annäherungsversuch, so bleibt ihm der Rückzug in den sozial anerkannten Elfenbeinturm des Theoretikers, von dem aus er Überlegenheit verstrahlen kann.)

Auch er macht sich nicht einfach so mit dem Picker einen Spaß und vergisst ganz darauf, seinen Konkurrenten bei ihm auszustechen.

Der Müßiggänger:

Diesen polaren Idealtypen, die sich innerhalb des vorgegebenen Rahmens bewegen, kann zumindest gedanklich ein Typus entgegengestellt werden, der sich dem Wettbewerb verweigert.

Dieser Mensch steigt aus dem Wettkampf aus und sucht auch schon im Spiel Befriedigung. Sein Glück besteht im Tätigsein, in der Aktualisierung dessen, was er vermag. Durch das volle Aufgehen in der Tätigkeit ist das Bewusstsein zugleich ganz bei sich und beim „Gegenstand“. Keine abstrakte Zeit oder andere Imperative stören die Handlungen des Müßiggängers (frei nach Aristoteles). Spricht er mit dem Picker, so um etwas zu erfahren oder um Nähe zu spüren usw. Strategisches Denken lässt er bei Freundschaft und Liebe nicht zu. Er lebt von Situation zu Situation, und der Zweck seines Tuns ist ein Leben in guter Gemeinschaft („*existens autem gratia bene vivendi*“ Aristoteles). Dieser Typ hat meines Wissens nie bei „Dismissed“ teilgenommen.

Das Wahrnehmen in Typologien

Die Wettkämpfer müssen sich sehr schnell auf die beiden anderen Personen einstellen. Es geht darum, möglichst schnell bei dem Picker zu punkten, den Konkurrenten „alt aussehen zu lassen“. Dazu muss

sich jeder ein Bild der beiden anderen machen. Das heißt, die Wettkampfsituation nötigt die Teilnehmer vor allem auf Grund der Knappheit der Zeit, die anderen in bestimmte Kategorien zu zwingen, gemäß denen der Kategorisierende dann wieder seine Praxis ausrichtet. Jeder Konkurrent macht Annahmen darüber, welcher Typ von Mensch der Picker wohl sein, was ihm gefallen könnte, und handelt diesen Annahmen gemäß. Dasselbe tut er mit dem Konkurrenten, insofern er sich fragt, in welchen Bereichen er wohl der Bessere ist, um danach seine Strategie auszurichten.

Im strategischen Handeln geben sich die Kandidaten selbst eine Identität, die möglichst gut zur Identität des Pickers passen soll. Von den Menschen, die hinter diesen konstruierten Bildern stehen, geht sehr viel verloren. Ein wirkliches Aufeinander-Eingehen und Kennenlernen ist unmöglich. Eine Typologie ist eine Abstraktion von der Wirklichkeit des gegenüberstehenden Menschen. Der Kandidat muss nicht wirklich auf den anderen Menschen eingehen, sondern er probiert sein Programm durch.

Individualität und Rolle

So spielen alle Teilnehmer ihre Rolle, einerseits die sich selbst zugeschriebene, und andererseits die ihnen zugewiesene. Diese Rolle muss bestimmte Bedingungen erfüllen: Ihr Zweck ist der Sieg bzw. die Selektion, sie auszufüllen ist ein Mittel dazu: Die Selbstdarstellung dient dazu, sich selbst als eine wohlfeile „Ware“ anzupreisen. Dazu verausgibt der Mensch, der sich in der Wettkampfsituation nur mehr als Charaktermaske wiederfindet, Energie. So sind die konkreten Handlungen, die die Charaktermaske Kandidat ausführt, nur wichtig als Mittel um zu zeigen, dass er sich um den Picker bemüht. Sie sind Verausgabung abstrakter Arbeit, das Zeigen von Leistung. Der Konkurrent kann sich desto näher dem Erfolg wöhnen, je mehr abstrakte Arbeit er in sich als Ware investiert, damit seine Handlungen nicht für immer Mittel ohne Zweck und somit sinnlos bleiben.

Ob aus dem Date des Pickers und des Siegers eine längere Beziehung wird oder ob die beiden gleich nach dem Drehtag wieder auseinander gehen, geht am Interesse der Zuseher vorbei, erfährt niemand. Hier geht es darum, wie man sich erfolgreich gegen Mitbewerber durchsetzt. Passt die daraus resultierende „Beziehung“ nicht, so man kann man getrost wieder jemand anderen erobern, (sich) konsumieren (lassen), und das war's dann schon auch.

„Burn all Flags!“

von Roger Behrens

Kultur in der bürgerlichen Gesellschaft hat primär die Funktion, von den Verhältnissen eben dieser Gesellschaft abzulenken. Pop bewegt sich zwischen den Polen, diese Ablenkung einmal perfektioniert zu haben, aber auch, sich diese Funktionszuschreibung nicht ohne weiteres gefallen zu lassen. Pop ist nicht subversiv, gleichwohl er auch nicht die bruchlose Verdinglichung ist; der Mainstream hat Nebenströme, sonst wäre er nicht der Mainstream; aber diese Nebenströme führen nicht von sich aus in die Utopie, auch wenn sie auf der popkommunistischen Weltkarte längst eingezeichnet ist. Nicht ist Popkultur an sich die Befreiung, und dennoch vermag der Versuch der Befreiung in ihr in Konstellationen zu gerinnen; wo und ob das geschieht, wäre am ästhetischen Gehalt der Produkte zu entschlüsseln, und ist selbst mitnichten unmittelbar. Ebenso wichtig, auch um den Schleier der Unmittelbarkeit zu zerreißen: sich auf den Immanenzzusammenhang einzulassen. Solche Immanenz berührt auch die in der materialistischen Theorie problematische und ungeklärte Frage nach der Materialität des Klangs, also die Frage, ob denn die Politisierung der Kunst, zumal in den Derivaten der Kulturindustrie, hörbar ist?

„Burn all flags!“, steht auf der Bassdrum des Schlagzeugs. Die Band, die unter dem Namen A Silver Mt. Zion auftritt, wurde im Frühjahr 1999 gegründet, teilweise in Personalunion mit den auch musikalisch nicht weit entfernten Godspeed You Black Emperor! – aus Montréal in Kanada, beim Label Constellation zusammen mit Bands wie Fly Pan Am oder Do Make Say Think. Es ist der über den Punk und so genannten Postrock vermittelte Versuch, sinfonische Musik für eine Zeit zu definieren, die Sinfonie, also Zusammenklang, nicht mehr zulässt. Die Parallelen zu Gustav Mahler, insbesondere zur dritten, sechsten, siebten und neunten Sinfonie, dürften nicht zufällig sein. Punk in diesem Fall heißt: hier wird gezeichnet und skizziert, nicht gemalt (was sich übrigens in der Covergestaltung anschaulich verdeutlicht). Also Mahler: der sagte nachdem er im Sommer 1896 seine dritte Sinfonie beendet hatte über diese: „Meine Sinfonie wird etwas sein, was die Welt noch nicht gehört hat. Die ganze Natur bekommt darin eine

Stimme und erzählt so tief Geheimes, was man vielleicht im Traume ahnt. Mir ist manchmal selbst unheimlich zumute bei manchen Stellen und es kommt mir vor, als ob ich das gar nicht gemacht hätte.“ Einhundert Jahre später sind es Bands wie Godspeed You Black Emperor! oder eben A Silver Mt. Zion die mit aller Gewalt des musikalischen Materials der trostlosen Wahrheit zum Ausdruck verhelfen, dass dieser Traum ein Alptraum ist, die Unheimlichkeit die Stimme der denaturierten Natur selbst ist, vom Menschen zuge richtet wie auch nur vom Menschen zu befreien...

Es ist eine Haltung zur Musik, bei dem jeder Ton nicht nur das Instrument als verlängertes Werkzeug des menschlichen Körpers bestätigt, sondern auch als technische Prothese, als Entfremdung eben dieses Körpers. Jede Stimme, die zu hören ist, verhält zugleich in den Effekten, durch die sie geleitet wird. Deutlich wird hier, dass Musik nicht nur die Kunst der Zeit ist, sondern auch die Kunst des Raums. Mit Postrock sind Bands bezeichnet worden, die nach der Krise des Rock – Virtuosität, Ästhetizismus, Materialschlachten, Bluesschema – sich von den Klischees verabschiedeten, um eben einen musikalischen Raum neu abzustecken: die Musik wurde so langsam, so reduziert, dass man das Gefühl bekam, zwischen den einzelnen Tönen hindurch laufen zu können, um sie von jeder Seite zu betrachten, also zu hören. A Silver Mt. Zion übersteigert dies Prinzip fast mit Gewalt. Eine Sprechstimme sagt zu Akkorden, die klingen, als wären sie die letzten noch möglichen überhaupt: „Because the people united is a wonderful thing“, und dann verstummt die Musik. Und das ist die Wahrheit: Ausdruck des Unwahren. Dennoch bleibt die Musik bei der Anekdote, beim Zitat, beim Beiwerk, verzichtet auf jede Form von Überheblichkeit und Anmaßung. Und so schießen diese Sinfonien zu Kristallen zusammen, dunkel, zerbrechlich, traurig und Signatur einer dem schrecklichen Augenblick entronnenen Melancholie. Nach einem Jahrhundert der Extreme, der barbarischen Spannungen, zerreißt noch einmal der Schleier der Romantik, bricht die Musik erneut auseinander: in sinfonische Dichtung: „Fucked-up chamber music!“

Silver Mt. Zion sind heute sechs Musiker: zwei Violinen, ein Cello, ein Klavier, zwei Gitarren, ein Bass (und Kontrabass) – dazu Orgel, Glockenspiel, Tapes, Gesang. Dazu kommen Gastinstrumentalistinnen (Schlagzeug, Horn) ... Es gibt Querverbindungen zur minimalistischen Musik, zur Geräuschkunst, zur Programmmusik, zu Klezmer ebenso wie zu Punk und Hardcore.

The Silver Mt. Zion Memorial Orchestra & Tra-La-La Band, 'Born into trouble as the sparks fly upward', Constellation 2001; A Silver Mt. Zion, 'He has left us alone but shafts of light sometimes grace the corner of our rooms', Constellation 2000 – www.cstrecords.com

Transformationsclub der Streifzüge

Eine Mitgliedschaft im Transformationsclub der Streifzüge kostet 120 Euro pro Jahr, zahlbar auf einmal oder per vierteljährlichem Dauerauftrag. Für den Beitritt wird man selbstverständlich belohnt: Es gibt ein auszuwählendes Schriftstück als Einstandsgeschenk und darüber hinaus alle aktuellen Buchpublikationen, wo eins von uns beteiligt ist, sei's als Autor oder Mitautor, gratis. Das Abo der Streifzüge ist selbstverständlich inbegriffen, ebenso die Zustellung mehrerer Exemplare der aktuellen Nummer bzw. aller noch erhältlichen Einzelhefte. Einen Kriterienkatalog senden wir gerne zu. Schreiben oder mailen Sie uns ganz einfach:

Kritischer Kreis,
Margaretenstraße 71-73/23,
A-1050 Wien oder:
streifzuege@chello.at
Wir reagieren prompt.

Der Katastrophenauf lauf

GLOBALISIERTES UNGLÜCK UND KULTURINDUSTRIELLE VERWERTUNG

von Franz Schandl

Als diese Zeilen geschrieben wurden, Asprachen alle vom Tsunami, als diese Zeilen veröffentlicht wurden, fast niemand mehr. Das Vergessen geht schnell. Vor allem in den sich beschleunigenden Zeiten. Da ist es naheliegend, dass jedes uns medial zugetragene Unglück ein kulturindustrielles Ablaufdatum hat. Dass es diesmal länger gedauert hat, liegt daran, dass wir es mit einem globalisierten Ereignis zu tun hatten. Das streckt die Frist. Bei dieser Katastrophe kamen nämlich nicht nur Einheimische zu Schaden, sondern zahlungskräftige Kunden aus den Metropolen des Kapitals. Also unsere. Die fliegen dorthin und konsumieren den ökonomischen Unterschied als Surplus.

Doch was, wenn solches nicht der Fall ist? Erinnern wir uns etwa noch an Folgendes: „Das große Sterben begann diesmal um Mitternacht mit einem ohrenbetäubenden Pfeifen, Tosen, Heulen, vermengt mit den Schreien von Millionen Menschen, und hielt neun Stunden an. Flutwellen bis zu sieben Metern Höhe ließen ein verwüstetes Land und unzählige Leichen zurück. Sogar in den Straßen von Chittagong, der zweitgrößten Stadt des Landes, liegen sie und die Geier holen sich auch dort ihren Teil. Unerträglicher Verwesungsgeruch verpestet die Luft, es gibt kein Trinkwasser, Seuchen breiten sich aus, Straßen sind überfüllt mit hungernden, obdachlosen Menschen, die um ihr Überleben kämpfen.“ Das schrieb Brigitte Uddin im Sommer 1991 im inzwischen eingestellten *FORVM* (Nummer 452-454). Weiß hierzulande noch jemand davon? – Wohl kaum. Interessieren die Zyklone vor der Küste im Golf von Bengalen? – Wohl wenig. Auch im letzten Juli hat das Hochwasser wieder Hunderttausende um Hab und Gut gebracht. Hilfsaktionen größeren Ausmaßes sind jedenfalls unbekannt. An diesem permanent unsicheren Küstenstreifen in Bangladesch trifft es fast ausschließlich die Ärmsten der Armen. Aber wer braucht die? – Instinktiv begreift das westliche Gewissen diese Menschen als überflüssige, weil wertlose Bevölkerung.

Die fundamentale Differenz zur aktuellen Katastrophe ist die, dass es sich hier um eine globalisierte handelt, eingeborene

Opfer nicht unter sich bleiben, sondern auch Europäer und Amerikaner mit in den Tod gerissen werden. Selbstverständlich gilt auf diesem Planeten eine strenge Hierarchie der Opfer. Tragisch ist vor allem, weil es die Touris erwischt hat und so einige Länder diese Verluste als nationalen Trauerfall inszenieren. Es handelt sich um bevorrechtete Wesen: um weiße Menschen mit Geld und einer großen Betroffenheitsindustrie. Und die zieht nun all ihre Register. Von Sonderkorrespondenten an der Front bis zum Benefizkonzert in der Heimat.

Aber ist nicht eh schon alles geäußert, was geäußert werden konnte? Auch an Kritik? Wahrscheinlich. Natürlich sind die Mythen von Gottes gerechter Strafe oder der Rache des Meeres oder von jüdischer Verschwörung unerträglich. Selbstverständlich ist es eine Ungeheuerlichkeit, dass es im Indischen Ozean kein Frühwarnsystem gibt, dass sogar die Menschen in Sri Lanka und Indien – zwei Länder, die einigermaßen weit entfernt vom Epizentrum des Bebens liegen – nicht rechtzeitig gewarnt wurden.

Ehrlich wäre es, zu betonen, dass aller Heuchelei zum Trotz uns dieses ferne Leiden (wenn es nur fern bleibt) eigentlich emotional nicht richtig berühren kann. Wir können es erkennen, uns daran ergötzen wie an einem Katastrophenfilm oder kurz mal erschauern, aber wir können jenes Unglück nicht wirklich mitfühlen, höchstens es sind Freunde oder Verwandte betroffen. Nun zahlen wir also, damit uns nichts Schlechtes nachgesagt wird. Denn niemand soll sich unterstehen, von der Arroganz und Habgier der Reichen zu sprechen: „„Goldenes Wiener Herz‘ bringt großartige Hilfsbereitschaft für Tsunami-Opfer“, heißt es in der Wiener U-Bahn-Gratisgazette *Heute* vom 14. Jänner.

Der Flutwelle folgt die Spendenwelle. Gegenwärtig erleben wir eine sich auf die Brust schlagende Welle der Spendenbereitschaft. In rasantem Tempo wälzt sich diese durch die westlichen Medien und verbietet jedes Nachfragen. Man möchte ja niemandem das Spenden vermiesen, aber wohin fließt das Geld? Verlässt es eigentlich den angestammten Kreislauf? Wenn etwa die Republik Österreich (um ein Beispiel zu nennen) von den veranschlagten 8

Millionen Euro für die Flutopfer die Hälfte für die Tätigkeit des heimischen Militärs vorgesehen hat (*Heute*, 14.1.2005), was ist das? Doch nichts anderes als eine sonst kaum durchsetzbare Sonderfinanzierung des Bundesheers durch die Hintertür.

Selbst das, was den Opfern materiell zugute kommt, ist auch (und wirtschaftlich gesehen primär) eine Finanzspritze für die Katastrophenindustrie des Westens: Pharmakonzerne, Militärs, Hilfsorganisationen, Werbefirmen, Medienmeute, Konzertveranstalter etc. – Ökonomisch betrachtet ist jede Katastrophe Zerstörung von Kapital, sodass anderes Kapital wieder produktiv tätig werden kann. Eine rapide oder gar plötzliche Entwertung ist eine geradezu tolle Voraussetzung zukünftiger Verwertung. Jede Hilfsaktion ist Bestandteil erwarteter Umwegrentabilitäten. Die Differenz also zwischen dem, was die Spender offensichtlich bezwecken und dem, was wirklich abläuft, sollte man sich allerdings vor Augen halten. Das heißt ja nun keineswegs, dass man nichts spenden darf. Unmittelbar kann den Betroffenen nicht anders geholfen werden. Leider.

Was sind überhaupt Spenden? Die Spende tritt ja auf als unschuldige und karitative, als profane menschliche Handlung, die keinen Hintergedanken und keinen Hintersinn haben will. Indes, Spenden sind nur dort notwendig, wo Hilfe und Kooperation (nicht nur bei Not, Elend und Katastrophen) keine gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten sind, sondern speziell organisiert und inszeniert, vor allem aber finanziert werden müssen. Das Spendenwesen verdeutlicht, dass jenen, die etwas brauchen, was vorhanden wäre, dieses nicht direkt oder automatisch zukommt, sondern sie nur in dessen Genuss gelangen können, wenn sich jemand anderer ihrer erbarmt. Die Bespendeten sind also vom Wohlwollen der Spender, der Inhaber von Geld und Vermögen abhängig, ihnen regelrecht ausgeliefert. Bedürftigkeit muss nicht unbedingt an außergewöhnliche Ereignisse geknüpft sein. Der ganze Non-Profit-Sektor lebt von Spenden, auch dieses Magazin hier könnte ohne gar nicht existieren.

Die Geber geben vor, was die Nehmer zu erwarten haben. Die Empfänger sind diesbezüglich voll abhängig, sie haben keinen Anspruch geschweige denn ein Recht auf diese Art von Zuweisung. Die Freiwilligkeit ist anders als beim Geschäft einer Seite zugeordnet. Ökonomisch betrachtet ist das Spenden kein Tauschen, da keine unmittelbare Gegenleistung erfolgt. Hier ist es dem Geschenk ähnlich, wenngleich es aber (anders als dieses) zumeist an eine be-

stimmte (Be-)Dürftigkeit geknüpft ist, was meint, dass dieser anders als durch Spenden gar nicht beizukommen ist. Eine *Kritik der Ökonomie des Spendens* müsste die hier angeführten Aspekte und andere zum Gegenstand ihrer Analyse nehmen.

Vergessen werden sollte nicht, dass es im professionellen Spendenwesen nicht bloß zwei, sondern drei Parteien gibt, die Spender, die Spendenempfänger und die *Spendenüberträger*, d.h. die zahlreichen Institutionen der Spendenflüsse. Diese haben sich als regelrechtes Gewerbe etabliert, sind eine boomende Charity Society. Dort müssen alle Spenden durch, dort wird entschieden, was die Organisatoren selbst einbehalten und wer schlussendlich Nutznießer wird. Bei Spenden geht es nicht ausschließlich um Hilfsbereitschaft und Unterstützung (das ist lediglich eine Dimension, und die zielt auf Dankbarkeit!), sondern um Angewiesenheit, ja Abhängigkeit. Spenden disponieren per Überweisung oder Unterlassung, wie viele Menschen medizinisch versorgt und wie viele Häuser aufgebaut werden sollen, oder umgekehrt: wie viele umkommen oder obdachlos bleiben.

Spenden dienen der Selbstvergewisserung. Ein gutes Gewissen wird angezeigt. Das ist zwar besser als die Gewissenlosigkeit, aber nicht um vieles. Letztlich kauft man sich los davon, sich über die Welt und ihre Beschaffenheit Gedanken zu machen. Man leistet sich eine Entschuld(ig)ung und hat damit seinen Teil getan. Was die Geldbörsen und Konten verlässt, sind Betroffenenabschlagshonorare. Wer stolz darauf ist, Spender zu sein, gibt zu Protokoll, dass an den Grundstrukturen aber auch gar nicht gerüttelt werden soll. Die gönnerhafte Linderung von Not und Elend will diese nicht abschaffen, sondern sich daran erbauen. Das Unglück anderer ist so ideeller Nährstoff eigener Befriedigung.

„Wir bauen das ÖSTERREICH-DORF für Flutopfer in Sri Lanka“ schlagzeilte der Wiener *Kurier* bereits am 9. Jänner. „Österreich-Dorf“ wurde nicht nur wie oben in Großbuchstaben geschrieben, sondern auch in größeren Lettern gesetzt. Die Tageszeitung veröffentlicht auch konsequent wie penetrant die Stifter dieser Häuser (zumeist Firmen, Versicherungen, Banken, Gemeinden, Gewerkschaften etc.) auf ihren Print- und Internetseiten. Aber das ist nur ein Beispiel unter vielen. In nicht wenigen Fällen ersetzen Spenden die Werbekosten, und die Uneigennützigkeit erscheint doch unter einem ganz anderen Blickwinkel. Das Fernsehbild, wo Spender mit überdimensionalen Schecks vor der Kamera posieren, wer kennt es nicht?

Katastrophen 1

Die Leute im Tsunami-Warnzentrum auf Hawaii vermuteten bald nach dem Seebeben, dass eine Flutwelle unterwegs ist. Sie sind aber für den Pazifik zuständig, wo keine Gefahr bestand. Am Indischen Ozean haben sie „keine Adressaten“. Die Seismologen in Thailand haben Adressen, aber sie sind nach einem Fehllarm vor zwei Jahren als Wirtschaftsschädlinge angeprangert worden. Sie wollten nichts mehr riskieren, wenigstens ihre Jobs nicht, das Leben von ein paar Tausend Leuten schon eher. Das Ergebnis war hie und da dasselbe: Hoffen, vielleicht auch beten.

Die Führung der indischen Luftwaffe wusste sehr bald genau, dass eine Flutwelle auf das Land zukommt. Sie tat ihre Pflicht: Sie ließ ein Fax einem Minister nach Hause schicken (der jedoch schon seit Monaten nicht mehr im Amt ist). Dann könnten die Herren guten Gewissens in die Offiziersmesse gegangen sein. In Aceh und in Sri Lanka hätte auch das andernorts vermisste Frühwarnsystem keine Chance gehabt – dort führen Separatisten und

Regierung seit Jahrzehnten Krieg.

Eine Flutwelle ist eine Naturkatastrophe. Eine gesellschaftliche Katastrophe aber ist, dass der Schutz davor an Leuten hängt, die zu seelenlosen Funktionären der Verwaltung von Staat und Wirtschaft gemacht sind, die gelernt haben, dass sie mit menschlichem Engagement nur aus der Rolle fallen und die sich daher auch im Extremfall als genau das verhalten, was von ihnen erwartet wird: als Träger von Arbeitskraft, von Geschäftsinteressen, von Aspirationen auf Macht und Geld oder von irgendwelchen anderen Funktionen der weltweiten Diktatur des Werts in allen seinen Formen.

Was vielerorts möglich gewesen wäre, hat ausgerechnet das korrupte Kenia demonstriert. Auf einen Anruf des Umweltministeriums der Seychellen, wurden per Radio, Fernsehen, Telefon, Funk und Polizeieinsatz die Zehntausenden Menschen, die den Feiertag am Strand verbrachten, gewarnt und in Sicherheit gebracht. Das einzige Todesopfer hatte tragischerweise der Polizei ausgerechnet dann nicht getraut, als sie Recht hatte.

L.G.

Katastrophen 2

Nach den Überschwemmungen im August 2002 kursierten nicht nur vor Ort diverse Gerüchte, dass die Überlaufklappen des Stausees Ottenstein zu spät geöffnet wurden, was zur Folge hatte, dass dann auf einmal überdimensional viel Wasser abgelassen wurde und die Schäden entlang des Flusses doch beträchtlich angestiegen sind. Wahrscheinlich ist dem wirklich so gewesen. Off records erzählt dir das jeder Wirt des Mittleren Kamptals im Detail. Es gab diesbezüglich sogar Klagen gegen die EVN (Energieversorgung Niederösterreich) und das Land Niederösterreich, die jedoch erst kürzlich alle abgewiesen worden sind.

Möglich ist folgendes Szenario: Überlaufklappen werden deswegen so spät geöffnet, weil volle Staubecken mehr Strom bedeuten. Ginge es nicht um Geld, dann würde man schon rein aus Vorsicht ablassen, da es aber um Geld geht, geht man ein beträchtliches Risiko ein. So ist das nun mal. Nur im

Wertverwertungssystem ist diese Frage überhaupt eine Frage, da aber die entscheidende. Seit Bestehen der Kampalkraftwerke – und das ist immerhin mehr als 50 Jahre her – hat es diesbezüglich nie Probleme gegeben. Die Verantwortlichen am Staudamm müssen im Sinne der Energieverwertung des Unternehmens so handeln, wie sie gehandelt haben. Gewinn ist Gewinn. Auch dort sitzen nicht Menschen, sondern Charaktermasken, die als Träger von Geschäftsinteressen entsprechend diesen Interessen agieren. Hätten sie zu früh abgelassen und es wäre nichts passiert, dann hätten sie möglicherweise mit Konsequenzen rechnen müssen.

Inzwischen ist auch alles paletti. Die Schäden hielten sich in bezahlbaren Grenzen. Und die öffentliche Hand zahlte prompt. Gelegentlich sogar über der Höhe der Schäden. Das stopft sogar widerspenstige Mäuler. Die Diskussion ist weg vom Tisch. Wiederhergestellt ist, was man will und braucht: a Ruah!

F.S.

Vom Denken und sich Emanzipieren

ZWEI FRAGMENTE

von Lorenz Glatz

1. Emanzipatorisches Denken im „Unreinen“

Der Mensch denkt nicht als souveräner, „über den Wassern schwebender Geist Gottes“, wie es die alte patriarchale Vorstellung meint. Er ist auch keineswegs das autonome Subjekt der Aufklärung, das durch einen Willensakt des Wagnisses seine selbstverschuldete Unmündigkeit loswürde und zu einem reinen Denken finden könnte. Die Probleme mit dieser Vorstellung nehmen zu, je näher den Geistern der Gegenstand ihres Denkens liegt. Vor allem, wenn sie sich an diesem blutig reiben wie z.B. an unerträglichen gesellschaftlichen Verhältnissen. Überhaupt dann, wenn es nicht mehr um Korrekturen gehen kann, sondern eine grundlegende Umgestaltung nötig scheint. Menschliches Denken erschöpft sich eben nicht in abstrakten Kategorien. Es setzt sich auch mit schon vorhandenem Denken nicht nur in punkto Stringenz und konsequenter Verarbeitung seiner Inhalte auseinander, sondern ein Mensch bringt seine Bedürfnisse, Sehnsüchte, Frustrationen und Freuden, Rachegefühle, Ängste und Zuneigungen ein. Diese Erlebnisse eines menschlichen Atoms (griechisch für Individuum) sind vielfältige psychische Aktionen und Reaktionsbildungen eines gesellschaftlichen Wesens; denn Gesellschaft in ihrer jeweiligen historischen Zurechtweisung umgibt den Einzelnen nicht nur, sie ist ihm vorausgesetzt als Bedingung seiner Existenz, die als menschliche nur in ständiger Beziehung mit anderen überhaupt entstehen kann.

Diese psychischen Instanzen des Einzelnen gelten seit dem Beginn der europäischen Philosophie meist als Verunreinigungen des Denkens. Dieses habe nämlich grundsätzlich „sine ira et studio“ (ohne Ab- und Zuneigung) gegenüber seinem Gegenstand zu geschehen. Selbst Polemik setzt in der Regel solche „Objektivität“ voraus, welcher sich die Angegriffenen aus Blödigkeit oder bösem Willen verschließen würden.

Allerdings ist der hier wirkende patriarchale Herrengeist wohl eine verzweifelte Fiktion, denn die verpönten Empfindun-

gen, über die er sich hinwegzusetzen meint, können großteils nicht einfach durch Absehen eliminiert werden. Vielmehr sind wir durch unsere Erlebnisse mit dieser Gesellschaft mehr oder minder traumatisiert und können diese Verletzungen nicht ausheilen, sondern bloß als unbewältigte Angst verdrängen und mit viel psychischer Kraft im Unbewussten halten. Einerseits sind jedenfalls alle Emotionen untrennbar mit dem denkenden Menschen verbunden, sie verhindern Denken oder lösen es aus, beflügeln oder hemmen es. Sie gehen jedoch nicht bloß bewusst, sondern zu einem großen Teil unbewusst (weil verdrängt und damit auch nicht reflektierbar) in Interessen ein, die unsere Erkenntnis leiten, indem sie diese in der Spur halten oder eben durch Reaktionsbildungen auf Grund verdrängter Angst vom Weg abbringen. Unsere Emotionen machen Denken sowohl in seinen Motiven als auch in seinen Ergebnissen und Auswirkungen zu einem letztlich psychosomatischen und psychosozialen Vorgang. Die Macht des Verdrängten aber verleiht ihm zugleich auch psychopathische Züge.

Bei aller Eigengesetzlichkeit von Logik und Dialektik ist also am Denken in wohl jeder Phase unvermeidlich der ganze gesellschaftliche Mensch beteiligt. Gerade Denken über Soziales muss sich daher den allgemeinen und den je eigenen individuell gesellschaftlichen „irdischen Verwicklungen“ stellen. Vermutlich kann nur durch deren Erkenntnis und Kritik hindurch eine einigermaßen durchdringende Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse entwickelt, vermittelt und zur bewussten Transformation der Gesellschaft vorangetrieben werden. Das würde jedoch einen Prozess der „Psychotherapie“ der Denkenden als integrierenden Bestandteil von Gesellschaftskritik mit einschließen. Einen solchen Gedanken von sich zu weisen, lässt sich durchaus sinnvoll als eine zur Verdrängung gehörende psychische Reaktionsbildung verstehen. Wenn der „denkende Geist“ seine leiblich-gesellschaftliche Existenz als verschweißte Blackbox ignoriert, kann seine verdrängte Einbindung in die wirklichen, wirksamen Verhältnisse die geistige Erkenntnis bis zu deren Unkennt-

lichkeit deformieren. In der herrschenden Gesellschaftsform der Ware und des Werts bedeutet dies vor allem, dass das je individuelle Wert- und Konkurrenzsyndrom über kurz oder lang von innen her durchschlägt. Kampfhundgebaren und Leistungssport-Denken im Namen von Kritik stehen zu emanzipatorischem Denken und Handeln zumindest quer. Das Sektengezänk gerade im kritischen Theoriebetrieb ist dafür ein deutliches Beispiel.

Ferner ist bei aller Einsamkeit der Denkerinnen deren Tun stets auch insofern ein soziales Phänomen, als dafür die Tradition der Vorgänger und die Interaktion mit anderen so bestimmend ist wie die intellektuelle Tätigkeit derer, die sich gerade aktuell mit einer Thematik befassen. Dieser kollektive Charakter von Denken ist auch der Boden, auf dem die angesprochene „Psychotherapie“ möglich ist, nämlich als gemeinsames Bemühen das je individuell Verdrängte bewusst zu machen und damit zu beginnen, das Verletzende und das Verletzte zu kritisieren und zu heilen. Dieses Vorhaben hat allerdings nur eine Chance auf Umsetzung, wenn sich der kollektive Umgang recht grundlegend ändert. Dann kann nicht weiter wie auf einem Marktplatz konkurriert und gerempelt werden. Emanzipatorisches Denken kann sich vermutlich nur entfalten, wenn die Beteiligten solche Formen des Umgangs miteinander entwickeln können, die einen Vorzeichen auf Emanzipation, auf grundsätzliches Angenommensein, gegenseitige Hilfe und gemeinsame Bemühung bei aller Freimütigkeit der Auseinandersetzung, zulassen.

Der seiner sozialen Bindung entkleidete, somit „privatisierte“ schöpferische Geist, der von den trüben Beimengungen des Menschseins gereinigt als individueller Autor sein Werk schafft, ist dazu nicht imstande. Auch nicht, wenn sich dieser „Geist“ in einer Sekte scheinbar kollektiv inkarniert. Er ist grundsätzlich ein unsinnliches, illusionäres Spaltprodukt, trotzdem aber ist diese Konstruktion in der modernen Warenform versachlichter Konkurrenzbeziehungen ganz real. Sie ist sogar die Lebensgrundlage denkender Menschen geworden, die ihre copyrightgeschützten

(nicht selten „waffenstarrenden“) Geistesprodukte im harten Wettbewerb zu Märkte tragen und/oder aus ihrer (kämpferischen) Leistung die Hoffnung auf soziale Anerkennung und persönliche Zuneigung schöpfen (müssen). Was – wie auf Märkten üblich – immer die Entwertung der Zu-kurz-Gekommenen voraussetzt.

Die Schwierigkeit emanzipatorische Gedanken zu entwickeln, die eine Perspektive über die herrschende Denk- und Lebensform hinaus aufweisen können, liegt also nicht bloß in Begriffsstutzigkeit oder mangelnder Übung im Denken. Sie liegt vielmehr auch in den Schranken, in denen solches Denken angestellt wird. Ohne diese Schranken abzubauen, sind wahrscheinlich in Theorie und Praxis kaum mehr Fortschritte gegen das Wert- und Konkurrenzsystem zu machen.

2. Emanzipation kommt aus den Fragmenten

Die Warengesellschaft versachlicht die vorgefundenen sozialen Beziehungen. Nach ihrer Logik beziehen sich nicht die Menschen aufeinander, sondern ihre Produkte und bestimmte Funktionen treten in einen sachlichen Systemzusammenhang. Auch menschliche Eigenschaften, Fähigkeiten und Bedürfnisse werden nur als Dinge relevant, als Werkzeuge und Objekte von Warenproduktion und -absatz, von Verwertung eingesetzten Kapitals. Die Menschen werden zu von einander isolierten Einheiten, die den sachlichen Erfordernissen der Verwertung ausgeliefert sind bzw. sich diesen hingeben.

In einer Gesellschaft vollständig versachlichter Beziehungen unter den Menschen wäre Emanzipation nicht einmal mehr denkbar, eine solche Sozietät wäre die schwarze Utopie einer maschinellen „Matrix“ von ungesellschaftlichen Humanoiden, die auf ihre Biologie reduziert wären. Der Kapitalismus ist nämlich im Grunde eine Un-, ja eine Anti-Gesellschaft. Diese muss für ihre Etablierung und weitere Entwicklung gesellschaftliche Beziehungen unter den Menschen zerstören, zugleich kann sie aber als „ungesellschaftliche“ Gesellschaft von Dingen nur existieren, weil doch immer noch persönliche Beziehungen weiter existieren. Deren vollständige Auslöschung würde zugleich die Erfüllung und die Zerstörung der Warenlogik bedeuten.

Waren schaffen sich nicht selbst und können nicht selbst zu Märkte gehen, sie werden durch die Aktivität ihrer menschlichen Träger und Funktionäre produziert

und in ein sachliches wertfunktionales Verhältnis gesetzt. Diese Sachlichkeit muss daher als Sachzwang die vorhandenen gesellschaftlichen Formen der Menschen entsprechend zurichten. Unfähig diese vollständig zu ersetzen, muss der Sachzwang die Reichweite ihrer Eigenlogik möglichst beschränken. Eine Warengesellschaft (als eine Gesellschaft von Waren) kann daher ihren Zusammenhang nur erhalten und entfalten, wenn sie die Formen des menschlichen Umgangs bloß in so fragmentierter Weise zulässt, dass die Teile für diese „Gesellschafts“-Ordnung instrumentalisiert werden können. Indem die Warenlogik den Gesamtzusammenhang dominiert, installiert sie die Instanzen ihrer Logik als Ersatz menschlich-gesellschaftlicher Ziele. Marx nennt diese Fetische, weil sie wie diese von den Gläubigen als eigene statt als unterschobene Ziele wahrgenommen werden. Diesem Glauben können die Menschen aber nicht leicht entgehen, weil seine Inhalte als gesellschaftliche Realität der Dominanz von Geld, Kapital, Leistung, Arbeit, Staat etc. organisiert sind.

Historisch wurde diese Anti-Gesellschaft als Geldbeschaffungsmaschine für die Feuerwaffenkriege der frühmodernen Militärmonarchien von der Feudalgesellschaft abgespalten. Seitdem ist die Kapitallogik sozusagen als Alien daran, die menschliche Gesellschaft nach ihren Bedürfnissen umzumodeln. Mythologisch-literarisch ausgedrückt könnte eins sie mit dem Nichts der „Unendlichen Geschichte“ Michael Endes vergleichen, das die Welt nach und nach verschlingt.

Bedingung der Möglichkeit dieser Abspaltung war die um Jahrtausende ältere patriarchale Spaltung der Menschen. Mit dieser wurde ein instrumentelles Herrschafts- und Weltverhältnis in die menschliche Gesellschaft implantiert. Der Mann kann sich seines Weibs, der Herr seiner Magd, seines Knechts bedienen, der Sklave ist ein sprechendes Werkzeug. Im römischen Recht ist der Unfreie zusammen mit der lebendigen und leblosen Natur grundsätzlich Gegenstand des Sachrechts. „Leben schenken“ ist nicht mehr bloß Ausdruck weiblicher Fruchtbarkeit und der Herstellung des Generationenzusammenhangs, sondern ein herrschaftlicher Akt der Ausnahme von der Tötung. Das römische Recht und der biblische Auftrag die Erde zu unterwerfen und alles Getier des Meers, der Luft und des Lands zu beherrschen zeigen in ihrer Kombination eine Gesellschaft, in der viele Menschen und die ganze Natur bereits zu Werkzeug-

gen herrschaftlicher Freiheit und Willkür degradiert werden konnten.

Die Warengesellschaft ist eine Zuspitzung dieser Verhältnisse zur Versklavung auch der Herren und zur Instrumentalisierung ihrer Funktionen. Die neue Logik konstituiert die grundsätzlich subjektlose Herrschaft des nicht mehr persönlichen, sondern rein sachlichen Prinzips des Werts (in allen seinen Instanzen von der Ware bis zum Staat) über Mensch und Natur. Eine Herrschaft, die Massenmord (z.B. stündlich etwa 1000 Hungertote) und Weltzerstörung (z.B. jede achte Pflanzenart vom Aussterben bedroht) nicht mehr als göttlich-herrschaftliche Willkür, sondern als blinden Sachzwang exekutiert (en lässt).

Die gesellschaftlichen Formen des menschlichen Lebens haben die Sicherung und Gestaltung menschlichen Zusammenlebens zum Inhalt und nicht die sie dominierende Verwertung von Wert. Von der dem Leben fremden, ja feindlichen wert- und warenförmigen Versachlichung werden gesellschaftliche Formen vielmehr geschädigt und zerstört. Die zunehmende Versachlichung (vor allem Monetarisierung und Marktförmigkeit) treibt die menschlichen Verhältnisse an der Rand eines Dauereklats mit ihrer fetischistischen Verzweckung (vor allem mit dem Zwang, aus allem ein Geschäft zu machen). Die Ware wird als Befriedigung einerseits unerreichbar und andererseits schal, das warenförmige Bedürfnis outet sich als (selbst)zerstörerisch – von den verschiedensten Formen von Sucht, Depression und Aggression bis zu Massen(selbst)mord und Naturvernichtung.

Damit erstickt die Warengesellschaft nicht nur (selbst mitten im Luxus) die Lebensfreude, sie untergräbt damit zugleich die Voraussetzungen für ihre emanzipatorische Überwindung. Emanzipation will nämlich nicht bloß die Verzweckung und Instrumentalisierung der zunehmend isolierten Menschen überwinden und persönliche Beziehungen herstellen, die ihren Zweck in sich selber, in ihrer eigenlogischen Entfaltung haben, sondern sie muss

Mehrjahresabo der Streifzüge

**Inland: 1 Jahr: 12 Euro,
2 Jahre 22 Euro, 3 Jahre 30 Euro
Ausland: 1 Jahr 13 Euro,
2 Jahre: 24 Euro,
3 Jahre 33 Euro.**

Gründet Kostnixläden!

Heutzutage hat beinahe alles seinen Preis. In diesem großen Preis-Ausschreiben können Finanzschwache oft nicht mehr mitspielen. Sie müssen sich mit ihrem Los abfinden und den Gürtel enger schnallen. Dabei war unsere Gesellschaft noch nie so reich wie heute, gemessen an der Menge produzierter Güter und Dienstleistungen. Doch die Verfügung über Geld wirkt wie ein Nadelöhr, durch das der Güter-Reichtum um jeden Preis hindurch muss. Wer nicht zahlen kann, muss passen.

Zugleich wissen wir um die ökologisch bedenklichen Folgen dieser Form von Konsum-Reichtum. Waren sind vielfach als Wegwerfprodukte konzipiert, ihr kommerzieller Umsatz erhöht den Verbrauch an wertvollen Naturressourcen. Doch nicht alles, was wir wegwerfen, ist tatsächlich unbrauchbar. In unserer Zeit der Vereinzelung ist das Wegwerfen schlicht ein naheliegender Umgang mit Gütern des individuellen Gebrauchs, sobald sie uns zur Last geworden sind. Viel besser hingegen wäre es, brauchbare Güter an unsere Mitmenschen weiterzugeben.

Um diesen einfachen und doch so ungewöhnlichen Gedanken kreist die Idee des Kostnixladens. Den Vorreiter hatte Ende der neunziger Jahre eine Gruppe in Hamburg gemacht, jetzt gibt es derartige Initiativen schon in über 20 Städten Deutschlands (www.umsonstladen.de). Vergleichbare Ansätze finden sich aber auch weltweit. So bietet das Projekt Freecycle (<http://freecycle.org>) eine globale Vernetzungsplattform zur kostenlosen Weitergabe von Gütern.

Ein Kostnixladen funktioniert nach dem Prinzip der Gratis-Ökonomie: Er lagert nützliche Dinge, die dem Laden unentgeltlich überlassen werden. Wer davon etwas braucht, nimmt es sich. Dafür wird weder bezahlt noch sonst eine Gegenleistung erbracht. Dem Missbrauch durch kommerzielle Schnäppchenjagd wird allerdings ein Riegel vorgeschoben. Im Kostnixladen werden keine „Leistungen“ verrechnet und es wird auch nicht getauscht. Sein Herz ist vielmehr die wechselseitige Unterstützung, die gemeinschaftliche Kooperation. Anstelle des Tausches von Ware gegen Ware oder von Ware gegen Geld wird hier ein freier Fluss des Gebens und des Nehmens praktiziert.

Der Kostnixladen verteilt seine Güter nicht nach sozialer Bedürftigkeit. Der Laden wird kooperativ geführt. Er ist keine Abstellnische für Randgruppen, sondern lebt aus dem Prinzip heraus, dass die Gemeinschaft von allen ihren Mitgliedern getragen wird. Er ist ein sozialer Treffpunkt für Menschen, die sich wechselseitig unterstützen wollen; sei es durch Gebrauchsgüter oder Dienstleistungen, durch Lebenserfahrung oder gute Laune.

Kostnixläden helfen uns, die Kommerzialisierung der menschlichen Beziehungen und das Konkurrenzdenken zu überwinden. Auf diese Weise wirken sie als Schrittmacher hin zu einem ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigen Miteinander. Damit unser Reichtum für uns alle auch genießbar wird.

Maria Hintersteiner
& Andreas Exner

Ein Kostnixladen... kostet Geld

Kooperieren statt Konkurrieren. Teilen statt Tauschen.

Nutzen statt Wegwerfen. Das ist die Idee des Kostnixladens. Dort werden Güter kostenlos gelagert und verteilt.

Der Verein **Solidarische Lebensformen** eröffnet einen solchen Laden nun in Wien. Den Lagerraum gibt es leider noch nicht gratis. Deshalb brauchen wir dringend Eure Unterstützung.

Eine andere Gesellschaft ist möglich! Doch nur mit Eurer Hilfe!

Information: Elmar Flatschart: ejf@gmx.net

Ernst Schrieff: Tel. 01 / 58801-7355

zumindest die Fragmente persönlicher Verhältnisse auch schon als Ausgangspunkt haben. Nur deren Konflikt mit den sachlichen Formen der Verwertung bzw. dem wertförmigen Gesamtzusammenhang kann den Weg zu deren (Zer-)Störung öffnen.

In der aktuellen Situation sind auch in den Metropolen Millionen Menschen mit noch vor kurzem unvorstellbaren sozialen Zumutungen konfrontiert. Bloße Defensive hat hier die vehementeste Systemlogik gegen sich. Die Versuche, Widerstand auf der Basis systemimmanenter Vorstellungen à la „Geld ist genug da“ zu organisieren sind sichtlich zum Scheitern verurteilt. Das Leben von Menschen über die mangelnde Finanzierbarkeit zu stellen und so mit dem Herzstück des Systems im Denken und Handeln zu brechen, ist eine Grundbedingung für Erfolge. Diese Hürde scheint weniger deshalb so hoch, weil es noch so schwer zu begreifen wäre, dass dieses System für menschliche Bedürfnisse kein Sensorium hat und die Hoffnung auf die politische Systemverwaltung eine Illusion ist, als vielmehr deshalb, weil es auf Grund der Fortschritte bei der Demolierung des gesellschaftlichen Zusammenhangs ungemein angstbesetzt geworden ist, Isolierung und Konkurrenz zu überwinden und sich auf Kooperation jenseits der lizenzierten Pfade einzulassen. Gesellschaftskritik, die jene auch eigene psychische Verfassung nicht miterforscht, kritisiert und an sich selber bekämpft, bleibt unter dem Boden der Tatsachen.

Es braucht eine Analyse der sozialen Fragmentierung wie auch der Fragmente nicht versachlichter gesellschaftlicher Beziehungen und auch der Versuche sie in diversen Initiativen sozialer Selbsthilfe (sowohl langfristigen als auch aktuell aufflammenden), in alternativen Lebensformen, wissenschaftlicher und technischer Zusammenarbeit zusammenzufügen und auszuweiten. Dem angemessen ist nur eine kritische Debatte, die solidarische Bemühungen in gleicher Haltung reflektiert. Solche Anstrengungen könnten als flexibler und vielfältiger Widerstand gegen die Angriffe des herrschenden Systemzusammenhangs in Stellung gebracht werden, eine Perspektive im Ansatz auch praktisch erlebbar machen und der notwendigen Debatte, was denn ein besseres Leben sei, einen guten Ausgangspunkt verschaffen. Das mag die überkommene Trennung von Theorie und „gesellschaftlicher Bewegung“ unterlaufen, doch die war wohl auch bisher schon ein eher systemkonformer Zustand.

Lust auf Vernichtung

DER GENOZID ALS UNIVERSELLE KATEGORIE DER MODERNE

von Franz Schandl

Ein Genozid ist gekennzeichnet durch die systematische Ausweitung der Opferung, durch die reale Inszenierung des totalen Opfers. Der als absolut böse geltende Feind soll nicht bloß niedergemacht, er soll *weggemacht* werden. Das exterministische Phantasma setzt sich als entschlossenes wie entscheidendes Kriterium. Die Opferung ist Trieb eines unbedingten Willens der Täter. Sie ist nicht mehr Aspekt, sondern will sein übergeordnete und universelle Instanz. Angesagt ist ausmerzen, ausradieren, auslöschen, austilgen, kurzum: *vernichten*.

Jeder Krieg birgt genozidale Komponenten und Momente, ohne die er gar nicht vonstatten gehen könnte. Das Gemetzel oder noch deutlicher das Massaker etwa sind exterministische Kulminationspunkte kriegerischen Treibens, aber sie sind doch Ausnahme und nicht Regel. Im Genozid verallgemeinern sie sich. Der Genozid ist daher mehr als ein Kriegsverbrechen, er hat den traditionellen Krieg „überwunden“. Über diesen schreibt Carl von Clausewitz: „Das Ziel ist, den Feind wehrlos zu machen.“ Was den Genozid kennzeichnet, ist aber jenseits davon.

Im Unterschied zum Genozid gibt es im herkömmlichen Krieg ein „Halt!“ beim Morden. Der herrschende Dualismus ist der von Sieger und Besiegtem. Der Genozid will diesen Dualismus abschaffen, indem er statt auf den Sieg auf den *Endsieg* und die *Endlösung* setzt. Nichts verheimlichend spiegelt der Nazismus dieses Vorhaben treffend in der Wortwahl wider. Die Opferung wird zur totalen Größe. Der Feind hat nicht nur zu opfern, er wird geopfert. Das Töten ist Mittel jeder kriegerischen Konfrontation, aber nicht deren Zweck. Im Genozid wird das Morden jedoch zum Ziel selbst. Das Programm ist ein Vernichtungsprogramm. Krieg kann gelten als etwas Begrenztes,

Genozid muss gelten als etwas *Entgrenztes*, er ist schrankenlos wie das Kapital selbst. Die Leichenproduktion, im Krieg noch Nebenprodukt, wird im Genozid zum Produktionszweck schlechthin.

Auch wenn in vielen Kampfhandlungen des Dreißigjährigen Kriegs die Sieger alle anderen niedergemacht haben, wurde weder von der Liga noch von der Union die Vernichtung der anderen zum Programm erhoben, weder Katholiken noch Protestanten wären draufgekommen, dass es in diesem Krieg darum ginge, alle Katholiken oder alle Protestanten auszulöschen. Schrecken und Terror hat es in der zweiten Natur immer gegeben, aber die Ausbreitung des Exterminismus ist doch ein neuzeitliches Programm, kann nicht losgelöst von der Entwicklung des Kapitals und seiner Produktivkräfte gesehen werden. Nur sie konnten sowohl die realen Zwangsmittel als auch die geistigen Bedingungen zur Verfügung stellen.

Unheimliche Fragen

Angesichts der Singularität der Shoa, der Vernichtung der europäischen Juden, fällt es insbesondere in den Nachfolgestaaten des Dritten Reichs schwer, über den Genozid als allgemeines und globales Phänomen zu sprechen. Gerade darin liegt aber durchaus ein Verdienst des vorliegenden Sammelbandes „Genozide und staatliche Gewaltverbrechen im 20. Jahrhundert“* (Seitenzahlen im Text beziehen sich auf dieses Buch). Die Zurückweisung der Gleichsetzung und somit auch Relativierung darf doch nicht so verstanden werden, dass keine Vergleiche mehr gezogen werden sollen. Nur der Vergleich zeigt das Ungleiche, das Gleiche und das Ähnliche an. Solch Vergleich muss sich allerdings anhand qualitativer Kriterien ausweisen, nicht als Abgleichung und Aufrechnung von Opferzahlen, Übergriffen, Massakern, Diskriminierungen. Es gibt keine kritische Skala, die gleich dem Wert quantitativ misst und reiht, und somit alles unter einen Hut zaubern könnte. Die herstellbare Bezüglichkeit meint keine Austauschbarkeit. Singularität kann nur im qualitativen Vergleich festgestellt werden,

und sie kann sich bloß auf die Form beziehen, denn dem Inhalt nach wäre jedes Ereignis singular. Eine Zusammenschau der Genozide ist ebenso geboten wie ihre Differenzierung.

Der Rechtswissenschaftler Gregory Stanton unterscheidet acht Phasen des Genozids (S. 31–33), und will aufzeigen, wie es jeweils möglich wäre, mittels eines „Frühwarnnetzwerkes“ (S. 30) einzugreifen. „Genozid wird, wie Sklaverei, durch menschlichen Willen hervorgebracht“ (S. 39), schreibt er. Das ist richtig, doch woher kommt der energische Wille? Wo entspringt seine energetische Kraft? Was manifestiert solch elementares eliminatorisches Wollen? Was ermächtigt diesen *Überdruck*, der zur Tat schreitet, ja regelrecht danach giert? Wo liegt die Dynamik, die derartig ins Rasen gerät? Warum ist sie so ansteckend? Was spielt sich in den Köpfen ab? Gibt man sich nicht mit anthropologischen Mutmaßungen („Menschen sind halt so“, „Das Böse lauert immer und überall“) zufrieden, dann sind diese Fragen unabdingbar. „Der moderne Genozid ist ein Krieg der Gesellschaft gegen sich selbst“ (S. 105), schreibt der Schulbuchforscher Falk Pingel. Doch gerade diese These wäre in den Untersuchungen weiterzutreiben, denn sonst wird hier mehr ausgesprochen als verstanden.

Eine zentrale Frage ist wohl die: Woher rührt diese Lust auf Eliminierung ganzer Bevölkerungen? Was erzeugt die Mordabsicht in den Tätern? Wie kommen sie dazu? Welche Motive sind in den kollektivierte Psychen stärker als der doch ganz einfache humane Gedanke, in jedem anderen zunächst und zuletzt und überhaupt einen Menschen zu sehen, der gefällt nicht zu drangsalieren und zu verfolgen, zu foltern und zu töten ist? Was ist das Mitreißende? Warum werden Leute zu einem Mob? Zu einer Horde? Denn selbst wenn die Massenmorde nicht von Massen verübt werden, sondern nur von Minderheiten, sind jene nur möglich, wenn viele zuschauen, die Mörder tolerieren oder ermutigen. Der Genozid braucht sowohl eine quasi-staatliche Planung als auch eine Massenbewegung. Aber was bewegt Massen in diese Richtung? Was bezwecken staatliche Ordnungen damit? Wie kommt der Zwang zu Identifikation und Überidentifikation, der dann in der Extermination mündet, in die Welt? Und abschließend: Können wir kategorisch behaupten, davon frei zu sein?

Der besprochene Band ist reich an Materialien, aber er ist arm an Theorie. Er verbleibt zumeist auf der empirischen

* Verena Radkau, Eduard Fuchs, Thomas Lutz (Hg.), *Genozide und staatliche Gewaltverbrechen im 20. Jahrhundert*, Studienverlag, Innsbruck-Wien-München-Bozen 2004, 174 Seiten, 14 Euro.

Ebene, dringt kaum zur Psychologie des Identifikationswahns vor und klammert dessen gesellschaftliche Grundlagen aus. Die Beiträge sind ungemein praktisch gehalten, sie sagen mehr über Verlaufsformen und Verfahrensweisen aus als dass sie analytisch bestechen. Auch wenn das Buch einiges an Wissen vermittelt, drückt es sich doch um weitergehende Fragen. Auch wenn das Buch einiges an Wissen vermittelt, die Warum-Frage darf sich nicht um die bürgerliche Konstitution des Genozids drücken.

Hervorzuheben ist der Aufsatz von Fatuma Ndingiza, der Generalsekretärin der „National Unity and Reconciliation Commission“ (NURC) in Kigali. Sie beschreibt die Ethnien Ruandas primär in Zusammenhang mit der belgischen Kolonialpolitik. Die wollte zwei einst durchlässige soziale Positionierungen nicht nur gegeneinander ausspielen, sondern versuchte diese vielmehr als unbedingte Identitäten festzulegen. Folge war die „Institutionalisierung von Separatismus“ (S. 70). Die Trennung in Bahutus und Batutsis sei zwar in der vorkolonialistischen Epoche grundgelegt, aber sie wurde erst in der Kolonialzeit als eherne Feindschaft zementiert. Aufgearbeitet wird der Genozid von 1994 nun durch die traditionelle Dorfgerichtsbarkeit, die *Gacaca*. „Wir ermuntern die Häftlinge, Geständnisse abzulegen und Reue zu zeigen, aber gleichzeitig auch die Überlebenden, den Reuemütigen zu vergeben und ein neues Kapitel in ihrer Beziehung zueinander aufzuschlagen“ (S. 76), schreibt Ndingiza. Als Vorbild dieser angestrebten Versöhnung dienen wohl ähnliche Versuche in der Republik Südafrika nach dem Ende der weißen Herrschaft.

Nicht sehr überzeugend wirkt der angestrenzte Versuch Thami Tisanis, Apartheid als „Genozid sui generis“ (S. 80) zu etablieren. Die Toten, die das südafrikanische Rassistenregime verursachte, wurden nicht systematisch geplant, sondern als Opfer in Kauf genommen. Die Apartheid hatte aber nicht die Ausrottung zum Ziel, sondern Unterwerfung, Kontrolle und Diskriminierung einer als minderwertig eingestuften Bevölkerung. Die ideelle oder reelle Apartheid ist notwendige Voraussetzung eines Genozids, aber sie ist nicht dieser selbst. Jeder Genozid hat eine Art von Rassifizierung zur Bedingung, aber nicht jede Rassifizierung führt zum Genozid. Bestimmte Dinge müssen zusammengedacht, aber doch auseinander gehalten werden. Selbst aus substanziellen Identitäten ist nicht auf eine tatsächliche Indiffe-

renz zu schließen. Das Problem diverser Betrachtungen ist, dass da immer wieder vieles durcheinander gebracht wird.

Aber es ist auch alles andere als einfach. Wie ist etwa die Ausrottungspolitik gegen die amerikanischen Indianer zu beurteilen oder der Einsatz der Atombombe oder das Vorgehen der US-Streitkräfte im Vietnam-Krieg (siehe im nebenstehenden Kasten Text von Günther Anders)? Es kann doch nicht so sein, dass die USA aufgrund ihrer militärischen Überlegenheit und ihrer politischen Sonderstellung nie einen offiziell anerkannten Genozid veranstaltet haben können. Vor einem inflationären Gebrauch des Begriffs ist aber trotzdem zu warnen. Es gilt schon aufzupassen, dass mittels einer maßlosen Verwendung nicht alles zum Völkermord dimensioniert wird: Chile unter Pinochet, die Bombardierung Dresdens oder die aktuellen Massaker in Tschetschenien.

Rassifizierung und Klassifizierung

Rassifizierung setzt auf biologische Gewissheit, Zuordnung wird zu einer organischen Größe, festgemacht an menschlichen Geschöpfen, denen nunmehr keine körperliche Unversehrtheit mehr garantiert werden kann. Diese Bezeichnung ist die Extremform einer Personalisierung. Wichtig wäre daher auch, die Begriffe *Klassifizierung* und *Rassifizierung* substanziell zu scheiden. Will man *die* Juden oder *die* Armenier oder *die* Tutsi beseitigen, muss man sie töten, das gilt keineswegs für Großgrundbesitzer oder Kapitalisten. Man braucht diese lediglich enteignen, schon ist der Grund- oder Fabrikseigentümer keiner mehr. Dieser Unterschied darf nicht, wie es für gewöhnlich die Totalitarismustheorie tut, verwischt werden.

Auch Klassifizierung kann biologisiert werden, aber an sich ist die Klassifizierung (selbst wo sie stark personalisiert) nicht biologisch vorbestimmt. Sie definiert Charaktere oder besser noch Charaktermasken anhand ihrer sozialen Stellung im gesellschaftlichen System. Selbstverständlich kann im Extremfall die Auflösung sozialer Rollen auch an den Massenmord gekoppelt sein, aber sie muss es nicht zwangsweise. Die Beseitigung von rassistisch Disqualifizierten hingegen *muss* die physische Liquidierung direkt ansteuern, weil die Eigenschaft der Feinde unmittelbar an deren leibliche Gestalt geknüpft ist. In der Logik der Ausrottung (die von der der Zerstörung scheidbar ist) gilt es nicht loszuwerden, *was* sie sind, sondern *dass* sie sind. Sie hält das wirklich oder vermeint-

lich Funktionelle für eine körperliche, nicht für eine gesellschaftliche Disposition. Die physische Existenz gerät daher in den Mittelpunkt, sie ist im wahrsten Sinne des Wortes *Inkarnation*.

Zerstörung will Auflösung einer Totalität, was über deren Träger und Teile nur aussagt, dass sie nicht mehr in diesem Gesamtensemble fungieren sollen. Die Zerstörung ist eine Zerschlagung, aber sie ist keine Auslöschung, sondern setzt trotz aller Destruktivität auf ein Weiter. Produktive Zerstörung steht *auch* für neue Zusammenfügung, sie steht *auch* für Transformation des sich nun ebenso verändernden wie veränderten Materials. Vernichtung, Auslöschung und Ausrottung meinen systematische Beseitigung eines definierten Anderen, und nicht bloß in seiner inhaltlichen und formalen Bestimmung, sondern auch des Stoffes.

Weitere Fragwürdigkeiten

Der von uns in diesem Aufsatz nicht verwendete deutsche Begriff *Völkermord* ist ein äußerst merkwürdiger Terminus, weil er den Ermordeten (aber auch den Mördern) eine bestimmte positive Qualität außerhalb des Menschseins aufdrängt, nämlich die eines Volkes. Völkermord denkt sich als Konfrontation Volk gegen Volk, aber anders als im Krieg als eine einseitige zwischen Tätervolk und Opfervolk. Die Bezeichnung ist ähnlich unglücklich gewählt wie die Kategorie des Völkerrechts. Das führt etwa zu dem schrägen Schluss, dass man Völker nicht morden darf, Menschen aber schon. Ja, im Krieg ist Letzteres nicht nur erlaubt, sondern geboten.

Ebenso fragwürdig ist auch die mehrfach im Band angedeutete Ausweitung des Begriffs des Zivilisationsbruchs. Wir würden vorschlagen in eine ganz andere Richtung zu denken, nämlich, dass der Genozid *kein Zivilisationsbruch* ist, sondern die fatale Pointe der bürgerlichen Zivilisation schlechthin. Die viel radikalere Annahme ist zweifellos die, dass die vielgerühmte Zivilisation absolut keinen Halt darstellt, sondern die Ungeheuerlichkeiten geradezu Ausdruck, untrennbare Aspekte und Sequenzen jener sind.

Der Exterminismus liefe dann der Gesellschaft nicht zuwider, sondern sie liefe auf ihn hinaus. Etwas, das in den bürgerlichen Subjekten steckt, nicht a priori, aber doch ehern, weil ihre Kommunikation auf Konkurrenz und somit Eliminierung programmiert ist. Die häretische Frage ist wohl die, ob der Kantsche Impe-

rativ nicht auch oder sogar: vor allem als inverse Zuspitzung funktioniert: „Tu ihnen an, was sie dir antun (könnten).“ Der *Verdacht* spielt hier natürlich eine zentrale Rolle und er wird umso mächtiger, weil man die eigenen negativen Begierden kennt und sie daher mühelos den anderen unterstellt. Tatsächliches, mögliches aber auch halluziniertes Leiden wird in ein (oft prophylaktisches!) Recht auf Rache umgewandelt. Immer will man verhindern, was man nicht will, daher man es tut. Das ist zwar irre, aber nur in diesem gemeinsamen Irresein gewinnt das Undenken seine beispiellose Kraft. Es schöpft sich aus pathischen Projektionen, die allgegenwärtig sind.

Im systematisierten Massenmord kehrt nicht das Archaische zurück, sondern das Industrielle bricht durch. Ohne dessen Instrumente (Waffen, Medien, Industrie und Infrastruktur) könnte man das auch gar nicht anstellen. Raubritter des Spätmittelalters hätten nie einen Völkermord zusammengebracht. Die Inquisition und der Dreißigjährige Krieg waren indes der Prolog dessen, was noch alles kommen sollte. Die Todesfabrik (idealtypisch verwirklicht im nazistischen Vernichtungslager) ist schließlich wie jede Fabrik eine Erfindung der Neuzeit. Diese Gesellschaft hat den Genozid entwickelt und diese Gesellschaft hält ihn in petto. Er ist ihr schwarzer Talon.

Dieser Talon muss freilich nicht zur Verwirklichung führen, aber er ist vorhanden als latente Bedrohung. Im Genozid hätte sich damit ein immanenter Drang Durchbruch verschafft. Die bürgerliche Gesellschaft der Metropolen kennt zwar auch (oder vielleicht: noch) sozial- und rechtsstaatliche Sicherungsvorrichtungen, die jenen bis zu einem gewissen Grad in Schach halten können, aber sie widersprechen ihm nicht grundsätzlich. Stets ist er bloß eingedämmt, nicht ausgeräumt. Die Schicht der Menschlichkeit ist dünn. Zu dünn, um in angespannten und extremen Situationen nicht wegzubrechen. Der Ausnahmezustand sagt die Wahrheit über diese Gesellschaft.

Insofern wäre auch die Verdrängung diverser Ereignisse und Vorkommnisse immanent betrachtet nur logisch. Wie sonst will man mit einem Drang umgehen, den man zwar wahrnehmen muss, aber nicht wahrhaben will. Sich darüber Rechenschaft abzulegen, ist nur als große Abrechnung möglich. Sie erforderte ein enormes Bewusstsein, das sich jenseits der heutigen Abwehrmechanismen und Beschwörungsformeln entfaltet. Davon scheinen wir weit entfernt zu sein.

Zur Typologie des Genocids

von Günther Anders

Ein deutsches Blatt findet, es sei unerhört, den Vietnamkrieg mit Aushwitz in einem Atem zu nennen. Ganz abgesehen davon, dass es absurd ist, wenn Menschen darüber empört sind, dass Untaten anderer mit ihren eigenen Untaten gleichgesetzt werden, läuft diese Verteidigung der amerikanischen Moral auf Scheinheiligkeit heraus. Denn Genocid muss nicht unbedingt in der gezielten Ausrottung von Völkern, Rassen oder gesellschaftlichen Gruppen bestehen. Der Genocid-Typ, für den Hitlers methodische Liquidierungen der Juden, der Zigeuner und der osteuropäischen Intelligentsia in eigens dafür gebauten Installationen die Beispiele darstellen, mag zwar der klassische Genocid-Typ sein, aber er ist nicht der einzige. Es ist wahr, dass die Amerikaner in Vietnam nicht programmatisch und in erster Linie an der Ausrottung der Vietnamesen interessiert sind, dass vielmehr andere Ziele für sie im Vordergrund stehen, z.B. die politisch-strategische Beherrschung von Gebieten, deren Verwandlung in Ödland, die Warnung kolonialer und halbkolonialer Großvölker vor Freiheitskriegen etc. Aber diese Tatsache spielt bei der Beantwortung der Frage, ob es sich in Vietnam um Genocid handle oder nicht, nicht die ausschlaggebende Rolle, entscheidend ist nicht, ob die Liquidierung programmatisches Ziel ist oder „nur“ ein Mittel. Auch wer Liquidierung „nur“ als ein Mittel verwendet, wer sie nur deshalb durchführt oder nicht vermeidet oder auch nur in Kauf nimmt, weil sie das militärisch wirksamste oder wirtschaftlichste oder propagandistisch erfolgreichste Mittel zur Erreichung anderer Ziele darstellt, auch der begeht Genocid. Bei den Armed Forces gilt bekanntlich die Maxime „Dry up the Water“, wobei man unter „water“ (im Anschluss an das berühmte chinesische Wort von P'eng Teh-huai, die Guerillas lebten in der Bevölkerung und von der Bevölkerung wie der Fisch im Wasser und vom Wasser) die Bevölkerung des Landes versteht. Wenn die Aufforderung, diese Bevölkerung „auszutrocknen“, weil ohne diese Austrocknung die Kontrolle über gewisses Gebiet nicht möglich wäre, keine Aufforderung zum Völkermord ist, dann weiß ich nicht, was unter „Völkermord“ verstanden werden könnte. In ge-

wissem Sinne darf man sogar behaupten, dass die Attitüde der amerikanischen Armed Forces den Vietnamesen gegenüber noch zynischer ist, als die der Nazis den Juden gegenüber gewesen war, dass Amerika die Vietnamesen noch verächtlicher behandelt, als Hitler die Juden behandelt hatte. Denn in Hitlers Augen hatten die Juden ja immerhin noch etwas dargestellt, wenn auch die Verkörperung des Untermenschlichen oder des Infernalischen; es war ihm ja wichtig gewesen, dass es die Juden „nicht“ gab; während es für den Amerikaner, trotz der Hohnwörter, mit denen er die Vietnamesen belegt („slants“ = Schlitzaugen, oder „gooks“ = Schleimscheißer) vergleichsweise uninteressant ist, ob es Vietnamesen gibt oder nicht gibt. Was ihn interessiert, ist allein die restlose Beherrschung und Kontrolle von Regionen – und wenn er diese allein durch Zerstörung derer, die zufällig oder insolenter Weise in diesen Regionen wohnen, oder durch die Zerstörung der Lebenswelten derer, die in diesen Regionen zufällig oder insolenter Weise wohnen, bewerkstelligen kann, dann nimmt er dieses Mittel eben bedenkenlos in Kauf.

Tatsächlich gilt ja von diesen „nicht vermiedenen“ Aktionen nicht nur, dass zwischen Militär und Zivilbevölkerung keine Unterscheidung mehr gemacht wird, sondern sogar, dass die Bekämpfung der Zivilbevölkerung im Vordergrund steht. Deshalb haben ja die Amerikaner – und hier springt die Ähnlichkeit mit den die Lager ausschließlich zur Liquidierung von Zivilisten errichtenden, also Genocid begehenden Nazis in die Augen – spezielle Waffen wie die „Lazy Dogs“, die „Guavas“, die „Pineapples“ entworfen und hergestellt, die in der Bekämpfung von gegnerischem Militär nahezu wertlos bleiben, sich dagegen bei der Ausrottung der Zivilbevölkerung außergewöhnlich gut bewähren. (...)

Aus: Günther Anders, *Visit Beautiful Vietnam, ABC der Aggressionen heute*, Köln 1968.

S. 62-64. Mit freundlicher Genehmigung

© Gerhard Oberschlick.

Aus des Autors Feder ist zu benachbarten Themen erschienen:

- *Die atomare Drohung*, C.H. Beck Verlag
- *Hiroshima ist überall*, C.H. Beck Verlag

Digital Restriction Management

von Stefan Meretz

DRM steht offiziell für Digital Rights Management, von KritikerInnen treffend als Digital Restrictions Management übersetzt. Seit 1999 versucht eine Allianz großer Hard- und Softwarefirmen (derzeit AMD, HP, IBM, Intel, Microsoft, Sony, Sun u.a. in der Trusted Computing Group TCG) eine neue technische Infrastruktur zu etablieren, um den bislang ungehinderten Fluss von Bits auf den persönlichen Rechnern unter (ihre) Kontrolle zu bringen.

Mit Hilfe von kryptographischen Methoden sollen eindeutige „Schlüssel“ Rechnern und anderen elektronischen Geräten zugeordnet und „in“ Hardware hinterlegt werden. Auf diese Weise werden die elektronischen Geräte auch vor ihren BesitzerInnen „geschützt“. Zugriff auf den Zustand des Gerätes und seine Daten sollen hingegen externe Diensteanbieter bekommen. Sie können bei einem Internetzugriff kontrollieren, was auf dem Gerät geschieht: Welche Software installiert ist, welche Musik wie oft abgespielt wird usw. Die Knappheit des Informationsguts wird steuerbar, die Warenform bleibt erhalten, die Kasse klingelt.

Um Argumente für eine Etablierung eines allgemeinen DRM sind die Befürworter nicht verlegen – können sie doch an realen Problemen ansetzen: Viren, Würmer, unsichere Netzwerke usw. beeinträchtigen inzwischen in erheblichem Maße die Kommunikation. Gelockt wird mit sicheren (monetären) Transaktionen, mit sicherer Authentifizierung (Echtheitserkennung), Passwortschutz etc. Die Botschaft ist: „Vertraut uns, und wir schützen euch“. Dass bei diesem Maß an möglicher Kontrolle die Begehrlichkeiten der Geheimdienste geweckt sind, liegt auf der Hand. Jedoch fehlt DRM noch in der Argumentenkiste als „Mittel im Kampf gegen den Terror“.

Funktional handelt es sich bei dem Versuch der Etablierung einer hardwarebasierten Restriktion um den gravierensten Einschnitt seit der Erfindung des Computers. Der Computer hat seine herausragende Rolle gewonnen, weil er als Universalmaschine eine Trennung von gegenständlich-materialelem Sachprozess und ungegenständlicher Zeitlogik ermöglicht hat (vgl. ausführlich!). Analog stofflicher

Prozess und digitale Steuerung traten auseinander und konnten jeweils für sich „revolutioniert“ werden. Wird die Universalmaschine im Medium des Digitalen wieder „verplombt“, verliert sie ihren Universalcharakter. Jede Universalmaschine auf dem Schreibtisch wird per DRM wieder zu einer Spezialmaschine „konfiguriert“ – mit Geldeinwurfschlitz sozusagen.

Das bedeutet, dass hier Interessen kurzfristiger Content-Vermarktung und strategischer Entwicklung der produktiven Basis des Kapitalismus im Widerspruch zueinander stehen. Es bestätigt sich damit aber auch, dass sich Informationsgüter nicht als Ware eignen und nur mit Gewalt in der Warenform gehalten werden können. Was bislang „Kopierschutz“ und „Freigabeschlüssel“ nicht brachten, weil sie unmittelbar nach Markteintritt bereits geknackt wurden, soll nun das hardwarebasierte DRM bringen.

DRM realisiert unterschiedliche Restriktionsmechanismen, die rechtlich durch ein erneuertes Urheberrecht abgesichert werden – etwa durch das Verbot der Umgehung von „Schutzmechanismen“. Die Diensteanbieter können dabei die „rechtliche Konfiguration“ selbst steuern, können „gleichsam ihr eigenes Urheberrechtsgesetz zusammenschustern und dessen Reichweite selbst bestimmen“.² Die schleichende Privatisierung des Urheberrechts ist die konsistente Parallelentwicklung zur Zersetzung staatlicher Souveränität als Regulator divergierender Partialinteressen im Sinne eines „Ausgleichs“. Das neoliberale Credo lautet: Staat ja, aber nur als Gewaltinstrument zur Durchsetzung privater Zahlungsaufforderungen. Daher ist es eine naive Forderung, weiterhin an den „fairen Ausgleich“ auf Basis „alternativer Kompensationssysteme“ (Stichwort: „Kultur-Flatrate“) zu appellieren – die „guten alten Zeiten“ des staatlich-fordistischen Regulationsmodells sind passé.

Auch die Freie Software ist vom DRM betroffen, denn sie wird unweigerlich auf DRM-Hardware treffen. So werden mit Sicherheit in Freier Software engagierte Firmen für passende DRM-Software sorgen. Wird die freie Community mitziehen? Das halte ich für unwahrscheinlich.

Zum einen ist DRM unvereinbar mit Copyleft-Lizenzen³, die eine freie Änderbarkeit erfordern und Weitergabe der geänderten Programme erlauben. DRM-gerechte Programme müssen jedoch zentral (z.B. von der TCG) abgenommen und signiert werden. Jede Änderung würde die Signatur jedoch ungültig machen.

Ein zweiter Grund ist jedoch schlicht die nachvollziehbare Unlust, für Kopien zu zahlen. Diese Unlust hat auch schon heute zu Entstehung eines globalen „Direkt-Kopie-Universums“ (P2P: Peer-to-Peer Netzwerke) geführt, in dem fleißig Software, Musik, Filme etc. herumgereicht werden.⁴ Ging dies bislang auch mit Microsoft-Betriebssystemen, so wird eine „Verplombung“ wahrscheinlich zu einer verstärkten Nutzung Freier Betriebssysteme führen.

Die Reaktion auf die Restriktionsmaßnahmen ist zweigestaltig. Einerseits werden massenhaft faktisch Kopierverbote ausgehebelt. Kopierschutz wird geknackt, DRM wird umgangen, P2P-Weitergabe nimmt weiter zu. Ob diese Ausweichbewegung eher individualistisch oder kollektiv-solidarisch⁵ verläuft, wird sich zeigen.

Daneben wachsen auch „konstitutive“ Formen, also solche Formen, die etwas Neues aufbauen, anstatt das Alte zu bekämpfen oder zu umgehen. Beispiele dafür sind die global vernetzten Offenen Archive (www.openarchives.org), die frei zugänglichen wissenschaftlichen Journale (www.plos.org) und natürlich die Freie Software.

Anmerkungen

- 1 Meretz, S., *Zur Theorie des Informationskapitalismus, Teil 2*, in: *Streifzüge* 2/2003, S. 41-46.
- 2 Bechthold, S., *Digital Rights Management zwischen Urheber- und Innovationsschutz*, in: *FifF-Kommunikation* 4/2004, S. 45-49.
- 3 Vgl. Meretz, S., *What's Copyleft?*, in: *Streifzüge* 30, S. 11.
- 4 *Tageszeitabhängig ist das P2P-Datenvolumen 2- bis 10-fach so hoch wie das Standard-HTTP-Datenvolumen*, vgl. www.cachelogic.com/research/
- 5 Vgl. etwa Frankreich wo 20.000 öffentlich bekannt: „P2P – Wir sind alle Piraten.“

Über „breimäulige Faselhänse der Vulgärökonomie“¹

MOSAIKSTEINE ZU EINER KRITIK DER SUBJEKTIVEN WERTLEHRE

von Christian Höner

Gegen die Wertkritik wird ab und an geltend gemacht, sie würde den wissenschaftlichen Standards nicht entsprechen, weil sie die theoretischen Annahmen der längst obsoleten Klassik der Nationalökonomie teilen würde. Auch wenn diese Argumentation falsch ist, bleibt sie lästig, weil beharrlich wiederholt. Um den allzufesten Boden dieser wissenschaftlichen Seriösität etwas zu lockern, hier ein paar Grabenstiche.

Theoriegeschichtlicher Ausflug

Die klassische Nationalökonomie mit ihren wichtigsten Vertretern, Adam Smith und David Ricardo, begründete die Arbeitswertlehre, nach der der Wert einer Ware durch die Arbeit gebildet wird, die zu deren Produktion aufgewendet werden muss. Weil sich Arbeit in der Ware vergegenständlicht, würde sie objektiv deren Wert bilden. Über 100 Jahre lang dominierte die Klassik das wissenschaftliche Selbstverständnis – nicht nur in England.

Wegen theorieimmanenter Inkonsistenzen, aber auch wegen ihrer Offenheit für eine theoretische Fundierung von Forderungen des sich formierenden Industrieproletariats nach einer gerechteren Verteilung des durch Arbeit erwirtschafteten Werts (Linksricardianer), keimte auf Seiten der bürgerlichen Funktionseliten gegen Ende des 19. Jahrhunderts das Interesse an einer alternativen Theoriekonzeption auf. Dieser diskurspolitische Kontext war sicher ausschlaggebend für den Siegeszug der so genannten Neoklassik. Der akute Bedarf eines Paradigmenwechsels innerhalb der bürgerlichen Nationalökonomie fand seinen theoriegeschichtlichen Ausdruck – oder um es neoklassisch auszudrücken: Die Nachfrage bestimmte das Angebot. „Zu Beginn der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts entwickelten William Stanley, Carl Menger und Léon Walras nahezu gleichzeitig, aber völlig unabhängig voneinander Werttheorien, die

nicht auf der zur Herstellung eines Produktes notwendigen Arbeit, sondern auf dem Nutzen des Produkts für den Konsumenten beruhten.“² Die affirmative theoretische Fundierung der Klassik hatte ihre Schuldigkeit getan. Die Beschäftigung mit der Sphäre der Produktion wurde zugunsten der nicht minder affirmativen Beschäftigung mit der Zirkulationssphäre aufgegeben.

Während die Klassik noch davon ausging, dass der Wert einer Ware durch die in ihr verausgabte Arbeit objektiv als deren natürliche innere Substanz bestimmt wird, bezog nun die subjektive Wertlehre der Neoklassik eine inverse Position: Der Wert entspringe dem subjektiven Nutzen, der einer Ware auf dem Markt beigemessen, also subjektiv von außen an die Ware herangetragen werde.

Die auf den Grundannahmen der subjektiven Wertlehre gründende Neoklassik, angereichert mit Elementen der Klassik, schwang sich zur dominierenden ökonomischen Disziplin im Wissenschaftsbetrieb auf und thront dort seit nunmehr über 100 Jahren. Heute entlockt die Arbeitswertlehre den Apologeten der subjektiven Wertlehre nur noch ein mitleidiges Lächeln, mit dem man nicht nur Adam Smith und David Ricardo, sondern auch Marx beerdigt zu haben glaubt.

Kein Aufguss, nirgends

Marx liefert mit der Kritik der politischen Ökonomie keinen erneuten Aufguss der Arbeitswertlehre, sondern kritisiert sie grundlegend bereits auf der Ebene der Bestimmung des Werts. Marx dechiffriert die Wert-Eigenschaft der Ware als Quasi-Objektivität, die keinerlei *natürliches* Substrat enthält. Dementsprechend belustigt zeigt sich Marx gegenüber den ökonomischen Entdeckern der „chemischen Substanz“ des Werts: „Bisher hat noch kein Chemiker Tauschwert in Perle oder Diamant entdeckt.“³ Er wirft der bürgerlichen Nationalökonomie vor, sie habe nie gefragt, warum überhaupt Produkte die „Eigen-

schaft“ erhalten, Wert darzustellen.

So sehr sich Marx von klassischen Vorstellungen abgrenzt, die den Wert als natürliches Substrat zu fassen suchen, so wenig teilt er den neoklassischen Relativismus der subjektiven Wertlehre. Die Kategorie der Substanz wird für ihn nicht einfach hinfällig. Marx bezieht gegenüber objektiver und subjektiver Wertlehre gewissermaßen eine Metaposition, die beide Seiten als ideologische Ausdrücke einer widersprüchlichen gesellschaftlichen Wirklichkeit kenntlich macht. Diese gründen in einem unbewussten und deshalb verborgenen gesellschaftlichen Produktions- und Vermittlungsverhältnis.

Marx hält gegenüber den (von ihm als Vulgärökonom beschimpften) theoretischen Vorgängern der subjektiven Wertlehre an der Scheidung von Wesen und Erscheinung fest, indem er den unter der empirischen Oberfläche verborgenen, inneren Zusammenhang der kapitalistischen Gesellschaft offenbaren will: „Um es ein für allemal zu bemerken, verstehe ich unter klassischer politischer Ökonomie alle Ökonomie seit W. Petty, die den inneren Zusammenhang der bürgerlichen Produktionsverhältnisse erforscht im Gegensatz zur Vulgärökonomie, die sich innerhalb des scheinbaren Zusammenhangs herumtreibt, für eine plausible Verständlichmachung der sozusagen grössten Phänomene und den bürgerlichen Hausbedarf das von der wissenschaftlichen Ökonomie längst gelieferte Material stets von neuem wiederkaut, im Übrigen sich aber darauf beschränkt, die banalen und selbstgefälligen Vorstellungen der bürgerlichen Produktionsagenten von ihrer eigenen besten Welt zu systematisieren, pedantisieren und als ewige Wahrheiten zu proklamieren.“⁴

Der Vorwurf, die subjektive Wertlehre würde unwissenschaftlich argumentieren, weil sie nur den empirischen Phänomenen verpflichtet sei, ist allerdings nicht ganz zutreffend. Als Carl Menger seinerzeit die subjektive Wertlehre begründen wollte, stieß er in Deutschland auf starke

Widerstände seitens der akademischen Vertreter, die der dominierenden Schule des Historizismus anhängen, „welcher theoretischen Forschungen auf dem Gebiet der Volkswirtschaft nur geringes Interesse entgegenbrachte.“⁵ Menger klagt: „Schon eine streng systematische Darstellung, welche in den theoretischen Wissenschaften, wie selbstverständlich, vom Allgemeinen zum Besonderen fort-

schreitet, genügte, um Misstrauen der ernsteren Vertreter, den Hohn der Fanatiker des Historismus zu erregen.“⁶ Er hält dagegen, „dass die Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens sich streng nach Gesetzen regeln.“⁷ Unfreiwillig plaudert Menger hier etwas über den objektiven Charakter der subjektiven Relationen aus; mehr dazu jedoch weiter unten.

Der okkulte Charakter der Arbeit

Marx zeigt, dass sich an der Oberfläche der gesellschaftlichen Erscheinungen eine tieferliegende Logik gebrochen widerspiegelt, die in einer historisch-spezifischen Praxis gründet: der gesellschaftlichen Vermittlung durch „Arbeit“. Im Gegensatz zu anderen gesellschaftlichen Formationen, in denen produktive Tätigkeiten in eine Vielzahl von Momenten menschlicher Lebensäußerungen eingebunden sind, ist das zentrale (und auf diese Zentralität reduzierende) Charakteristikum der produktiven Tätigkeiten in der kapitalistischen Warengesellschaft ihre den gesellschaftlichen Zusammenhang vermittelnde Funktion. Als „Arbeit“ erhalten produktive Tätigkeiten eine *gesellschaftssynthetisierende Funktion*. So nimmt eine konkrete, besondere Tätigkeit die verrückte Form an, gleichsam abstrakt-allgemeine gesellschaftliche Vermittlung darzustellen. Die „Arbeit“ hat den okkulten Charakter, Konkretes und Allgemeines in einer abstrakten Form zu vereinen. Auch wenn die Menschen hier und da ahnen, dass sie sich gesellschaftlich durch „Arbeit“ vermitteln,⁸ so wissen sie dennoch nicht, was sie da tun. Sie wissen nicht, dass sie ihre gesellschaftliche Vermittlung aus den Händen geben, wenn sie diese in deren „Hände legen“ bzw. in die „Produkte der menschlichen Hand“ (Marx). Weil sich die Menschen nicht in einem direkten gesellschaftlichen Kommunikationsprozess vermitteln, sondern indirekt und unbewusst durch „Arbeit“, nimmt die gesellschaftliche Vermittlung die Gestalt einer produktiven Tätigkeit an und „beseelt“ den Warenkörper, verleiht ihm die „Eigenschaft“, Wert darzustellen. Diese Wert-„Eigenschaft“ erscheint als naturgegebene Objektivität, was von der Arbeitswertlehre positivistisch als Theorie reproduziert wird.

Marx geht mit seinem Wertbegriff einer unbewussten gesellschaftlichen Vermittlungsform über die objektive als auch die subjektive Wertlehre hinaus, indem er ihre gemeinsame Bezugsebene erhellt und kritisiert: den Subjekt-Objekt-Dualismus.

Der Wert ist nicht objektiv, weil er durch die unbewusste, gesellschaftliche Vermittlungsform konstituiert wird oder anders ausgedrückt: Er ist gesellschaftlich gemacht, nur eben in einer unbewussten Form. *Damit ist der Wert aber auch nicht subjektiv*, denn diese unbewusste Form gesellschaftlicher Vermittlung tritt den Menschen als solche nicht entgegen, sondern in verwandelter, sachlicher bzw. objektivierter Gestalt der Wert-„Eigenschaft“ einer Ware. Damit erlangt der Wert den Status einer Quasi-Objektivität, die den Menschen als eine naturgesetzliche Gesellschaftlichkeit entgegentritt, der die Menschen unterworfen sind, solange sie sich in dieser Form gesellschaftlich aufeinander beziehen.

Im Käfig der Ontologie

Aber auch die subjektive Wertlehre objektiviert gewissermaßen den Wert, indem sie das historische Produkt einer abstrakten Individualität als überhistorische Faktizität unterstellt. So bestimmt Carl Menger den Wert als „die Bedeutung, welche konkrete Güter oder Güterquantitäten für uns dadurch erlangen, dass wir in der Befriedigung unserer Bedürfnisse von der Verfügung über dieselben abhängig zu sein uns bewusst sind.“⁹ Ähnliches formuliert auch Böhm-Bawerk in seinem Werk *Positive Theorie des Kapitals*: „Wert ist die Bedeutung, welche ein Gut oder ein Güterkomplex für die Wohlfahrtszwecke eines Subjektes besitzt.“¹⁰ Diese Bestimmung ist entweder so allgemein und unscharf, dass sie auf alle gesellschaftlichen Formationen und alle menschlichen Lebensäußerungen angewandt werden kann, so dass sie keinen analytischen Wert besitzt. Oder wir fassen diese Bestimmung enger als die isolierte Beziehung zwischen einem Subjekt und einem Objekt, dann ist Michael Heinrich zuzustimmen, wenn er Mengers Wertdefinition wie folgt kritisch kommentiert: „Insofern der Wert aus der Beziehung des Individuums zum Objekt seiner Befriedigung entspringt, ist er nicht nur unabhängig vom Austausch, sondern überhaupt von jeder Gesellschaft. In seiner *Philosophie des Geldes* bezeichnet ihn (den Wert, C.H.) Simmel daher ganz konsequent als ‚Urphänomen‘, von dem man genausowenig wie vom Sein zu sagen weiß, was es ist.“¹¹

Indem also die subjektive Wertlehre den Wert in den Menschen hineinverlagert, diesen Menschen als Subjekt, als einzelnen Einzelnen fasst und enthistorisiert, verwandelt sich der subjektiv ver-

Eske Bockelmann Im Takt des Geldes. Zur Genese modernen Denkens

zu Klampen Verlag
Springe 2004

Hardcover mit Schutzumschlag
511 Seiten, 36.00 Euro (D) | 63.00 SFR
ISBN: 3-934920-37-3

Erst durch die wissenschaftliche Revolution des 17. Jahrhunderts sind jene dramatischen technischen Fortschritte möglich geworden, die inzwischen das gesamte Leben der Menschen durchdringen. Was aber hat dieses neue Denken ermöglicht?

Eske Bockelmann zeigt, dass die Umwälzung sehr viel grundstürzender verläuft, als selbst die Bewunderer des wissenschaftlichen Aufbruchs ahnen. Denn um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert verändert sich grundlegend nicht nur das Denken, sondern sogar die Rhythmuswahrnehmung der Menschen. Hier liegt der entscheidende Fund, der Eske Bockelmann gelungen ist, und zwar ein Fund mit unabsehbaren Weiterungen. Das Hören nach dem Takt, das uns heute als das einzig natürliche erscheint, hat seinen historischen Ursprung in derselben Zeit und in derselben gesellschaftlichen Umgebung wie die moderne Wissenschaft. Wo aber Denken und Fühlen gleichermaßen revolutioniert werden, muss eine Macht am Werke sein, die stark genug ist, ein solches Wunder zu bewirken.

Im Takt des Geldes vermag diese Macht zu identifizieren. Eske Bockelmann zeigt, dass wir bisher von unserem Denken selbst noch unzureichende Vorstellungen haben. Er hat ein Werk geschaffen, das Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie neu schreiben könnte – mit unabsehbaren Folgen für unsere gesamte Denk- und Lebenspraxis.

standene Wert in eine objektive Tatsache, die der menschlichen Natur zu entsprechen scheint. Ist die menschliche Natur erst einmal fixiert, ontologisiert es sich eben leichter. So auch beim Tausch:

Während Adam Smith die Vernunft und das Sprachvermögen als wahrscheinliche Ursache des Tausches angibt und damit das Tauschen zu einem steten Hang des Menschseins erhebt, operationalisiert und flexibilisiert Menger das Tauschbedürfnis „als das Bestreben (der Menschen), ihre Bedürfnisse möglichst vollständig zu befriedigen“. Es bleibt eine Differenzierung im Rahmen des ontologischen Käfigs.

Die subjektive Wertlehre suggeriert mit ihrem Subjekt-Attribut zwar, den Menschen als mündigen Akteur einzusetzen, indem sie proklamiert, der Mensch als Subjekt würde den Wert in Anbindung an seine Bedürfnislage bestimmen. Da die subjektive Wertlehre aber den Menschen schon immer in der *Form Subjekt* denkt, also in der Form eines aus seinen gesellschaftlichen Bezügen herausgelösten, autonomen Souveräns mit aus- und einschließendem Ich-Bezug, und somit die spezifische historische Form der abstrakten Individualität zu einem ontologischen Axiom ihres Theoriegebäudes erklärt, verankert sie den Subjektbegriff im Menschsein schlechthin und objektiviert ihrerseits den subjektiven Wert.

Ungesunde Kaufzurückhaltung

Gegenüber der Arbeitswertlehre und der so missverstandenen Kritik der politischen Ökonomie hat sich die subjektive Wertlehre im Glanz eines wissenschaftlichen Pragmatismus gespreizt, weil ihre mathematischen Modelle für den kapitalistischen „Hausbedarf“ Anwendungsmöglichkeiten boten, die die Arbeitswertlehre nicht mehr zu leisten im Stande war. Dabei beruhen doch Arbeitswertlehre wie auch subjektive Wertlehre auf der irrigen Annahme, die verrückte gesellschaftliche Form eines Waren produzierenden Kapitalismus sei wissenschaftlich-rational auflösbar und in mathematischen Modellen darstellbar.¹² Zwar korrespondiert die Quasi-Objektivierung der gesellschaftlichen, so genannten „zweiten Natur“ im Kapitalismus mit der theoretischen Annahme, Gesetzmäßigkeiten würden hinter den gesellschaftlichen Strukturen ablaufen. Andererseits brechen sich diese „Naturgesetze“ der Gesellschaft zwangsläufig am Nicht-Aufgehen der gesellschaftlichen Allgemeinheit in der totalitären Form dieser Quasi-Objektivierungen.

Zum anderen verflüchtigt sich das pragmatische Pathos der subjektiven Wertlehre und ihrer Vertreter im Kontext von Krisenprozessen, und der zynische Kern der neoklassischen Ideologie tritt offen zu Tage. Verliert nämlich das Vermittlungsmedium „Arbeit“ seine repressiv-integrative Kraft, können sich zunehmend weniger Menschen gesellschaftlich (re)produzieren und vermitteln. D.h., weil die Befriedigung ihrer Bedürfnisse schon immer gesellschaftlicher Vermittlung bedarf, sie aber von dieser Vermittlung abgeschnitten sind, nützt ihr Bewusstsein über die Bedeutung, welche konkrete Güter oder Güterquantitäten für sie dadurch erlangen, dass sie in der Befriedigung ihrer Bedürfnisse von der Verfügung über dieselben abhängig sind – wie es Carl Menger so schön definierte –, gar nichts. Eine arbeitslose Mutter hat sicher eine Reihe von Bedürfnissen, deren Bedeutung ihr durchaus bewusst sein dürfte. Ihre Bedürfnisse dürften aber trotzdem als subjektiver Wert nicht die Form eines Geldscheines annehmen. Das hier angesprochene und von der subjektiven Wertlehre ausgeblendete Problem ist die Notwendigkeit, dass der Wert als realer Schein „produziert“ und „reproduziert“ werden muss. Wie wir bereits festgestellt haben, ist die primäre Ebene der „Produktion“ des Werts die des historisch-spezifischen Produktions- und Vermittlungsverhältnisses der Warengesellschaft. Eine nähere Bestimmung führt uns dorthin, wo die abstrakt-allgemeine Vermittlung unmittelbar mit sinnlich-konkreten Tätigkeiten zusammenfällt: in der Sphäre der Produktion. Durch „Arbeit“ werden nicht nur konkrete Warenkörper hergestellt (diese stellen vielmehr ein Nebenprodukt dar), sondern es wird primär die gesamtgesellschaftliche Vermittlung produziert und reproduziert. In der Arbeit erfolgt die In-Wert-Setzung des Menschen, sprich: die reduzierende Verwandlung seiner Lebensäußerungen auf die Verausgabung von Arbeitsquanten. In der und durch die Produktion verwandelt sich der Mensch in einen Arbeitskraftbehälter, dessen Verausgabung nicht nur neuen Wert quasi-objektiv „produziert“, sondern auch dessen eigenen Wert „reproduziert“. Erst auf der Basis dieser In-Wert-Setzung in der Sphäre der Produktion kann in der Sphäre der Zirkulation bzw. auf dem Markt eine Konsumentin erscheinen, die bereits freudig von der subjektiven Wertlehre in Empfang genommen wird ob ihrer vermeintlich subjektiven Wertschätzung einer bestimmten Ware gegenüber. Das Ausbleiben

der KonsumentIn auf dem Markt in der Krise der Vernutzung der Ware Arbeitskraft kann dann nur noch zynisch als „Kaufzurückhaltung“ oder neue Bedürfnisarmut interpretiert werden.

Aber tun wir der Wissenschaft von der Subjektivität des Werts nicht unrecht. Solcherlei Probleme fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich einer Theorie über die funktionierende Volkswirtschaft. Das aus einem anderen Sinnzusammenhang entlehnte Zitat von Marx erweist sich auch hier als zutreffend: „Dies Elementargesetz scheint den Herren von der Vulgäroökonomie unbekannt, die, umgekehrte Archimedes, in der Bestimmung der Marktpreise der Arbeit durch Nachfrage und Zufuhr den Punkt gefunden zu haben glauben, nicht um die Welt aus den Angeln zu heben, sondern um sie stillzusetzen.“¹³

Anmerkungen

- 1 Karl Marx, *Das Kapital*, MEW Bd. 23, S. 22.
- 2 Michael Heinrich, *Die Wissenschaft vom Wert*, Hamburg 1991, S. 57.
- 3 Karl Marx, *Das Kapital*, MEW Bd. 23, S. 98.
- 4 Karl Marx, *Das Kapital*, MEW Bd. 23, S. 95.
- 5 Carl Menger, *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, Leipzig 1923, S. VII.
- 6 Ebenda.
- 7 Ebenda.
- 8 Missverständlich an dieser Ahnung ist, dass man um die stoffliche Notwendigkeit der Arbeit für die Gesellschaft „weiß“. „Wer soll sonst die Brötchen backen“, ist eine oft geäußerte Abwehr gegen die Arbeitskritik. Dabei wird der wesentlich abstrakte Charakter der Arbeit verkannt. Nur ihm obliegt die gesellschaftliche Vermittlungsfunktion.
- 9 Carl Menger, *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, Leipzig 1923, S. 103.
- 10 Eugen von Böhm-Bawerk, *Positive Theorie des Kapitals*, Innsbruck 1889.
- 11 Georg Simmel, *Philosophie des Geldes*, Frankfurt/M 1989 (1900), S. 27; Michael Heinrich, *Die Wissenschaft vom Wert*, Hamburg 1991, S. 61.
- 12 Dass diese Modelle mittlerweile den selbst gesetzten mathematischen Standards nicht mehr entsprechen, verweist auf den maroden Zustand der Wirtschaftswissenschaften. Siehe dazu ausführlich: Claus-Peter Ortlieb, *Markt-Märchen. Zur Kritik der neoklassischen akademischen Volkswirtschaftslehre und ihres Gebrauchs mathematischer Modelle*, in: EXIT!, Bad Honnef, 2004.
- 13 Karl Marx, *Das Kapital*, MEW. 23, S. 323.

Bye bye Zinskritik...

ÜBER DIE GRENZEN DER TAUSCHKREISE UND DEN UNSINN DER FREIWIRTSCHAFT

von Andreas Exner & Stephanie Grohmann

Der von Umweltzerstörung und von sozialen Katastrophen gesäumte Irrweg unserer „Zivilisation“ ist für viele Menschen Anlass genug, ihre eigene Lebensweise gründlich zu hinterfragen. Viele wollen es nicht bei politischen Appellen belassen. Denn nur allzu deutlich werden die beschränkten Möglichkeiten der Demokratie, wenn etwa die Sicherung der immer weniger werdenden Arbeitsplätze nach immer neuem Wirtschaftswachstum verlangt. Und allzu schmerzhaft ist die Einsicht, dass wir dem Gesetz der Konkurrenz und dem Leiden an der sozialen Kälte nicht wie gewohnt allein entfliehen können. Was also läge näher, als sich zusammensetzen und etwas ganz Neues zu beginnen? Doch was ist konkret nun anders zu machen?

Die Tauschkreis-Theorie

Eine bestimmte Antwort auf diese Frage ist mittlerweile populär geworden: das soziale Organisationsmodell des Tauschkreises soll einen Ausweg aus Umweltzerstörung und gesellschaftlichen Problemen zeigen. In jenen Weltregionen, die den großflächigen Zusammenbruch der formellen kapitalistischen Ökonomie erlebt haben, sind Tauschkreise mitunter ein Rettungsanker, aus der blanken Not und ohne Theorie geboren. Der kurze Boom der argentinischen Tauschkreise ist dafür das Paradebeispiel. Im Unterschied dazu sollen Tauschkreise hierzulande, sofern sie nicht als schlichtes Hobby ohne weitergehende Motivation betrieben werden, das Modell für eine andere Wirtschaft abgeben. In ihnen hat die Freiwirtschaftslehre von Silvio Gesell ihren praktischen Niederschlag gefunden.¹

Gesells grundsätzliche Überlegung war so einfach wie falsch: der Zins sei die Wurzel aller Übel der kapitalistischen Wirtschaftsform.² Daraus folgerte er die Notwendigkeit eines „zinsfreien Geldes“. Durch regelmäßiges Abstempeln sollte das Gesellsche Freigeld kontinuierlich an Wert verlieren, wenn es nicht ausgegeben würde und so Geldkreislauf und Warenhandel in Schwung halten. Die Ursache des Zinses sah Gesell in der Hortung von

Geld durch die Vermögensbesitzer. Alle Waren sind laut Gesell verderblich und seien deshalb von einem fundamentalen Nachteil gegenüber dem unverderblichen Geld gezeichnet. Weil nämlich alle Menschen Geld zum Tausch der Waren benötigten, würden Geldbesitzer ein Machtprivileg genießen, das sie sich im Zins bezahlen ließen. In der Sicht von Gesell bestand darin eine „Ungerechtigkeit“ des Kapitalismus und zugleich auch die Ursache von Wirtschaftskrisen.

Gesells Zielsetzungen waren alles andere als menschenfreundlich.³ Das Freigeld sollte die Konkurrenz entfesseln und „den Tüchtigsten“ wieder zu ihrem „Recht“ gegen die geldhortenden „Schmarotzer“ verhelfen. Wie auch einige heutige Freiwirtschaftler befürwortete er die Eugenik, also die „genetische Verbesserung“ des Menschen durch „natürliche Zuchtwahl“, wozu das Freigeld seinen Beitrag leisten sollte.

Am Höhepunkt der Großen Depression der 1930er Jahre fielen die Ideen Gesells auf fruchtbaren Boden.⁴ Die revolutionären Versuche der westlichen Arbeiterbewegung waren gescheitert und die Krise des Kapitals verschärfte sich. In dieser Situation kam die Ideologie der Zinskritik zum Zug: der Hass auf das Geldkapital, das man für die Misere verantwortlich machte, ermöglichte ein Festhalten an der kapitalistischen Ordnung und öffnete zugleich ein Ventil für die Erfahrung von Ohnmacht und Erniedrigung.⁵ Nicht zufällig hatten Silvio Gesells Ansichten maßgeblichen Einfluss auf den NS-Funktionär und Partei-Ideologen Gottfried Feder, dessen zentrales wirtschaftspolitisches Ziel einer „Brechung der Zinsknechtschaft“ in das Programm der NSDAP aufgenommen wurde. Die wahnhaftige und massenwirksame Gleichsetzung von Zins und Juden, der auch Gesell und seine ideologischen Vorläufer erlegen waren, hatte den Boden für jene Katastrophe bereitet, die die völkische „Zinskritik“ besiegelte.

Nach dem Krieg brach eine Zeit des wirtschaftlichen Wachstums und der Vollbeschäftigung an, in der die Freiwirtschaftslehre in Vergessenheit geriet. Erst als das Wirtschaftswunder in den 1980er Jah-

ren an sein Ende kam, die Arbeitslosigkeit answoll und zugleich die ökologische Krise Thema wurde, präsentierte sich die Freiwirtschaft erneut als Alternative.

Die Krise unserer „Zivilisation“ drängt zu einer grundlegenden sozialen Transformation. Viele sehen diese in Tauschkreisen und in Freigeld, in lokalen Märkten, Komplementärwährungen und Kreditgenossenschaften sich verwirklichen. All jene Ideen haben verschiedene Namen und Ursprünge, doch einen gemeinsamen Nenner: Markt muss sein, aber möglichst klein; Geld muss sein, aber ohne Zins; Tausch muss sein, aber gerecht. Wenn uns diese Dreifaltigkeit zur Lösung angeboten wird, so sollten wir sie auch auf Herz und Nieren prüfen.⁶ Denn das vermeintliche Rettungsboot darf nicht schon leck sein, bevor es überhaupt zu Wasser geht. Sehen wir uns an, was die Anhängerinnen des Freigelds mit dieser Idee verbinden. Zusammengefasst sind es drei Punkte: kein Wachstumszwang, Leistungsgerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität.

Kein Wachstumszwang?

In ökologisch motivierten Tauschkreisen ist die Vorstellung verbreitet, das Freigeld ermögliche eine angeblich „natürliche Wirtschaft“ ohne Wachstumszwang. Im Zins scheint sich das Geld ja wie von selbst zu vermehren und man könnte meinen, dass gerade deshalb auch die Unternehmen wachsen müssten. Gleichwohl ist diese Ansicht falsch. Dazu genügt schon ein Blick auf das Tagesgeschäft der Wirtschaftspolitik: Finanzminister und Notenbankchefs in aller Welt greifen zum Instrument der Zinssenkung, wenn das Wachstum der Wirtschaft zu erlahmen droht. Denn niedrige Zinsen bedeuten billige Kredite, in deren Folge die Investitionsbereitschaft ansteigt, sofern die Profiterwartungen entsprechend hoch sind. Hohe Zinsen hingegen würden das Wachstum in jedem Fall ab, weil sie viele Unternehmen in den Konkurs treiben und zugleich kreditfinanzierte Investitionen unrentabel machen. Aus Sicht der Konsumentinnen wirkt das Freigeld schließlich nicht anders als die Inflation.

Durch seine ständige Entwertung bestünde ein großer Druck, das Freigeld möglichst schnell auszugeben. Auch dieser Effekt würde das Wachstum bei guter Wirtschaftslage anheizen. Nicht zuletzt war das ja auch eines der erklärten Ziele, das Silvio Gesell mit dem Freigeld erreichen wollte.

Das einzige Argument, das zur ökologischen Ehrenrettung des Freigeldes übrig bleibt, lautet nach Ansicht der Freiwirtschaftlerinnen so: mit dem Wegfall des Zinses wäre immerhin die Möglichkeit gegeben, die Wirtschaft nicht wachsen zu lassen, während der Kreditzins im „jetzigen Geldsystem“ Wachstum in jedem Fall erzwingt. Nun ist das aber nur die halbe Wahrheit: der Kreditzins erzwingt zwar einen Mindestprofit, allerdings nehmen Unternehmen Kredite gerade auf, um ihr Wachstum zu beschleunigen, nicht umgekehrt. Denn mittels verzinstem Fremdkapital können mehr Investitionen als mit dem begrenzten Eigenkapital getätigt werden. Der Kredit verschafft einen entscheidenden Vorteil in der Konkurrenz.

Damit sind wir auch schon bei der eigentlichen Ursache des Wachstums. Es ist nämlich nicht der Zins, sondern die Konkurrenz um möglichst hohe Profite, die das Wachstum der Unternehmen und damit der gesamten Wirtschaft verursacht. Das bestätigen auch die Unternehmen selbst. Im Rahmen einer Studie⁷ wurden mehr als 100 große und kleine Unternehmen befragt, welche Faktoren sie aus ihrer Sicht zum Wachstum zwingen. Für die großen Unternehmen waren mit Abstand der internationale Wettbewerb und das Wachstum der Konkurrenten ausschlaggebend. Banken spielten für sie keine nennenswerte Rolle. Der Druck durch Aktionäre war aus ihrer Sicht weniger wichtig als das Wachstum der Konkurrenten. Schlagender kann man die Mär vom Wachstumszwang durch Zins wohl nicht entkräften. Nur die kleinen Unternehmen räumten den Banken und damit den Zwängen der Kreditvergabe eine nennenswerte Bedeutung ein. Auch für sie aber war die Konkurrenz wichtigste Wachstumsursache. Als zweitgereihter folgte der Faktor „Kunden“. Auch diesen Wachstumsantrieb dürfen wir wohl auf den Leistungszwang im Wettbewerb zurückführen.

In staatlich-politischer Hinsicht schließlich ist Wachstum notwendig, weil die konkurrenzbedingte Produktivitätssteigerung ständig Arbeitskräfte freisetzt, die nur durch Wachstum der Produktion wieder Beschäftigung finden und Steuern

zahlen können. Zudem mildert wirtschaftliches Wachstum den Verteilungskampf und ist ein Erfordernis für das Überleben der nationalen Verwertungs-maschinerie im internationalen Standortwettbewerb, der übrigens nicht erst seit der Globalisierung existiert.

Ökologisch kleinlaut geworden, beschränken sich einige Anhänger der Freiwirtschaft schlussendlich darauf, die positive Wirkung eines niedrigen Zinsniveaus für umweltgerechte Investitionen herauszustellen. Damit aber haben sie sich von ihrer Forderung nach einem Freigeld bereits verabschiedet. Niedrige Zinsen sind schließlich auch aus der Sicht der keynesianischen ökonomischen Theorie wünschenswert, die allerdings wiederum hofft damit das Wachstum anzukurbeln.

Leistungswahn

Wie schon der Sozialdarwinist Silvio Gesell vor ihnen werben auch die heutigen Freiwirtschaftler mit einer angeblichen „Leistungsgerechtigkeit“, die das zinslose Freigeld schaffe. Der Zins ist aus ihrer Sicht als „arbeitsloses Einkommen“ zu kritisieren, der Unternehmensgewinn hingegen durch „Arbeit“ gerechtfertigt. Diese Ansichten beruhen auf Phantasievorstellungen vom Leben „reicher Menschen“. Selbstverständlich gibt es Millionäre, die sich ein schönes Leben machen. Wer wollte das denn nicht? Der durchschnittliche Vermögensverwalter ist aber kein faulenzender Geldbesitzer, der in der Sonne liegt, während sich die Millionen mehren. Ein Blick in den Terminkalender eines Fondsmanagers oder das Gesicht eines gestressten Börsenbrokers genügt: Vermögensmanagement ist anstrengend und risikoreich wie kaum ein anderer Job. Zudem sind es die großen Industriekonzerne und Unternehmenskonglomerate selbst, die ihr Kapital auf den Finanzmärkten anlegen. Eine Trennung in „arbeitende“ Unternehmer und „faulenzende“ Geldbesitzer entspricht nicht der Realität. Vielmehr existiert eine dem entwickelten Kapitalismus entsprechende „Arbeitsteilung“ von anonymem Industrie- und Geldkapital, die nichts mit den sozialen Phantasiefiguren der Freiwirtschaftlerinnen zu tun hat.

Was Zins ist

Anders als die Freiwirtschaftslehre behauptet, ist der Zins kein von „Geldbesitzern“ erzwungener Preisaufschlag. Vielmehr handelt es sich dabei – zusammen

mit dem Unternehmensgewinn – um einen Teil des Profits, der insgesamt auf der Aneignung unbezahlter Arbeit im Produktionsprozess der Waren beruht. Die Ware Arbeitskraft, die sich am Arbeitsmarkt verkauft, hat wie jede andere einen qualitativen Gebrauchs- und einen quantitativen Tauschwert. Der Gebrauchswert jener Ware für das Kapital besteht in der Möglichkeit, durch ihre Vernutzung Tauschwert zu gewinnen. Der Tauschwert der Ware Arbeitskraft, ihr Preis, der sich im Lohn ausdrückt, ergibt sich aus sozialen Gepflogenheiten, dem Erfolg von Verteilungskämpfen und allgemein aus den Kosten ihrer Reproduktion, also den Aufwendungen für Lebensmittel, Ausbildung usw. Wird Arbeitskraft über jene Zeitspanne hinaus eingesetzt, die für die Reproduktion ihres eigenen Tauscherts vonnöten ist, ergibt sich für das Unternehmen ein Überschuss an Tauschwert. Dieser Mehrwert ist das Ziel kapitalistischer Produktion und drückt sich im Profit aus.

Was nicht durch Arbeitskraftvernutzung an wirtschaftlichem Wert „gewonnen“ wurde, kann also nicht in Form des Zinses abgezweigt werden. Im Unterschied zum vormodernen Geldverleih, der tatsächlich von der finanziellen Substanz der Gläubiger zehrte, wird Geld unter kapitalistischen Bedingungen nicht als bloßes Tauschmittel, sondern primär als Kapital verliehen. Der Zins ist jener Preis, den das Geld als Kapital hat; als Mittel, um damit Mehrwert und Profit zu produzieren. Die Verfügung über Geld ermöglicht unter kapitalistischen Bedingungen die Produktion von Mehrgeld, und diese Potenz des Geldes will auch entsprechend bezahlt sein. Der im Zins ausgedrückte Preis des Geldkapitals richtet sich dabei nach Angebot und Nachfrage am Finanzmarkt. Die Zinsen werden schließlich aus dem Profit bezahlt, den das Geld als Kapital im Produktionsprozess erzielt. Schulden dienen unter diesen Verhältnissen nicht nur der Bereicherung der Gläubiger, sondern derjenigen der Schuldner, solange das Geld zur Profitproduktion eingesetzt und nicht für Zwecke des Konsums kapitalistisch unproduktiv verausgabt wird.

Die falsche Kapitalismuskritik der Freiwirtschaft sitzt dem oberflächlichen Eindruck auf, den das zinstragende Kapital erweckt: es scheint sich wie von selbst, ohne Dazwischenkunft der Warenproduktion, zu vermehren. Werden das Kapital als verdinglichte Ausbeutungsbeziehung und die Verhältnisse der Warenproduktion ausgeblendet, verengt sich der Blick auf die scheinbare Selbstvermehrung des Geldes

im Zins. Dann liegt die Auffassung nahe, dem „unproduktiven“ Geldkapital und seiner Verwaltung stünde – in einer Frontlinie mit den Arbeiterinnen und Arbeitern – der „produktive“ Unternehmer gegenüber. Dieser gilt in dieser Sicht nicht als fungierender Kapitalist, der an seinen Arbeiterinnen und Arbeitern die Verwertung exekutiert und sich das dafür nötige Geldkapital ausleiht, sondern als „besonderer Arbeiter“. Er zieht in Wahrheit zwar Profit aus der Verfügung über Produktionsmittel und Ausbeutung von Arbeitskraft, scheint jedoch „Unternehmerlohn“ für die Oberaufsicht und Organisation des Produktionsprozesses zu erhalten. Das „unproduktive“ Geldkapital hingegen, das nicht in seinem untrennbaren Zusammenhang mit der Produktion gesehen wird, scheint seinen Zinsgewinn aus einer vermeintlich anderen Quelle zu lukrieren als das warenproduzierende Unternehmen seinen Gewinn bezieht. So ist der Gedankengang der Freiwirtschaftslehre nicht allein auf Grund ihrer politischen Zielsetzungen zu verstehen, sondern ebenso aus einer unzureichenden, dem oberflächlichen Eindruck jedoch nahe liegenden Auffassung von Kapital und Kapitalverwertung zu erklären.

Vor diesem Hintergrund ist nun auch die von den Freigeldanhängern breit ausgeführte Kritik des „Zinsanteils“ in den Warenpreisen zu kommentieren. Wollte man den Zins mit dem kleinkrämerischen Argument kritisieren, dass er in die Warenpreise eingehe, so müsste man im selben Atemzug auch den Unternehmensgewinn verdammen; dieser geht natürlich ebenso in die Preise ein, und das nicht zu knapp. Es ist verständlich, dass die Käufer von Krediten lieber keine Zinsen und alle Konsumentinnen am liebsten gar nichts bezahlen würden. Insofern ist jeder Preis zu hoch. Das ist aber kein Argument für Freigeld, sondern eines gegen Geld überhaupt.

Auch die im Kapitalismus zu beobachtende „Umverteilung nach oben“ führen die Freiwirtschaftler auf den Zins zurück. Tatsächlich muss sich im Kapitalismus die Reichtumsschere auch ohne Zins notwendigerweise öffnen. Einerseits ist das ja Ergebnis des von der Freiwirtschaft propagierten „leistungsgerechten Marktes“, auf dem die Konkurrenzschwachen und „Leistungsunwilligen“ ausgesiebt werden. Andererseits häuft sich der Profit, indem er in die Produktion von immer mehr Profit investiert wird, notwendigerweise auch ohne Zinsen an. Der Arbeitslohn hingegen wird in aller Regel konsumiert

und nicht in die Profitproduktion investiert, ist also nur durch gewerkschaftliche Kämpfe zu „vermehrten“. Und auch einer solchen Lohnerhöhung sind sehr enge Grenzen gesetzt: eine hohe wirtschaftliche Wachstumsrate ist dafür wesentliche Voraussetzung.

Tatsächlich bedeutet die Zinszahlung der armen Länder für ihre „Entwicklungskredite“ eine massive Umverteilung von Süd nach Nord, die das Volumen der „Entwicklungshilfe“ beträchtlich übersteigt. Man darf aber nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, dass ohne Zinsen kein Unternehmen und kein Staat der Welt ihr Kapital in großem Maßstab verleihen würden. Eine solche Kreditvergabe erfolgt auch nur, wenn Profite in der Warenproduktion winken. Deshalb stecken vielfach gerade diejenigen Volkswirtschaften am tiefsten in der Schuldenkrise, die in den 1970er Jahren die kapitalistisch meistversprechenden Entwicklungskandidaten waren. Das Freigeld kann hier also keine Lösung bieten. Die einzig sinnvolle Forderung ist vielmehr eine bedingungslose Schuldenstreichung für die Armen und die Entwicklung grundsätzlich neuer Kooperationsmodelle jenseits von Markt, Tausch und Geld.

Mit Freigeld in die Krise

Wir kommen nun zur letzten Behauptung: eine Marktwirtschaft mit Freigeld kenne keine Krisen.⁸ Darin gleicht die Freiwirtschaftslehre bezeichnenderweise der neoliberalen Wirtschaftstheorie, der Rechtfertigungsideologie des gegenwärtigen Liberalisierungsfeldzugs. Wie der Neoliberalismus meint die Freiwirtschaft, dass ein sich selbst überlassener Markt stabil ist und keine wesentlichen politischen Eingriffe benötigt. Deshalb treten Freiwirtschaftler auch unverblümt für eine „leistungsgerechte, freie Marktwirtschaft“ ein. Die Freiwirtschaft unterscheidet sich in dieser Hinsicht vom Neoliberalismus lediglich insofern, als sie „zinsfreies Geld“ für die Voraussetzung von Krisenfreiheit hält. Auch ihre heftige Klage über die Inflation, von der sie den Wertverlust des Freigelds unterschieden wissen will, und über die Staatsverschuldung gleicht der neoliberalen Suada.

Beide Theorien gehen von einer fiktiven Marktwirtschaft mit Naturaltausch Ware gegen Ware aus. Die reale, moderne Marktwirtschaft ist aber notwendigerweise Geldwirtschaft. Gerade durch das Geld werden die Schranken des unmittelbaren Tausches Ware gegen Ware überwunden: es

kann verkauft werden, ohne nachfolgend gleich wieder zu kaufen; und Unternehmen können Kredite aufnehmen, um ihre Investitionen zu finanzieren. In einer Marktwirtschaft sprechen sich Produzierende und Konsumierende nicht bewusst ab. Vielmehr sind die Entwicklung des wirklichen Bedarfs, der tatsächlichen Kaufkraft, der Preise, der Bedürfnisse der Konsumierenden und der Produktivkraft ebenso wie die Unternehmensstrategien der Konkurrenz, die Verschiebung von Nachfrageströmen und das Entstehen neuer Branchen für die Investoren prinzipiell unbekannt. Durch diese fundamentale Unsicherheit des Marktes einerseits und den Mechanismus des Kredits andererseits häufen sich notwendigerweise Fehlinvestitionen an und führen schließlich zu einer Wirtschaftskrise. In einer solchen Krise wird das am wirklichen, zahlungsfähigen Bedarf vorbei investierte Kapital vernichtet, wertlos gemacht. Das bedeutet: Viele Unternehmen bankrottieren oder müssen schrumpfen, bauen Arbeitsplätze ab oder senken die Löhne.

Ein weiterer, in die Marktwirtschaft eingebauter Krisenfaktor ist die Erschöpfung von wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten. Da alle Märkte begrenzt sind, tritt dieser Fall früher oder später mit Notwendigkeit ein. Dann sinken die Profite, und die Investitionstätigkeit lässt nach. Es kommt ebenfalls zu einer Krise und viele Menschen verlieren Arbeit und Geldeinkommen. Die Freiwirtschaftslehre meint zwar, dass durch den Wertverlust des Freigelds die Investitionsbereitschaft steigt und eine als Wachstumshindernis angenommene Geldhortung unattraktiv wird. Eine Krise, das heißt eine stagnierende oder fallende Wirtschaftsleistung, soll ihrer Meinung nach damit unmöglich werden. Das Freigeld wirkt auf das Wachstum aber nicht anders als die Inflation: Auch ein noch so großer Wertverlust des Geldes kann niemanden zu Investitionen zwingen. Wenn keine ausreichenden Profite zu erwarten sind, wird sich die Investitionslaune in engen Grenzen halten.

Das Freigeld würde aber nicht nur keine Krisen verhindern, seine Wirkung wäre sogar selbst krisenauslösend. Aufgrund seines ständigen Wertverlusts würde es nämlich wie ein heißer Erdapfel von Hand zu Hand gereicht und die Inflation unkontrolliert in die Höhe treiben. Die Rolle des Wertaufbewahrungsmittels fiele wohl irgendeinem anderen Wertgegenstand, ausländischen Darlehen oder Ähnlichem zu. Genau das passiert ja tatsächlich in Ländern mit sehr hoher Inflation.

Der Unsinn der Freiwirtschaftslehre

Die Freiwirtschaft missversteht die Funktionsweise des Marktes und kann deshalb nicht verstehen, warum in einer Marktwirtschaft sowohl Gewinne als auch Zinsen notwendig existieren. In ihrer Vorstellung soll Geld „wieder zu einem reinen Tauschmittel werden“. Geld ist in einer Marktwirtschaft aber nicht nur Tauschmittel, sondern unter anderem auch Kapital. Das heißt, es wird nur Geld in die Warenproduktion investiert, wenn es einen Profit abwirft. Ohne Profit gibt es in einer Marktwirtschaft keinen Anreiz zur Produktion. Das zeigt sich, sobald der scheinbare Produktionsautomatismus der Märkte erlahmt und in eine Krise gerät. Obwohl die materiellen Produktionsmöglichkeiten genau dieselben sind wie zuvor, werden Produktionsmittel stillgelegt und massenhaft Arbeitskräfte entlassen. Einfach gesagt, kann es aufgrund der irren Logik der Märkte passieren, dass Menschen neben voll funktionsfähigen Produktionsanlagen verhungern.

Weil die Produktion nicht gemeinschaftlich gesteuert wird, kann die „wirtschaftliche Tüchtigkeit“ eines Unternehmens einzig an der Höhe seines einzelbetrieblichen Profits bemessen werden. Schon allein aufgrund der Konkurrenz wird der Profit vom Unternehmen nach Möglichkeit maximiert. Wer mehr Profit macht, kann aufgrund größerer Investitionen schneller wachsen und sein ökonomisches Überleben besser sichern. Andererseits ist der Profit damit auch einziger Zweck kapitalistischer Produktion: aus Geld muss mehr Geld werden. Mehr Profit bedeutet bessere ökonomische Zielerreichung, besseres Wirtschaften. An dieser Vorgabe ändert sich auch bei Nullzinsen nichts. Der Profit wiederum wird im Wesentlichen nicht konsumiert und von einem freiwirtschaftlichen Phantasi kapitalisten für Yachten und Champagner ausgegeben, sondern vielmehr in die weitere Produktion von Profit reinvestiert. Das ist eben der irre Selbstzweckmechanismus des Kapitalismus, produzieren um des Produzierens willen; arbeiten um zu arbeiten; investieren, um mehr investieren zu können. An diesem Wahnwitz ändert das Freigeld keinen Deut, es ist insistiert vielmehr geradezu darauf.

Der Zins spielt in diesem Hamsterrad, hat man seine Irrenlogik einmal akzeptiert, eine durchaus „sinnvolle“ Rolle. Das Geldkapital wird dem Marktgesetz von Angebot und Nachfrage entsprechend tendenziell in die Branchen mit den größten Pro-

fiterwartungen und damit auch dem höchsten Kapitalbedarf verschoben, der sich ja nicht nach den Bedürfnissen der Menschen, sondern nach den Erfordernissen der Verwertung richtet. Dieser Mechanismus wird durch Kreditvergabe und Zinshöhe bewusstlos, also ohne direkte Absprache der Unternehmen, gesteuert. Investitionen, die als riskant oder unrentabel eingeschätzt werden, erhalten schwerer Kredit als Investitionen, die einen sicheren und hohen Profit erwarten lassen. Ohne Zins gäbe es für diesen Prozess der Kapitalverteilung keine Orientierungssignale.

Im Rahmen des kapitalistischen Systems bestünde die Alternative zum Kreditmechanismus freier Finanzmärkte in einer staatlichen Investitionsplanung. Dies würde die Verfügungsgewalt des Staates über alle Ressourcen und eine umfassende Staatsbürokratie erfordern. Der Realsozialismus hat gezeigt, zu welchen Problemen das führt. Zwar will die Freiwirtschaft den Staat möglichst zurückdrängen beziehungsweise auflösen und dem „leistungsgerechten Markt“ zum Durchbruch verhelfen. Allein das „zinslose Geld“ kann nur in einer vom Weltmarkt abgeschotteten Volkswirtschaft funktionieren, in der die nationale Zentralbank volle Kontrolle ausübt. Schon der Ansatz zur Einführung von Freigeld würde eine beispiellose Kapitalflucht und damit große wirtschaftliche Probleme verursachen. Sogar in der von Protektionismus gekennzeichneten NS-Zeit mitsamt ihrer antisemitischen Wahnidee einer „Brechung der Zinsknechtschaft“ gelang eine Umsetzung nicht. Im Zeitalter der Globalisierung ist ein solches Abschottungsszenario schlicht nicht vorstellbar. Die einzelnen Nationalökonomien sind mittlerweile viel zu sehr verflochten, als dass sie sich aus dem Weltmarkt ausklinken könnten.

Die Erschöpfung billiger und relativ arbeitsintensiver Wachstumsmöglichkeiten sowie die Rückgänge im Binnenmarktwachstum bildeten Anfang der 1970er Jahre wichtige Auslöser für den gegenwärtigen Globalisierungsprozess des Kapitals. Diese Entwicklung kann nicht rückgängig gemacht werden. Die freiwirtschaftliche Annahme, dass die Aufblähung der Finanzmärkte und die Verschuldung der öffentlichen und privaten Haushalte die Gründe für stagnierendes Wachstum und Wirtschaftskrise seien, ist falsch. Der tatsächliche Zusammenhang ist genau umgekehrt: das Kapital strömte auf die Finanzmärkte, weil die Profite in der Warenproduktion seit Anfang der 1970er Jahre zurückgingen.

Ihr grundlegendes Fehlverständnis des Kapitalismus offenbart die Freiwirtschaft unter anderem auch, wenn sie das Brakteenwesen des Mittelalters als Beweis der segensreichen Wirkung des Freigelds anführt. Auf den behaupteten ursächlichen Zusammenhang zwischen Brakteen, einer mittelalterlichen Währung mit kontinuierlichem Wertverlust, und Wohlstand wollen wir nicht eingehen. Hier soll nur betont werden, dass das Geld in der mittelalterlichen Feudalgesellschaft eine vernachlässigbare Rolle spielte und nicht mit heutigem Geldkapital vergleichbar ist. Auf mittelalterlichen Märkten existierte keine freie Preisbildung; die Menschen der Feudalgesellschaft waren nicht auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen; es gab kein industrielles Kapital; es dominierte Produktion für den Eigenbedarf; das Leben der Gemeinwesen wurde nicht durch anonyme Rechts- und Geldbeziehungen, sondern durch persönliche soziale Bindungen geregelt. Weil eine freie Preisbildung von profitproduktiv eingesetztem Kapital fehlte, ist der mittelalterliche Wu-

Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung

Sand im Getriebe

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter www.attac.at/sig.html

SIG40: Neoliberalismus als Tsunami:

Howard Zinn	Der Optimismus der Ungewissheit
Jacques Nikonoff	Eine Sondersteuer für Asien
Norman Paech	Eine Europäische Verfassung – für wen?

SIG 41: Springt der Funke über? Dokumente des Weltsozialforums 2005 in Porto Alegre

Elmar Altvater	Oilfinger Bush und das Imperium
Uli Brand	Globale Resonanzen
Ignatio Ramonet	Zielscheibe Iran
Y. Tandon	Afrika und die drei Wellen der Globalisierung

SIG 42: Strategie der globalisierungskritischen Bewegung

SIG 43: Debatte um das Grundeinkommen

SIG 44: Rechte Globalisierungskritik

cher mit dem kapitalistischen Zins nicht zu vergleichen.

Aufgrund all der genannten Schwächen, Ungereimtheiten und politisch völlig indiskutablen Aspekte distanzieren sich viele Anhängerinnen und Anhänger des „zinslosen Geldes“ von der Freiwirtschaftslehre. Das mag durchaus ehrlich gemeint sein und ist deshalb zu begrüßen. An der Haltlosigkeit der Idee vom „Geld ohne Zins“ ändert sich damit aber selbstverständlich nichts, gleichgültig, ob sie nun in Kombination mit anderen Reformideen auftritt oder schon für sich allein genommen als Patentrezept beworben wird.

Faszinosum Tauschkreis

Ganz unabhängig von der Freiwirtschaftslehre übt ihr konkreter Umsetzungsversuch, der Tauschkreis, auf viele Menschen große Anziehungskraft aus. Das Spektrum individueller Motivationen reicht neben der Kritik an der herkömmlichen Geldwirtschaft von ökologischen und spirituellen Ausgangspunkten bis hin zu persönlichen Notlagen, in denen die Fähigkeit, am gesamtgesellschaftlichen Selbstmordkommando teilzunehmen, gegen Null tendiert. Auf den ersten Blick scheint die Idee ja attraktiv zu sein: Was dem und der Einzelnen als außer Kontrolle geratener, globaler Wildwuchs entgegentritt, soll auf ein überschaubares, persönlich kontrollierbares Format zurückgestutzt werden. Man macht füreinander eben, was man kann, und tauscht miteinander, was man hat – wie in einer großen Gemeinschaft. Nicht umsonst steht die Tauschkreisbewegung in Zusammenhang mit der Idee der Ökodörfer, quasi-familiären und meist spirituell orientierten Lebensgemeinschaften.

So respektabel diese Motivationen sein mögen, die Schwächen der freiwirtschaftlichen Argumentation schlagen letztlich auf die Tauschkreisbewegten zurück. Die grundlegende Spielregel des globalkapitalistischen Wahnsinns wird in ihrem Rahmen nämlich ebenso wenig überwunden wie von der Freiwirtschaftslehre kritisch hinterfragt: die Vermittlung gesellschaftlicher Beziehungen über Geld und Tausch.

Das Hauptmerkmal der kapitalistischen Produktionsweise besteht in jener indirekten Form von Kontakt, der sich zwischen Produzierenden und Konsumierenden herstellt, die ihre Bedürfnisse weder direkt mitteilen und absprechen noch ihnen gemäß produzieren. Somit werden materielle Produkte und Dienstleistungen in Form von Waren hergestellt und er-

bracht. Über ihre gegenseitige Austauschbarkeit treten die Waren – auf lokalen oder globalen Märkten – in eine eigenartige, von der Gesellschaft gewissermaßen abgehobene, verselbstständigte Beziehung miteinander und beziehen auf diese Weise erst ihre scheinbar unabhängigen, beziehungslosen Produzenten aufeinander. Die Marktwirtschaft ist in erster Linie eine „Beziehung“ zwischen Waren statt zwischen Menschen. An ihr kann daher nur teilnehmen, wer auch etwas zu tauschen hat. Das gilt für die Börse ebenso wie für den Tauschkreis. Die Schwächsten in einer Gesellschaft, nämlich jene, die über keinen Besitz verfügen und nicht einmal ihre Arbeitskraft eintauschen können, bleiben folglich vom Markt ausgeschlossen. In der Praxis der Tauschkreise werden solche Menschen mitunter einfach mitversorgt. Das spricht zwar für das soziale Gewissen der Beteiligten, ändert aber nichts an der prinzipiellen Marktnatur des Tauschkreises. Wo Tauschkreise als Alternative zum regulären kapitalistischen Markt entstehen, handelt es sich im Wesentlichen um eine Armutsvariante für jene, die aus der „ersten Marktwirtschaft“ herausfallen; die Ausschluss- und Konkurrenzlogik des Tausches trifft aber auch auf einem solchen „zweiten Markt“ die Schwächsten immer am härtesten.

Gerechte Konkurrenz

In den Tauschkreisen wird die Ideologie des „gerechten Tausches“ hochgehalten, der ein moralisch und sozial überlegenes Gegenmodell zum angeblich „ungerechten Tausch“ der realen Marktwirtschaft darstellen soll. „Gerechter Tausch“ soll dabei nicht allein in einem Verbot der Zinsnahme auf Tauschkreiswährung bestehen, sondern auch die Austauschverhältnisse der Waren betreffen.

Wenn Waren oder Dienstleistungen „gerecht“ getauscht werden sollen, muss es ein Maß der „Gerechtigkeit“ geben. Irgendeine Art der Verrechnung von „Leistung“ muss erfolgen. Hier lässt sich bereits ahnen, dass die Ideologie „gerechten Tausches“ in die ordinäre Realität des Marktes mündet. Um etwa festzustellen, wie viele handgestrickte Pullover ich für meine Dienste als Elektrikerin bekomme, müssen diese beiden Waren auf einen gemeinsamen Nenner, auf abstrakten ökonomischen Wert, reduzierbar sein. Geld ist tatsächlich nichts anderes als die Verkörperung dieses gemeinsamen Nenners, der als Gleiches in allen Waren halluziniert wird, sie gewaltsam gleichsetzt und damit

erst allseits und systematisch gegeneinander austauschbar macht. Der Inhalt dieses gemeinsamen Nenners ist die abstrakte Arbeitskraft, die für die Herstellung einer Ware verausgabt wird. Denn die unterschiedlichen Produkte haben, vom Hubschrauber bis zur Frühstückssmehl, nur eines gemeinsam: Ergebnisse der Verausgabung abstrakt gleicher menschlicher Arbeitskraft zu sein. Wir stellten vorhin fest, dass wir uns in der Marktwirtschaft auf einem Umweg, nämlich über unsere Produkte, aufeinander beziehen, weil wir nicht in direkte Beziehung miteinander treten. Die Produkte nehmen damit die Form von Waren an. Diese gelten allesamt lediglich als unterschiedliche Verkörperungen abstrakt gleicher menschlicher Tätigkeit, wobei vom konkreten Inhalt und Kontext derselben abgesehen, abstrahiert wird. Die Größe des Zählers, die Wertgröße, richtet sich dabei nach der in der Gesellschaft durchschnittlich notwendigen Arbeitszeit zur Herstellung einer Ware. Diese Arbeitszeit ermittelt sich allerdings nicht anders als über den bewussten Mechanismus von Märkten, von Angebot und Nachfrage. Ein „gerechter Tausch“ nach „Arbeitsleistung“ ist damit nur durch freie Preisbildung zu verwirklichen. Viele Tauschkreise versuchen hingegen eine einheitliche Bezahlung aller Arbeitsstunden zu praktizieren. Indem damit von jeglichen Unterschieden in Vorbildung, Geschick, Anstrengung, Outputmenge und Qualität abgesehen wird, handelt es sich paradoxerweise um das Gegenteil „gerechten Tauschs“, wie er am Markt ja ohnehin praktiziert wird; dieser offenkundige Widerspruch führt in Tauschkreisen auch häufig zu Diskussionen und mündet – zumindest unter der Hand – immer wieder in die Aufgabe dieses Prinzips.

Halten wir also fest: Geld ist in jeglicher Form – ob staatliche Währung oder selbstorganisierte Komplementärwährung – nicht nur das simple Tauschmittel, als das Gesell und seine Anhängerschaft es gerne sehen würden, sondern immer Folge einer Produktion, die in erster Linie für abstrakte Märkte und nicht für konkrete Menschen erfolgt. Ob das Geld nun LETS, Talente oder Euro heißt, macht – abgesehen von der oben diskutierten „Zinslosigkeit“ der Tauschkreiswährungen – keinen wesentlichen Unterschied.

Getreu Gesells Begeisterung für das Überleben der „Tüchtigsten“, ist die Konkurrenz im Tauschkreis genauso wie in der herkömmlichen Marktwirtschaft präsent. Ist ein Tauschkreismarkt erst groß

genug und wirtschaftlich ausreichend attraktiv, treten alle Produzierenden zueinander in Konkurrenz. Zwar werden oft Mindestpreise, etwa für eine Arbeitsstunde, festgelegt. Bieten mehrere Personen gleichartige Ware an, müssen sie jedoch nahe diesem Mindestpreis kalkulieren, wenn sie nicht von billigeren Anbieterinnen ausgestochen werden wollen.

Von den Grenzen der Tauschkreise...

In der Praxis erfahren die Menschen im Tauschkreis letztlich dieselben Schwierigkeiten wie jeder und jede „da draußen“ auf dem Arbeits- oder Warenmarkt. Nicht was ich einerseits brauche und andererseits gerne täte, kann meine erste Sorge sein, sondern was auf dem lokalen Tauschkreismarkt absetzbar ist, muss mir zur ersten Pflicht werden. Will oder kann niemand ihre Produkte mit mir tauschen, erwerbe ich auch keine Verrechnungseinheiten, also Tauschkreiswährung, und kann demzufolge auch nicht eintauschen, was ich gerne hätte oder dringend bräuchte. Obwohl die herkömmliche Lohnarbeit von Tauschkreis-Begeisterten gerne und zu Recht als moderne Sklaverei geschmäht wird, ist ihre Lage in Tauschkreisen letztlich nicht wesentlich verschieden vom Zwang, auf dem Arbeitsmarkt ihre Haut verkaufen zu müssen. Im Unterschied zum Tauschkreis, wo Frau bei mangelnder Vermarktbarkeit ihrer Produkte oder Fähigkeiten eben Pech gehabt hat, durften Arbeitslose bis jetzt allerdings immer noch ein paar Gnadeneuro vom siechen Sozialstaat erwarten.

Der Tauschkreis setzt trotz aller sozialen Motive die irre Logik der Marktwirtschaft und das Strickmuster des vereinzelt kapitalistischen Leistungs- und Konkurrenzautomaten fort. Wo paradoxerweise Warenbeziehungen über die Beziehungen ihrer Produzentinnen bestimmen, müssen Letztere einander zwangsläufig und in einem fundamentalen Sinn als Fremde, als im Grunde lästige Notwendigkeit zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse entgegnetreten. Insbesondere in den kapitalistischen Zentren wirken dem sozialdarwinistischen Prinzip des Marktes nicht einmal mehr rudimentäre Formen traditioneller Sozialbindungen entgegen. Die Menschen treten einander folglich von Haus aus als potenzielle Feinde gegenüber, deren wirtschaftliche Interessen einander entgegenstehen. Diese Marktsozialisation prägte auch die großen Tauschkreise der Krisenregionen, wie etwa in Argentinien⁹: Kaum dass aufgrund

der Marktgröße eine persönliche Bekanntschaft zwischen den Beteiligten nicht mehr gewährleistet werden konnte, wurden sie zum Tummelplatz für die bornierte Egozentrik, die das Wesen des Warenmenschen ausmacht; mochte sie sich nun im Verkauf eingetauschter Produkte gegen Staatswährung, in der Spekulation mit knappen Gütern, im Ausnutzen von Preisgefällen oder im Horten von Tauschkreiswährung äußern. Dem zur Konkurrenz sozialisierten Menschen fällt es nicht auf Antrieb ein, ein alternatives Wirtschaftskonzept mit solidarischem Verhalten zu verbinden, vor allem dann nicht, wenn seine Struktur die Zwänge der Konkurrenz festschreibt und deren Logik nahelegt. Ein Markt ist das Gegenteil gesamtgesellschaftlicher Koordination zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse. Die argentinischen Tauschkreise konnten den Menschen daher gerade das nicht in ausreichendem Maße bieten, was sie am dringendsten benötigten, nämlich Lebensmittel. Der Tauschkreis garantierte das Überleben der Menschen ebenso wenig wie jeder andere Markt. Markt ohne Krise, Ausschluss und Unterversorgung gibt es nicht. All diese Probleme wären durch eine gesamtgesellschaftliche Koordination zu vermeiden.

Dass sich in Tauschkreisen häufig Menschen mit hohen moralischen Standards engagieren und daher die verrechnungslose, wechselseitige Hilfe einen hohen Stellenwert einnimmt, sei unbestritten. In diesen Fällen wird die Gesetzmäßigkeit von Markt und Tausch aber gerade überwunden, und es zeigt sich im Ansatz, quasi als überschießendes Moment, eine ganz andere Art gesellschaftlicher Beziehung.

Wenn das Tauschkreisprinzip je über das begrenzte Niveau eines hobbymäßig betriebenen Gesellschaftsspiels oder einer vom Elend diktierten Notfallsökonomie hinauskommen soll, darf es nicht nur die bloße Verteilung individuell oder in der Familie hergestellter Waren regeln, sondern muss auch auf die tauschlose Kooperation vieler Menschen in der Produktion angewandt werden. Haarschnitt kann ich einfach gegen Abwasch tauschen, das ist klar. Was aber passiert, wenn sich eine Gruppe von Menschen das Ziel setzt, gemeinsam einen Traktor herzustellen? Vieles kann ja gar nicht alleine produziert werden, sondern nur in breit angelegter Kooperation. Bei anderen Gütern wiederum spricht einerseits die höhere Produktivität, andererseits auch die Ressourcenersparnis klar für Zusammenarbeit. Die logische Folge liegt auf der Hand: der Tauschge-

danke führt in diesem Fall schnurstracks zurück zur bekannten Lohnarbeit, also zum Tausch zwischen Kapital und Arbeit. Es gäbe einen Arbeitsmarkt, Konkurrenz zwischen den kooperativen Einheiten, vulgo „Unternehmen“, somit den Zwang zum Profit und über kurz oder lang den ganzen Rattenschwanz an Problemen, zu denen der Tauschkreis doch eigentlich eine Alternative bieten wollte.

...zur Überwindung der Marktwirtschaft

Gerade weil in Tauschkreisen hierzulande ideale Motivationen die ökonomischen überwiegen¹⁰, wäre es angebracht, die unmenschlichen Marktprinzipien einerseits und den durch sie bestimmten Warenmenschen andererseits zu hinterfragen. Als Anknüpfungspunkte markt- und tauschkritischer Praxen können durchaus die von den Tauschkreisen zumindest in zweiter Linie angestrebten Ziele dienen: die Herstellung sozialer Bindungen, direkte Formen menschlichen Kontakts, die Entfaltung persönlicher Fähigkeiten und die freie Kooperation. Diese Ziele sind jedoch vom Ballast der kapitalistischen Denk- und Handlungsmuster zu befreien, um eine tatsächlich neue Art gesellschaftlicher Beziehungen zu ermöglichen.

Es gilt eine Lebensweise anzudenken, in der konkrete menschliche Bedürfnisse Priorität haben. Dazu ist es vonnöten, die Vorstellung vom tauschenden „Ich“, das durch die Tauschhandlung als dominierende Form des sozialen Stoffwechsels definiert wird und deshalb auch erst in dieser Form sozial vollgültig eingebunden werden kann, zu hinterfragen und sich gemeinsam mit vielen anderen in einen bewusst und sinnvoll gestalteten Zusammenhang zu setzen, der die Zersplitterung der Marktgesellschaft an der Basis aufhebt. Dass dieser nicht durch eine staatliche Oberaufsicht über die an sich unberechenbaren Marktmechanismen herstellbar ist, zeigte die Erfahrung im ehemaligen Ostblock, wo versucht wurde, ein kapitalistisches Prinzip (das staatliche) gegen das andere (das marktwirtschaftliche) auszuspielen. Der Markt rächt sich am Ende bitter für jeden Versuch, seinem Selbstlauf Schranken aufzuerlegen.

Eine emanzipatorische Bewegung müsste es sich zum Ziel machen, die Prinzipien der freien Gemeinschaft, der konkreten Bedürfnisbefriedigung und der tauschlosen Verteilung zu verbinden. In der Praxis hieße das, einerseits einen gesellschaftlichen Zusammenhang über nicht-markt-

liche Organisationsformen zu entwickeln, in denen Menschen gleichberechtigt über Produktion und Verteilung entscheiden können. Es hieße andererseits sich an den konkreten Bedürfnissen zu orientieren, anstatt sich nach Profit und Konkurrenzfähigkeit zu richten. Und es würde drittens auch bedeuten, gemeinschaftlich Verantwortung zu übernehmen für die Menge und die Art der Produktion, um die Vereinbarkeit zwischen menschlichen Bedürfnissen und ökologischen Rahmenbedingungen zu sichern.

Dass das wesentlich leichter gesagt als getan ist, leuchtet ein. Die Unterwerfung unter die scheinbar äußerliche und eigenmächtige Logik von Geld und Warenproduktion hat die Menschen jahrhundertlang nicht nur voneinander getrennt, sondern uns zudem der Verantwortung für die Konsequenzen unseres Handelns weitgehend enthoben. Dagegen sind ganz neue Weisen des Umgangs miteinander zu gestalten und gesellschaftliche Organisation ohne „Sachzwänge“ zu stärken.

Anmerkungen

- 1 Silvio Gesell, ein Kaufmann zur Zeit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, interessierte sich für die Bedingungen eines stabilen, krisenfreien Kapitalismus. Die Freihandelslehre und verwandte Ansätze in Darstellungen ihrer Vertreter: Creutz, Helmut (2001): *Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft*. München; Gesell, Silvio (1920): *Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freigeld und Freiland*. Rehbrücke bei Berlin, im Netz unter <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/gesell/nwo/> (letzter Zugriff 17. 10. 04); Lietaer, Bernard (2002): *Das Geld der Zukunft. Über die zerstörerische Wirkung unseres Geldsystems und Alternativen dazu*. München; Musil, Robert (2003): *Neue Wege des Wirtschaftens*. In: Becker, Joachim; Heinz, Ronald; Imhof, Karen; Küblböck, Karin; Manzenreiter, Wolfram (Hg.): *Geld, Macht, Krise. Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft*. HSK 22 Internationale Entwicklung. Wien; Senft, Gerhard (1990): *Weder Kapitalismus noch Kommunismus: Silvio Gesell und das libertäre Modell der Freihandelslehre*. Archiv für Sozial- und Kulturgeschichte 3. Berlin; Suhr, Dieter (1983): *Geld ohne Mehrwert. Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten*. Frankfurt/M.
- 2 Die Freihandelslehre will die Marktwirtschaft vom Kapitalismus befreien. In unserer Auffassung benennen die beiden Begriffe jedoch nur zwei Seiten einer Medaille. Sie gehören untrennbar zusammen: Marktwirtschaft bezeichnet die Seite des Warenhandels, Kapitalismus die Seite der Warenproduktion. Die Ausdrücke „marktwirtschaftliches“ und „kapitalistisches System“ sind daher im Wesentlichen gleichbedeutend. Auch der Realsozialismus ist in die Reihe der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Systeme zu stellen. Es handelte sich dabei um den zum Scheitern verurteilten Versuch einer geplanten Marktwirtschaft. Unter Kapital versteht die Freihandelslehre nur das Geldkapital. In unserer Sicht ist das Kapital kein Ding, sondern ein unaufhörlicher Selbstzweckprozess der Vermehrung von wirtschaftlichem Wert. Dieser Prozess umfasst sowohl Geld als auch Waren (Produktionsmittel, Arbeitskraft). Unsere Kapitalismuskritik unterscheidet sich daher fundamental von der „Kapitalismuskritik“ der Freihandelslehre.
- 3 Kirschner, Monika (2000): *Gesell, Silvio*. In: *Lexikon Rechtsextremismus, im Netz unter http://lexikon.idgr.de/g/g_e/gesell-silvio/gesell-silvio.php* (letzter Zugriff: 17. 10. 04).
- 4 Mit Ausnahme von Irving Fisher und John Maynard Keynes wurde die Freihandelslehre von der universitären Volkswirtschaftslehre entweder ignoriert oder belächelt. Der Marxismus der Arbeiterbewegung hingegen bekämpfte sie als „kleinbürgerlich“. Und tatsächlich spiegelte sich in der Gesellschen Lehre das Interesse der kleinen Wirtschaftstreibenden, wohlhabenderen Angestellten und Beamten wider, die in der Wirtschaftskrise unter dem Druck der Banken zu leiden hatten. Aus ihrer persönlichen Sicht lag es nahe, den Zins als ihre größte ökonomische Belastung zu erleben. In dieser Empfindung bestärkte sie die Freihandelslehre. Sie erblickte im Zins ja nicht allein die Ursache ihres persönlichen Elends, sondern gar das Grundübel der gesamten Gesellschaft. Nicht zuletzt vermeinte Gesell darin die Quelle aller Ausbeutung zu erkennen, während er den Profit der Industrie als „Unternehmerlohn“ rechtfertigte. Die Freihandelslehre gab den konservativen Kräften damit auch ein Argument gegen die erstarkende Arbeiterbewegung und ihre revolutionären Forderungen in die Hand.
Ein häufig zitiertes Beispiel für die praktische Erprobung von Freigeld in der Zwischenkriegszeit ist das „Experiment von Wörgl“ in Tirol. Mit Hilfe von selbst ausgegebenem Freigeld konnte die Gemeinde Investitionen in kommunale Bauvorhaben finanzieren, das Wirtschaftswachstum ankurbeln und damit Arbeitslosigkeit und Armut reduzieren. Das Experiment wurde bald von der österreichischen Nationalbank unterbunden, die ihre Währungshegemonie gefährdet sah. Seine Wirkung glich einem keynesianischen Programm zur Wachstumsförderung und steht insofern im Widerspruch zum wachstumskritischen Grundtenor vieler heutiger Freihandelslehre.
- 5 Vielfach wurde von diesem zeitlich begrenzten kommunalen Wirtschaftsprogramm auf die mögliche Wirkung einer großräumigen Einführung von Freigeld geschlossen, was sich allerdings schon aufgrund der besonderen Rahmenbedingungen und der kurzen Zeitdauer des Wörgler Experiments verbietet.
- 6 Zum Zusammenhang von Geldkrise, Geldkritik und Antisemitismus siehe Hanloser, Gerhard (2003): *Krise und Antisemitismus. Eine Geschichte in drei Stationen von der Gründerzeit über die Weltwirtschaftskrise bis heute*. Münster.
- 7 Zur Kritik von Freihandelslehre, Tauschkreisläufen und einzelner ihrer Aspekte: Altwater, Elmar (o.J.): *Eine andere Welt mit welchem Geld?* In: *Wissenschaftlicher Beirat von Attac (Hg.): Globalisierungskritik und Antisemitismus. Zur Antisemitismuskritik in Attac*. Attac-Reader Nr. 3.; Bierl, Peter (2001): „Schaffendes“ und „raffendes“ Kapital. Die Tauschringe, die Lehre des Silvio Gesell und der Antisemitismus. *Context XXI* 2, im Netz unter: www.contextxxi.at/html/start/start_fr.html (letzter Zugriff 17. 10. 04); Herr, Hansjörg (1986): *Geld – Störfaktor oder Systemmerkmal?* PROKLA 63; Janssen, Hauke (1998): *Nationalökonomie und Nationalsozialismus. Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren*. Marburg; Kurz, Robert (1995): *Politische Ökonomie des Antisemitismus. Die Verkleinbürgerlichung der Postmoderne oder die Wiederkehr der Geldutopie von Silvio Gesell*. *krisis* 16/17, im Netz unter: <http://www.krisis.org>; Niederegger, Gerhard (1997): *Das Freigeld Syndrom. Für und wider ein alternatives Geldsystem. Eine kritische Bestandsaufnahme*. Wien; Rakowitz, Nadja (2000): *Einfache Warenproduktion. Ideal und Ideologie*. Freiburg im Breisgau.
- 8 Bakker, L. (2000): *Wachstum wider Willen?* In: *Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Jenseits des Wachstums, Politische Ökologie* 66.
- 9 Zur Krisentheorie auf Grundlage der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie: Brenner, Robert (2003): *Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft*. Hamburg; Heinrich, Michael (2001): *Monetäre Werttheorie. Geld und Krise bei Marx*. PROKLA 123; Heinrich, Michael (2004): *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung*. Stuttgart; Hirsch, Joachim (2002): *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen*. Hamburg; Kurz, Robert (1991): *Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie*. Frankfurt/M.
- 10 Colectivo Situaciones (Hg., 2003): *Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien*. Berlin-Hamburg-Göttingen.
- 11 Musil, Robert (2003): a. a. O.

AutorInnen

Stephanie Grohmann, geb. 1979, lebt mit Unterbrechungen in Wien. Nach diversen Geldbeschaffungsmaßnahmen seit 2003 Studium der Sozialarbeit. Auf der Suche nach Alternativen von Ökodörfern über Attac zur Wertkritik gekommen; 2003 Mitbegründerin des wertkritischen Projektes WEG. Wenn nicht mit Menschen, dann mit Pferden beschäftigt.

Werner Rätz, geb. 1952, lebt in Bonn. Er hat Politische Wissenschaft, Philosophie und Geschichte studiert, danach als Telefonist und einige Jahre in diversen Fabriken gearbeitet, als Hausmann 4 Kinder großgezogen und nebenbei als Koch ein wenig Geld verdient. Er ist seit 1975 in der Informationsstelle Lateinamerika aktiv, war im Kommunistischen Bund, enga-

giert sich gegen Gentechnologie und gehört zum bundesweiten Koordinierungskreis von Attac-Deutschland.

Martin Scheuringer, geb. 1980, lebte bis 1999 im Mühlviertel und in Linz, seit 1999 in Wien. Studiert Soziologie im Hauptfach und Philosophie im Nebenfach. Finanziert wird er durch die Eltern und mit geringfügiger Beschäftigung als „Datenpfleger“. Liest und schreibt gerade an seiner Diplomarbeit über die Bedeutung der „Arbeit“ in der soziologischen Theorie. Würde gerne ein einfaches Leben in guter Gemeinschaft im Grünen führen und den ganzen Tag Klavier spielen.

Die anderen AutorInnen siehe www.streifzuege.org unter „Wir“.

Der Förderverein krisis lädt ein zum Seminar **Die Herrschaft der toten Zeit**

1. – 3. Juli 2005
im Zinzendorfhaus Neudietendorf
(Thüringen)

Mit Referaten und Diskussionen zu den Themen: Im Takt des Geldes – Ökonomisierung der Zeit – Abstrakte Zeit und abstrakte Herrschaft – Stau – Enteignung und Wiederaneignung der Zeit u.a.

Kostenbeiträge: 75, 65, 46 Euro
(Einzel-/ Doppel-/ Dreier-Zimmer)

Anmeldungen an krisisweb@yahoo.de oder Förderverein Krisis, Postfach 21 11, D-91011 Erlangen

Neue Arbeit – Impulse für nachhaltige Entwicklung mit Frithjof Bergmann

Montag 25. 4. 2005, 17 Uhr Vortrag, 19 Uhr Podiumsdiskussion
Aula der Wirtschaftsuniversität Wien
Augasse 2-6, 1090 Wien

Dienstag, 26. 4., ganztägig Workshop beschränkte Teilnehmerzahl;
Anmeldung bei der Veranstaltung am Vortrag oder bei Franz Nahrada: f.nahrada@reflex.at
Veranstaltet von: ÖH und Institut für Wirtschaft und Umwelt der WU Wien, GIVE-Labor für Globale Dörfer, Der Standard

Abonnieren! Spenden! Unterstützen!

Erst im Kommunismus gibt es solch illuminierende Produkte wie die *Streifzüge* gratis. Bis wir soweit sind, sind wir dringend auf Unterstützung angewiesen. Natürlich kann auch so ziemlich alles im Internet nachgelesen werden, aber ein Exemplar in Händen ist doch was ganz anderes, auch von höherer sinnlicher Qualität. Bloßes Interesse kann uns nämlich nicht am Leben erhalten bzw. weiter gedeihen lassen. Daher wünschen wir – nicht nur, aber vor allem – den zahlreichen Probeleserinnen und Probelesern eine spannende Lektüre und viele Aha-Erlebnisse, danach wird Seite 2 aufgeschlagen und ein entsprechendes Abonnement getätigt. Wer die *Streifzüge* lesenwert findet, abonniert. Wer uns nicht misen möchte, abonniert. Oder spendet oder wird gleich Mitglied im Trafoclub. Ein Verzeichnis alter Ausgaben findet sich auf unserer Homepage. Ein weiterer Ausbau der Abonnentenzahl ist absolut vorrangig. Ende des Jahres hatten wir 285 Abonnenten, 2005 haben mit 1. März bereits 178 bezahlt, das sind um 6 weniger als zum gleichen Datum des Vorjahrs. Die noch ausstehenden Abonnenten (siehe roter Punkt!) bitten wir um Einzahlung. Und wie immer: Der Geheimitipp wünscht verraten zu werden. F.S.

Anselm Jappe
Die Abenteuer der Ware
Für eine neue Wertkritik

erscheint Ende April 05
ISBN: 3-89771-433-7
ca. 300 S., ca. 18 EUR [D]



Ulrich Enderwitz
KONSUM, TERROR UND GESELLSCHAFTSKRITIK
- EINE TOUR D' HORIZON

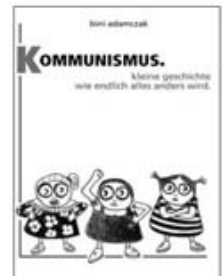
erscheint Ende April 05
ISBN: 3-89771-437-X
128 S., 11 EUR [D]

Ulrich Enderwitz
KONSUM, TERROR UND GESELLSCHAFTSKRITIK
EINE TOUR D' HORIZON

erscheint Ende April 05
ISBN: 3-89771-437-X
128 S., 11 EUR [D]

Bini Adamczak
Kommunismus
Kleine Geschichte, wie endlich alles anders wird.

ISBN: 3-89771-430-2
80 Seiten, 8 EUR [D]



Holger Schatz
Arbeit als Herrschaft
Die Krise des Leistungsprinzips und seine neo-liberale Rekonstruktion

ISBN: 3-89771-429-9
332 S., 18 EUR [D]

Holger Schatz
Arbeit als Herrschaft
Die Krise des Leistungsprinzips und seine neo-liberale Rekonstruktion

ISBN: 3-89771-429-9
332 S., 18 EUR [D]

G. Hanloser (Hg)
„Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken“
Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik

ISBN 3-89771-432-9
288 S., 16 EUR [D]



Angelika Magiros
Kritik der Identität
»Bio-Macht« und »Dialektik der Aufklärung«: Zur Analyse (post-)moderner Fremdenfeindlichkeit
ISBN 3-89771-734-4
284 S., 18 EUR [D]

UNRAST Verlag
Postfach 8020 • 48043 Münster
Tel.: (0251) 666-293 Fax: -120
ONLINE BESTELLEN: www.unrast-verlag.de



Bush-Kriege

Unumgänglich

von Franz Schandl

Wer hätte vor Jahren gedacht, dass Huntingtons böses Spiel so schnell Realität werden würde. Nun ist es blutiger Ernst. Wobei Krieg und Kampf ja nicht mehr die passenden Begriffe sind. Es sind Bestrafungsaktionen, die sich Befreiung nennen. Und jene müssen nicht einmal wirklich begründet werden. Vorwände sind schnell gefunden, notfalls werden sie auch erfunden. Wenn aktuell (zu Recht oder Unrecht) unterstellt wird, dass der Iran die Atombombe bauen will, dann ist nicht der Grundvater der Maßnahme, sondern die mögliche Maßnahme sucht sich ihre Gründe. Dass Freedom and Democracy selbst die Atombombe besitzen und sie als erste und einzige bisher auch eingesetzt haben, hat dieses Bewusstsein erfolgreich verdrängt.

Nie würde es den USA einfallen, was sie von anderen verlangen, also ihr Waffenarsenal abzubauen. Im Gegenteil, dieses schreit wie jede Ware nach Konsum, also nach Einsatz und Ersatz. Natürlich ist es nicht so, dass Kriege einfach deswegen geführt werden müssten, weil die Rüstungsindustrie ihre Produkte los werden will, aber andererseits sollte man diesen Faktor auch nicht unterschätzen. Je größer dieser Sektor in der Gesellschaft ist, desto entschiedener kann er seine Geschäftsinteressen durchsetzen. Peace keeping ist so oft mit einem Defizit verbunden, das sich auf Dauer niemand leisten kann und will, weder betriebs- noch volkswirtschaftlich.

Im Land der religiösen Eiferer und Fernsehprediger mit einer Unzahl protestantischer Sekten hat man sich voll dem Kampf gegen das Böse verschrieben. Der Gedanke von Freiheit und Demokratie werde „die ganze Welt erfassen“,

droht George Bush und sieht schon die Cruise Missiles fliegen. Was in den USA als Erleuchtung erscheint, ist anderswo als Bombenblitz sichtbar. Vogelfrei ist jedes Regime, das dem kapitalen Polizisten nicht passt. Vom Schock in Vietnam hat man sich endgültig erholt. Die Intervention ist ein probates Mittel wie jedes andere, und nicht einmal das letzte. Entsprechende Drohungen gehören zur Weltinnenpolitik.

Selbst den Freunden in Saudi-Arabien oder Pakistan deutet man an, was da auf sie fallen könnte, wenn sie nicht spüren. Es ist zu befürchten, dass es zu keiner Eindämmung der Konflikte im Mittleren Osten kommt, sondern zu einer Ausweitung, etwa wenn der Iran und Syrien, zweifellos zwei äußerst unsympathische Systeme, überfallen oder zumindest mit Luftschlägen bedacht werden. Die arabischen Massen werden so der islamistischen Reaktion regelrecht in die Hände getrieben, die ja schon jetzt auf diesem Glaubenskampf gedeiht. Da sind die Mullahs, denn Mullahs sind die Bush-Christen ebenso, unter sich. Wenn der unerträgliche Bush sagt, dass ein unerträgliches Regime unerträglich ist, ist das unerträglich.

Der Terror dient als Vorwand das zu tun, was man schon immer tun wollte. Das gilt für beide Seiten. Im Ungleichgewicht des Schreckens wird auch der Widerstand gegen das Imperium immer destruktiver und bringt Regimes und Methoden hervor, die mit Emanzipation aber auch schon gar nichts zu tun haben. Das ist zweifellos tragisch, rechtfertigt aber keineswegs die Politik der USA, die ja vielmehr diesen Entwicklungen Vorschub leistet. Es ist nicht selten die eigene

Satrapenzucht, die zur Raison gebracht werden muss. Wieder einmal stehen wir vor dem Problem falscher Fronten.

In die Defensive geraten ist auch Wladimir Putin. Russland ist nur mehr der Rest eines einstigen Großreiches, und schon morgen kann das nächste Stück wegbrechen. Der Kreml wehrt sich mit allen (auch grausamsten) Mitteln von der zweiten gar in die dritte Liga abzusteigen. Natürlich ist Putin ein autoritärer Herrscher, aber ohne einen solchen wäre das russische Restreich schon vollends im Chaos der Bandenkriege versunken. Und es ist auch nicht unbedingt der Autoritarismus das Problem der NATO, sondern dass Putin die Repression eigenwillig einsetzt. „Sanktionen!“, schreien daher die Demokraten.

Man muss es mit aller Deutlichkeit sagen: Die USA sind heute der größte apokalyptische Vorreiter globaler Barbarisierungsprozesse, und zwar aus dem banalen Umstand, weil sie die größte staatlich organisierte Kraft des Kapitals darstellen. Auch wenn es im Streit Europäische Union contra USA keine bessere Seite gibt, haben Letztere aufgrund ihrer vorausseilenden Entwicklung schon ein größeres Stück Regression hinter sich gebracht als Europa. Gerade das soll nicht diskutiert werden. Als Selbstimmunisierungsstrategie dient der Anwurf des Antiamerikanismus. Etwas, das durchaus kritisierenswert ist, fungiert als argumentativer Totschläger. Ziel ist es, die Kritik an den Ungeheuerlichkeiten und Absichten zu ersetzen durch die Desavouierung jeder Kritik. Vor allem auch durchgeknallte Ex-Linke betreiben dieses liberale Geschäft.

Streifzüge web

www.streifzuege.org